

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/17

**17. Sitzung
Kiel, Donnerstag, 21. November 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 28.11.96

Tagesordnung:

Gemeinsame Beratung

a) Änderung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 14/338

b) Weiterentwicklung der Westküstenregion

Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/353

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/374

Dr. Ottfried Hennig (CDU)

Ute Erdsiek-Rave (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Heinz Maurus (CDU)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Herlich Marie Todsen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Konrad Nabel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)

Heinz Maurus (CDU), zur Geschäftsordnung

Peter Gerckens (SSW), zur Geschäftsordnung

Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß

Entschießung zur Kleinentnahme zur Deichverstärkung im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges

Antrag der Fraktionen der F.D.P. und der CDU

Drucksache 14/345

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Heinz Maurus (CDU)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)

Peter Gerckens (SSW)

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Herlich Marie Todsen (CDU)

Beschluß: Ablehnung

Erhalt des Marinestützpunktes Kiel

Antrag der Fraktionen der F.D.P. und der CDU

Drucksache 14/370

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/375

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Angelika Volquartz (CDU)
Jürgen Weber (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)
Anke Spoorendonk (SSW)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Rolf Schroedter (SPD)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/375

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/271

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/287

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/356

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter

Beschluß: Verabschiedung

Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung

Antrag der Landesregierung

Drucksache 14/339

Beschluß: Annahme

Kuratorium für Politische Bildungsarbeit

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/344

Beschluß: Annahme

Bericht zur Ablagerung von Hamburger Hafenschlick in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 31. Oktober 1996

Drucksache 14/331

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/352

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Drucksache 14/354

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/368

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten
Konrad Nabel (SPD)
Roswitha Strauß (CDU)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Jost de Jager (CDU)
Herlich Marie Todsen (CDU)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/354

Erhaltung der Eutiner Sommerspiele

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/247

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/269

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/325

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/342

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Berichterstatter
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)
Herlich Marie Todsen (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Annahme

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Klaus-Dieter Müller und die Abgeordnete Ursula Röper erkrankt. Wir wünschen beiden gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Franzen.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüße ich auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher der Hauptschule Lütjenburg und der Klaus-Groth-Realschule Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 3 und 7 auf.

Gemeinsame Beratung

a) Änderung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/338

b) Weiterentwicklung der Westküstenregion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/353

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/374

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

(Holger Astrup [SPD]: Aber nicht alles vorlesen, Herr Hennig!)

Dr. Otfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir alle die einmalige Landschaft an der Westküste, unser **Wattenmeer**, lieben. Wir sollten uns darin nicht unterscheiden. Wir haben aber unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle, die die Menschen in dieser Landschaft noch spielen sollen und spielen dürfen. Darüber wird heute zu reden sein.

Im Spätsommer letzten Jahres feierten wir in Schleswig-Holstein das zehnjährige Jubiläum des **Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer**. Die bei seiner Schaffung 1985 noch weitverbreitete Ablehnung ist inzwischen geschwunden, die **Akzeptanz** gewachsen. Anlässlich des Jubiläums erklärte die damalige Umweltministerin: Die zehnjährige Kindheit habe gezeigt, daß der Nationalpark nur als Gemeinschaftswerk erfolgreich sein könne. Die in der Region lebenden Menschen müßten überzeugt davon sein, daß die Nationalparkziele für sie keine Nachteile, sondern vielmehr Vorteile brächten. Ziel der kommenden zehn Jahre sei es deshalb, noch vorhandene Vorbehalte gegen den Nationalpark abzubauen und das Vertrauen derjenigen zu erwerben, die dem Nationalpark noch skeptisch gegenüberstünden. - Wie wahr! Ein richtiges Zitat der damaligen Umweltministerin, Frau Müller!

Dann kam es ganz dick, und da wird deutlich, daß Reden und Handeln bei Ihnen in der SPD-Fraktion und in der Landesregierung leider zweierlei sind.

(Angelika Volquartz [CDU]: Schon lange!)

Die bis dahin gewachsene Akzeptanz bekam spätestens mit der Vorlage des **Koalitionsvertrages** deutliche Risse. Dort ist nämlich die Rede von der Anpassung an das Landesnaturschutzgesetz und den Erkenntnissen und dem Wissensstand der Ökosystemforschung Wattenmeer. Dabei muß das Schutzziel dem Naturschutz eindeutigen Vorrang geben und den international üblichen Regelungen für Nationalparke angeglichen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Ich stelle fest, daß es auch bei der SPD-Fraktion Beifall gibt; das wird gleich eine Rolle spielen.

Das Schutzzonenkonzept ist nach ökologischen Kriterien weiterzuentwickeln - so heißt es im Koalitionsvertrag weiter.

Mit der Vorlage und durch die Präsentation des 800 Seiten starken **Syntheseberichtes** - was für ein Wort, „Synthesebericht“! Damit können die Menschen sehr viel anfangen -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist ein wissenschaftliches Werk!)

ging nach den Rissen das Porzellan endgültig zu Bruch. - Ja, das ist ein wissenschaftliches Werk, und deswegen ist Herausgeber auch die Landesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Angesichts der höchst unglücklichen Präsentation des Berichtes in Kiel, ohne vorher mit den Betroffenen geredet zu haben, wurde gewachsenes Vertrauen zerstört und das in Teilen mühsam Erreichte wieder in Frage gestellt.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Damit hat die Landesregierung dem positiven Anliegen des Nationalparks einen Bärendienst erwiesen. Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn Sie jetzt auf eine breite Front der **Ablehnung** treffen. Das ist nicht nur die Auffassung der CDU. In der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 29. Oktober wird unser Landtagspräsident mit den Worten wiedergegeben:

„So, wie die Diskussion bis jetzt gelaufen ist, darf sie nicht weitergehen, und zwar von beiden Seiten. Es ist der Fehler begangen worden, das 800 Seiten-Werk einfach auszulegen“

- Herr Steenblock -,

„ohne vorher mit den Nutzern des Nationalparks zu sprechen. Das hätte besser laufen müssen.“

- So Arens!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was war inzwischen geschehen? - Zunächst legten 137 Bürgermeister und Amtsvorsteher der betroffenen Regionen - unter ihnen eine ganze Reihe Ihrer Parteifreunde, Sozialdemokraten, wie der Nordstrander Bürgermeister und ehemalige Kollege Günter Fleskes - einstimmig ihre konkreten Forderungen auf den Tisch. Alle, den Nordseebäderverband, die beiden besonders betroffenen Kreise Nordfriesland und Dithmarschen, den Kreistag Nordfriesland, die Küstenkonferenz im Kreis Nordfriesland und schließlich auch die Nationalparkkuratorien einte die Sorge, daß ihnen von Kiel wieder einmal etwas übergestülpt werden sollte.

Anzeichen dafür bot der Bericht zum Beispiel folgende: Einbeziehung des 150-m-Streifens vor den Deichen, Vergrößerung des Nationalparks um ein knappes Drittel, Erweiterung der bisherigen Zone 1 als besonders geschützte Kernzone auf 45 % der erweiterten Nationalparkfläche, Einschränkung der Muschelfischerei oder etwa Errichtung von zwei Referenzzonen, in denen wirtschaftliche Tätigkeit untersagt ist.

Diese und noch einige andere Vorschläge trafen die Westküste ins Mark. So erklärte Landwirtschaftsminister Wiesen am 23. Oktober in den „Lübecker Nachrichten“ folgerichtig:

„Das Papier scheint mir an manchen Stellen keine wissenschaftliche Ausarbeitung zu sein, sondern mehr das Aufmachen umweltpolitischer Optionen.“

(Beifall bei der CDU)

- Herr Wiesen nickt dazu; das muß auch im Stenogramm festgehalten werden. - Herr Wiesen weiter: „Da hänge ich mich massiv rein.“ - Er erhebt sich schon, um das zu tun. Nur Mut, Herr Minister, tun Sie das! Wir geben Ihnen heute die Gelegenheit dazu. Hängen Sie sich massiv rein!

(Beifall bei der CDU)

- Schon geht der Streit los, wer von den beiden, der **Landwirtschaftsminister** oder der **Umweltminister**, zuerst sprechen soll.

Zwar wird der Umweltminister nicht müde zu beteuern, es handele sich nur um Vorschläge von

Wissenschaftlern - so der eine, der andere hat eben ganz etwas anderes als Zitat bestätigt -, nicht um die Meinung der Landesregierung oder des Amtes, aber allein die Formulierung des Koalitionsvertrages, in dem doch vieles davon auch mit Ihrer Zustimmung, Herr Wiesen, niedergelegt ist, läßt für die Betroffenen vor Ort nichts Gutes erahnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Zu Recht lesen wir in der „Landeszeitung“ vom 6. November unter der Überschrift „SPD kritisiert Steenblock - rot-grüner Ökostreit“:

„Der SPD-Landesvorstand hat im Zusammenhang mit dem Bericht zum Nationalpark Wattenmeer Umweltminister Steenblock kritisiert, der Vorstand erwarte von der Landesregierung eine eindeutige Informationspolitik, um Fehlinterpretationen zu vermeiden.“

Statt eindeutiger Informationspolitik gibt es in der Landesregierung weiterhin ein munteres Hin und Her. Während der Umweltminister in der „Landeszeitung“ vom 18. November mit den Worten zitiert wird, Ökologie habe Vorrang - er nickt -, tritt der Landwirtschaftsminister am gleichen Tag in der „Dithmarscher Rundschau“ ein für einen gleichen Rang von **Ökologie** und **Ökonomie** im Nationalpark.

(Zurufe von der CDU: Er nickt nicht mehr!)

- Er nickt nicht mehr. Ich stelle das für das Protokoll fest.

Daraufhin wirft ihm der Umweltminister einen Tag später in der „Dithmarscher Landeszeitung“ einen schlechten Stil vor und beharrt auf einem Vorrang der Ökologie. Ich zitiere wörtlich Landwirtschaftsminister Wiesen aus der „Landeszeitung“ vom 8. November:

„Wenn der Kollege Steenblock - ich habe es selbst nicht gehört - so gesagt haben soll, es gibt den Vorrang für Ökologie, dann mag das seine Meinung sein. Die Meinung der Landesregierung ist es nicht.“

(Zurufe von der CDU: Aha!)

„Und ich werde dagegen ankämpfen.“

(Beifall bei der CDU)

Hierzu haben Sie heute reichlich Gelegenheit, lieber Herr Wiesen.

Aber dann frage ich Sie - es wäre schön, wenn die Frau Ministerpräsidentin bei dieser wichtigen Debatte dabei wäre -:

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, was stimmt denn nun? Was ist Ihre, was ist die Meinung der Landesregierung, wenn das die beiden zuständigen Herren Tag für Tag so unterschiedlich interpretieren?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür gibt es jetzt den Kinderbeauftragten!)

- Nein, das kann man der Westküste nicht zumuten, daß der dafür zuständig gemacht wird. Außerdem wissen wir noch gar nicht, wer das ist. Das warten wir einmal in Ruhe ab!

Durch das andauernde Herumgeeiere wird es immer schlimmer.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Fröhlich, ich glaube, Ihr Kollege Joschka Fischer würde von einem Affenfelsen sprechen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jedenfalls kann es so nicht weitergehen. Wenn sich zwei Minister in der Öffentlichkeit in dieser Art auseinandersetzen, darf sich die Landesregierung nicht wundern, wenn ihr die Bevölkerung vor Ort die Gefolgschaft verweigert.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Hier ist die **Ministerpräsidentin** gefordert, für eine deutliche **Klarstellung** zu sorgen,

(Beifall bei der CDU)

einmal im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse des Nationalparks.

Unser Antrag greift nun die vier Kardinalpunkte heraus. Heinz Maurus wird dazu im einzelnen sprechen. Treffen Sie zu diesen vier Punkten klare Aussagen, und tragen Sie somit zur Versachlichung der Diskussion bei! Neu- und Umformulierungen wie in dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen geben eher Nahrung für weitere Spekulationen als für Beruhigung und Versachlichung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier sind jetzt endlich klare und eindeutige Aussagen unerlässlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Abwandlung eines Kommentars der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 22. Oktober könnte man sagen: Die Menschen an der Westküste bangen um ihre Zukunft. Sie wollen Taten statt Worte, Hilfe statt Sprüche.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen appelliere ich an Sie: Tragen Sie zur Versachlichung bei, und geben Sie den Menschen vor Ort endlich klare und eindeutige Antworten! Nehmen Sie deren berechtigte Sorgen nicht auf die leichte Schulter! Schaffen Sie endlich Klarheit, Frau Simonis! Kommen Sie hierher, und nehmen Sie Stellung! Melden Sie sich bitte hier zu Wort!

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße Sie herzlich im Namen des ganzen Landtags und freue mich, daß Sie da sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Jedes gut geführte Unternehmen plant seine Produktentwicklung aufgrund von Marktbeobachtung und -analyse. Es gilt, zusätzliche Erträge zu erwirtschaften, die Substanz

des Unternehmens nicht zu gefährden, nicht nur zu erhalten, sondern möglichst zu vermehren. Die Substanz, von der viele Menschen in Schleswig-Holstein - noch mehr an der Westküste - leben, ist die Natur. Ich rede nicht von intakter Natur; denn wir sind in Wahrheit von Kulturlandschaften umgeben. Ich rede auch nicht vom Ausgleich zwischen **Ökonomie** und **Ökologie**. Denn an der Westküste, im **Nationalpark**, ist Ökologie die ökonomische Grundlage für den Lebensunterhalt weiter Teile der Bevölkerung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wer dort Ökonomie sagt, aber nicht Ökologie denkt und nicht ökologisch handelt, sägt den Ast ab, auf dem er selber sitzt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Um es auf dem Meeresspiegelniveau zu sagen: der überflutet seine eigene Zukunft, und es wird ihm am Ende so ergehen wie dem „Fischer und sin Fruu“, denen nichts bleibt.

Der Wind an der Küste weht rau. Jeder, der sich dort aufhält, weiß das. Härter und polemischer als erwartet hat die Diskussion über den **Synthesebericht** begonnen. Wenn man an einem Freitagnachmittag wie in der letzten Woche, an einem klaren, sonnigen und ruhigen Tag, auf dem Westerhever Deich steht, dann bekommt man schon - und zwar zu Recht - den Eindruck, daß sich da etwas beruhigt und versachlicht hat.

Ich bin ausgesprochen dankbar, daß die Dithmarscher zu dieser Beruhigung und Versachlichung beigetragen haben - übrigens auch die Naturschützer, die mißverständliche Äußerungen richtiggestellt haben und in den Gesprächen sehr viel gesprächs- und kompromißbereiter sind, als Sie sich das vielleicht vorstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Die Diskussion hat rau begonnen. Um so ruhiger und sachlicher muß sie jetzt fortgesetzt werden. Die SPD will diese Diskussion führen.

Wir werden die Fehler von 1985 nicht wiederholen. Wir wollen den Menschen nicht ein Konzept überstülpen und ein „ungeliebtes Gesetz“ - Originalton CDU von 1985 - einfach so von oben verordnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Übrigens sollten Sie einmal die Debatten und die denkwürdigen Reden von Barschel und Engholm nachlesen. Das Gesetz wurde damals in zehn Wochen - so würden Sie heute sagen - durchgepeitscht.

Ich freue mich - so ist jedenfalls mein Eindruck von meinem Besuch in der letzten Woche -, daß die **Diskussion** zur Sache und zur **Sachlichkeit** zurückkehrt. Ich freue mich auch über den wesentlich moderateren Ton, der jedenfalls aus der Region kommt.

Wer zuhören kann, weiß aber auch, daß es auch die Fehler von damals sind, Herr Hennig, die uns heute einholen. Es sind die Fehler, die die Menschen mißtrauisch gemacht und zu Dauerkonflikten geführt haben. Es gab zuwenig Bürgerbeteiligung, unehrliche Kompromisse, unklare Regelungen.

(Angelika Volquartz [CDU]:
Bürgerbeteiligung von SPD ja, aber
befolgt wird es dann nicht!)

- Frau Volquartz, ich glaube nicht, daß Sie die Debatte von damals nachgelesen haben und wirklich wissen, was damals los war.

Es rächt sich nämlich auch die Halbherzigkeit von damals, mit der das Großprojekt, was seinerzeit nur ein Prestigeprojekt war, realisiert worden ist.

Nach wie vor gilt: Wer die Protokolle von 1985, insbesondere die Reden von Hans Wiesen, nachliest, wird erkennen, daß sich viele der von der SPD damals angemerkten Kritikpunkte im Laufe der Zeit tatsächlich als Schwierigkeiten herausgestellt haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Deshalb haben Sie das Gesetz zehn Jahre nicht geändert!)

Inzwischen sind wir auf der einen Seite allerdings ein gutes Stück weitergekommen, auf der anderen Seite aber auch zurückgeworfen worden. Alle Fraktionen hier im Hause haben gemeinsam den **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen** in unsere Landesverfassung geschrieben. Dieses **Staatsziel** verpflichtet das Land und die Kommunen gleichermaßen. Zugleich - das meine ich mit dem Zurückgeworfensein - gerät der Umweltschutz, mehr noch der Naturschutz, ins öffentliche Hintertreffen, muß sich ständig neu rechtfertigen und vermeintlichen Standortinteressen unterordnen. Dabei ist Reichtum doch eine Kategorie, die über das Materielle weit hinausgeht.

Das **Wattenmeer** zwischen Dänemark und den Niederlanden ist das weltweit bedeutendste **Ökosystem**. Es ist Brut- und Lebensraum für Vögel und Fische aller Art. Es ist eine attraktive, wunderschöne, gesunde Landschaft. Der Schutz des Wattenmeeres ist deshalb mehr als eine regionale, mehr als eine schleswig-holsteinische Aufgabe. Er ist eine nationale Aufgabe und Angelegenheit von ganz besonderer Bedeutung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das vergessen Sie leider in Ihren Ausführungen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Diese Sache ist so international wie die Zugvögel, die dort rasten.

Alle, die heute diskutieren, müssen sich auch an die **Erklärung der Nordseeanrainerstaaten** zum Schutz alles Lebens im Wattenmeer von 1991 erinnern lassen, die übrigens über alle Verordnungen, die wir derzeit zum Wattenmeer haben, weit hinausgeht, Herr Dr. Hennig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie haben das Gesetz damals abgelehnt! Wissen Sie das nicht mehr?)

- Weil es uns damals zu schwammig war und nicht weit genug ging. Es war zu unklar und voll von faulen Kompromissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum ändern Sie es dann nicht? Sie haben gesagt, Sie würden es sofort ändern!)

Dieser Verantwortung müssen sich alle, die an der Diskussion teilnehmen, bewußt sein. Zurück also zur Sachlichkeit, weg von Polemik. Das Entfernen von Schildern am Strand, gut, das ist ein Schildbürgerstreich, aber manches, was dort gesagt und geschrieben wurde, geht über einen schlichten Schildbürgerstreich weit hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an drei Punkten die Position der SPD-Landtagsfraktion deutlich machen.

Erstens. Der **Synthesebericht** ist nicht die Vorlage für die Novellierung des Nationalparkgesetzes, aber er ist die Grundlage für die weitere **Beratung**.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das führt uns aber nicht weiter!)

Er gibt eine Vielzahl von Problemaufrissen wieder und analysiert sehr genau die ökologischen und sozioökonomischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Naturentwicklung und Naturnutzung.

Aber die Flut von Papier ersetzt kein Argument, keine Diskussion, keinen Dialog. Die Diskussion ist wie ein Deich, an dem sich die Flut brechen soll. Wer sich dieser Diskussion entzieht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie lassen doch die Zügel schleifen!)

der läuft Gefahr, ungeschützt den Argumenten ausgeliefert zu sein. Ich vertraue darauf, daß die Westküste weiß,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die weiß das!)

wie man sich vor dem Blanken Hans schützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb protestieren sie auch alle!)

Damit meine ich natürlich nicht Sie, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Aber wir alle sollten uns dann auch vornehmen, daß aus 800 Seiten Synthesebericht nicht 800 neue Vorschriften werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir werden den **Nationalpark** nicht isoliert betrachten. Er gehört in die gesamte **Region Westküste**, nicht allein, weil der Fremdenverkehr neue, andere Grenzen der Mobilität über den Nationalpark hinauszieht, sondern weil dort auch Menschen arbeiten, leben und wirtschaften und dies auch können sollen. Sie brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze, Schulen und Freizeiteinrichtungen, Verkehrsanbindungen und Erholungsräume.

Der Nationalpark ist eine Chance, ob für Tourismus oder Fischfang, Hotelgewerbe oder auch Kunsthandwerk. Diese Chance und die wirtschaftlichen Möglichkeiten sollen im zukünftigen Nationalparkgesetz abgesichert bleiben, und sie müssen selbstverständlich abgewogen werden mit dem Schutzziel im Nationalpark selbst.

Drittens. Ob Muschelfischerei oder Krabbenfang - **Lösungen** können nur im **Dialog** mit der betroffenen Bevölkerung erzielt werden. Dabei ist zu bedenken, daß sich eine Erweiterung und die Neuschneidung von Zonen aus dem Schutzzweck herleiten müssen. Wir begrüßen es, wenn sich möglichst große Flächen natürlich, das heißt ohne Eingriffe, entwickeln können. Die wirtschaftlichen Interessen der Muschel- und der Krabbenfischer nehmen wir ernst.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und was machen Sie damit?)

Das Ziel aller Gespräche und Verhandlungen darüber muß das Einvernehmen mit der Region, mit denjenigen, die zu Recht auch ihre wirtschaftlichen Interessen einklagen, sein. Das ist aber nur dann möglich, wenn nicht die eine Seite von vornherein ein Vetorecht für sich in Anspruch nimmt.

In diesem Zusammenhang steht ein weiteres Spannungsverhältnis, das zwischen **Küstenschutz** und **Naturschutz**. Wir sagen deutlich: Der Küstenschutz hat weiterhin Vorrang. Küstenschutzmaßnahmen sichern die Existenz der

Menschen. Wer in der Region anderes unterstellt und sagt, wir wollten anderes, und wer die ökologischen Überlegungen als Ökoismus verteufelt und damit Unsicherheiten schürt, schadet der Region Westküste.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Synthesebericht und die nun im Land begonnenen und fortzusetzenden Diskussionen sind deshalb wichtig, weil der Nationalpark auf Dauer angelegt ist. Er soll nicht Legislaturperioden, sondern er soll Generationen überdauern. Deshalb brauchen wir ein Ergebnis, das sowohl die Interessen der Naturschützer als auch der Naturnutzer berücksichtigt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Allgemeiner geht es aber nicht mehr!)

Die Menschen an der Küste sind von ihrer Natur in hohem Maße abhängig. Gleichzeitig aber wirken sie auch stärker auf sie ein.

Wer den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liest, wird feststellen, daß beiden Interessen Rechnung getragen wird. Ich bin sicher, daß es gelingt, das Wattenmeer, die Küsten und Inseln als einen „Gesamtlebensraum“ von **Mensch und Natur** in seiner ökologischen Qualität weiter zu stärken, aber auch seine vielfältige Nutzung zu ermöglichen. Es ist unsere Aufgabe - zusammen mit den Menschen an der Küste -, diesen Ausgleich zu schaffen.

Rüm hart - klaar kimmig, so heißt der Wahlspruch der Friesen. Das bedeutet: freier Horizont, offenes Herz. Weitblick und Toleranz könnte man auch sagen.

Diese friesischen Tugenden wünsche ich mir für die kommende Diskussion. Wir werden sie führen in Toleranz und Respekt voreinander und vor der Natur und den Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt die Predigt Nummer zwei!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lebe seit über zwanzig Jahren an der Westküste, und es war nicht ganz leicht, dort Fuß zu fassen, weil der Wind - wie Frau Erdsiek-Rave schon gesagt hat - rauh ist und es bei den Menschen auch manchmal rauh zugeht und weil ich eine Großstandpflanze war. Aber wenn man dort einmal heimisch geworden ist, dann haut einen so leicht auch nichts mehr um.

So war ich auch auf diese Diskussion relativ gut gefaßt; denn es ist ja nicht das erste Mal, daß wir an der **Westküste** genau diese Frage diskutieren: Wieviel **Schutz** brauchen wir, wieviel **Nutz** darf sein, um das, worauf wir unsere Lebensgrundlage ausrichten, nicht zu zerstören?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch bekniffen!)

Das hat in jedem Wahlkampf auch eine Rolle gespielt, und es hat dazu geführt, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Region immer stärker geworden sind.

Das heißt für uns aber auch, daß deutlich gemacht werden muß, daß die wirtschaftlichen Interessen, die durchaus in den Nationalparkkuratorien festgelegt und vertreten sind, ein Bestandteil der Entwicklung dieser Region sind und daß sich diese wirtschaftlichen Interessen einordnen müssen in den anderen Bestandteil, nämlich das, was wir unverwechselbarerweise an dieser Westküste haben: eine Natur und eine Landschaft, die sich aus dem Zusammenwirken von Mensch und Natur entwickelt haben. Das ist etwas sehr Kostbares.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir wissen erstens aber auch, daß die traditionellen Nutzungen, die unsere Region kennt, keineswegs mehr im ganzen Umfang als traditionell betrachtet werden können. Ich spreche zum Beispiel von der Muschelfischerei, die inzwischen in einem Ausmaß stattfindet, das man nicht mehr als traditionell bezeichnen kann. Und wir wissen zweitens auch,

daß die anderen traditionellen Grundlagen wie die Garnelenfischerei oder die übrige **Fischerei** inzwischen geschrumpft sind aufgrund der von der Fischerei und von der Westküste nicht allein zu vertretenden Einflüsse, die schließlich ihren Anteil am Volkseinkommen in der Region auf unter 1 % sinken ließen.

Das muß man wissen, wenn man sich jetzt darüber auseinandersetzt, wie man die Interessen, die berechtigt aufeinander prallen, vernünftig miteinander abgleicht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: 1 % spielt da keine Rolle!)

- 1 % Fischerei, nein, Herr Hennig, spielt sicherlich nicht die Rolle, aber 80 % Fremdenverkehr spielen eine ganz große Rolle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Beim **Fremdenverkehr** - das wissen Sie - haben wir in Nordfriesland und Dithmarschen nicht das zu bieten, was beispielsweise die Strände der Algarve oder auf Mallorca oder sonstwo zu bieten haben. Wir haben keine Sonnengarantie und wir haben auch nicht die weißen, weichen Sandstrände oder zumindest nur eingeschränkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das soll jetzt ja kommen!)

Aber wir gehen beispielhaft mit der Natur um und wir haben eine beispielhaft erhaltengebliebene Landschaft verbunden mit menschlicher Nutzung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stellen Sie ja gerade in Frage!)

Das ist ein Gewebe verschiedener Gewerbe und kultureller Möglichkeiten an der Westküste und gerade auch in Nordfriesland, wie es kaum in einer anderen Region dieses Landes vorhanden ist. Sie sollten sich die Mühe machen, sich das einmal anzugucken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Deshalb bezweifle ich auch, daß es wirklich die Menschen sind, die Sie hier zitieren, indem Sie den Landtag damit beschäftigen, seiten- und zeilenweise vorgelesene Pressemitteilungen anzuhören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was war denn mit Ihnen am Montagabend in Neukirchen?)

Der **Ökosystembericht** wurde 1988 von der Landesregierung in Auftrag gegeben. Er wurde aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln finanziert und durch zwei Bundesminister sowie durch die Nationalparkkuratorien in seinen grundlegenden Fragestellungen begrüßt und gefördert.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er stellt ein weltweit einzigartiges Projekt dar - sicherlich ein naturwissenschaftliches und ein ökonomisch-wissenschaftliches Projekt -, das Daten und Fakten zusammenträgt, untersucht und bewertet. Statt ihn nun ausgerechnet wie Teufelswerk zu bekämpfen, sollten zumindest die Verantwortlichen der Region und auch wir hier ihn unterstützen.

Er liefert Material über die Gefährdung und Belastung des Wattenmeeres, zum Beispiel durch Eutrophierung und Schadstoffe. Das Material sollte unbedingt ernst genommen werden, wenn wir uns den Ast nicht absägen wollen, auf dem wir sitzen. Der Bericht gibt zuverlässige Hinweise auf ökonomische und ökologische Zusammenhänge im Gebiet des Nationalparks, die für die Weiterentwicklung der Region von großer Bedeutung sind. Er liefert damit auch wertvolles **Daten- und Kartenmaterial** für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Fortschreibung der Entwicklungspläne. Es besteht also kein Grund zu Panikmache, Aufreglichkeiten und zu vorab festzulegenden Eckpunkten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Hennig, natürlich ist es ein **wissenschaftliches Gutachten**. Ich finde, es steht einer Landesregierung, die ein wichtiges Gesetz vervollständigen will, sehr gut zu Gesicht, sich den Rat von Wissenschaftlern zu holen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Selbstverständlich mutet so ein wissenschaftliches Gutachten denjenigen, die es durcharbeiten sollen, einiges zu. Das ist keine Frage.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Es ist von Bund und Land gemeinschaftlich finanziert!)

- Ja, es ist von Bund und Land gemeinschaftlich finanziert, das sagte ich bereits. Im letzten Jahr in Esbjerg bei der trilateralen Umweltkonferenz war Landrat natürlich an vorderster Front daran beteiligt, rote Karten an die Nordseeschutzkonferenz zu verteilen, damit der Schutzzweck des Nationalparks ganz groß herausgestellt wird. Es war gerade Wahlkampf. Das war auch eine Äußerung des Landrates des Kreises Nordfriesland. Daran möchte ich noch einmal erinnern, wenn er zum Wortführer einer Bewegung gemacht wird, die es in dieser Form an der Westküste nicht gibt. Das ist eine falsche Information.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich sage noch kurz etwas zum Antrag der CDU. Wenn hier bei 634 Seiten und 41 Karten des Berichts vom „Papier der Wissenschaft“ gesprochen wird, dann sagt das etwas über die Einschätzung und Wertung der Opposition gegenüber wissenschaftlichen Arbeiten aus. Ich hoffe nicht, daß diese Einschätzung auch auf die hinter diesem Synthesebericht stehenden Arbeiten und auf die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die daran mitgewirkt haben, übertragen wird, denn es stehen Menschen dahinter. Wenn der Amtsvorsteher Hans-Adolf Boje sagt, Naturschutzverbände sollen das tun, was sie können, nämlich Vögel zählen, dann trägt das nicht zur Versachlichung der Diskussion bei. Das ist vielmehr eine Verächtlichmachung der Menschen, die sich für die Natur, die Tiere und die Pflanzen einsetzen, die aber keine Lobby haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Natürlich soll die **traditionelle Nutzung** des Wattenmeeres weiterhin möglich sein, weil sie im ökonomischen Interesse der einheimischen Bevölkerung liegen. Sie müssen aber gegenüber dem **Schutzzweck** abgewogen werden. Ob das beim Thema Fischerei und besonders bei der Muschelfischerei immer so ist, sollte zumindest offen diskutiert werden.

Es ist derzeit noch offen, ob der § 2 des Nationalparkgesetzes geändert wird. Ob die Absätze 1 und 2 im Sinne eines integrierten Schutzkonzeptes geändert werden müssen, wird doch erst die fachliche und politische Diskussion ergeben, die in den nächsten Jahren geführt werden soll. Genau das ist Sinn und Zweck der Vorlage dieses Berichtes zu diesem Zeitpunkt. Ich denke, wir haben genug Zeit, so daß Panikmache wirklich nicht angesagt ist. Lassen Sie uns gemeinsam den Antrag bis zu diesem Punkt noch einmal lesen - ich denke, Sie werden damit leben können.

Mit der Aussage unter Punkt 2 können wir nicht in eine ergebnisoffene Diskussion gehen. Wenn wir „ergebnisoffen“ sagen, dann muß das auch für jede Richtung gelten, und es dürfen im Vorwege keine Festlegungen getroffen werden, die eine räumliche Ausdehnung und die Nutzung des 150-m-Streifens grundsätzlich ausschließen. Das kann dann nicht vorher festgelegt werden.

Natürlich erfolgt eine Ausweisung von Referenzgebieten und eine Veränderung der Schutzzonen nur nach einer ausführlichen Diskussion mit den Betroffenen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob nach dem Flächenbrand, der gelegt worden ist und den sie weiter schüren, noch ein **Einvernehmen** herzustellen ist. Wir wissen inzwischen aus anderen Mediationsverfahren, wie kostbar solch ein Einvernehmen ist, und wie behutsam man vorgehen muß, wenn man Einvernehmen herstellen will. Das bringt uns dazu, daß wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können, Herr Gerckens und Frau Spoorendonk. Wir glauben, daß die Möglichkeiten für eine einvernehmliche Diskussion schon so gefährdet sind, daß man das im Vorwege nicht herunterspielen sollte.

Wir setzen uns dafür ein, daß im Nationalpark endlich das geschieht, was im Nationalpark nach internationalen Kategorien auch zu geschehen hat.

Dazu zählt ein eindeutiger Schutz der Natur, ein eindeutiger Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen der Region.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gegen die Menschen!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist heute viel vom **Dialog** die Rede. Wo aber bleibt die SPD, wo bleiben die Grünen, wenn Bürger zum Dialog einladen, wie zum Beispiel am Montag in Neukirchen?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da kommt die Frau Fröhlich nicht!)

Sie sind nicht da.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Fröhlich, Sie waren sogar angemeldet, Herr Hielmcrone war mit Sicherheit eingeladen. Die Kreistagsfraktionen der Grünen und der SPD sitzen mit hochrotem Kopf im Saal und müssen sich schämen, daß ihre Landtagsfraktionen - sie sind ja nicht einmal so klein - es nicht schaffen, jemanden zu schicken. Das ist der Dialog, den Sie wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind jede Woche da!
- Zurufe der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Was ist denn nun mit dem § 2? Minister Steenblock hat laut Berichterstattung des „Nordfriesischen Tageblattes“ vom 09. November die Änderung dieses Paragraphen wieder eingezogen. Er hat sich bereit erklärt zu sagen, wir lassen es dabei. Frau Fröhlich sagt heute, nein, darauf könne man sich heute noch nicht festlegen. Was gilt denn jetzt? Es geht hier um einen zentralen Punkt.

Ich stelle fest: „Land unter“ - das befürchtet die Westküste, wenn die Regierung ihre Pläne zur Novellierung des Nationalparkgesetzes umsetzt. Damit ist der Aufruhr an der Westküste zu erklären.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nackte Polemik!)

- Dann erklären Sie bitte den Bürgern, daß es nackte Polemik ist, wenn Sie zu dem Termin nicht erscheinen. Das finde ich schon sehr bedenklich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 260 Leute waren da!)

Wer den Aufruhr an der Westküste mit Holprigkeiten bei der Präsentation des Berichtes zur Ökosystemforschung erklären will, wie Umweltminister Steenblock, der weiß nicht, worum es geht. Die Menschen an der Westküste sehen ihre Lebenschancen einer Naturschutzideologie geopfert, für die der **Mensch** nicht Teil der **Natur** ist, sondern Störfaktor.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh!)

- Genau so betrachten Sie es doch, Herr Nabel.

Diese Ideologie teilt die Menschen in die bösen Nutzer und die guten Schützer ein.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, ich bin mir sicher, daß ich von dem Bericht mehr gelesen habe als jeder andere hier im Saal.

Die Präsentation dieses Syntheseberichts ist mißlungen. Kern der Unruhe an der Westküste ist die Furcht der Menschen vor der undifferenzierten Umsetzung der darin erhobenen Forderungen. Die Landesregierung erntet, was sie gesät hat. Sie setzt die Fehler, die 1985 gemacht worden sind, fort. Das bedauere ich sehr.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Hennig hat ausgeführt, daß die **Akzeptanz** für den **Nationalpark** in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Das konnten wir schon anlässlich des

zehnjährigen Jubiläums erleben. Da waren wir weiter, als wir es heute sind.

Ein Umweltminister, der ungenehmigt in herrschaftlicher Manier auf Amrum mit dem Hubschrauber landet,

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

und eine grüne Fraktionsvorsitzende, die anlässlich eines Veranstaltungsbesuches in Sankt Peter-Ording nicht die bereitgestellte Strandbahn nimmt, sondern am Tagungsort abseits der Trasse mit dem eigenen Wagen vorfährt, verlangen von den Menschen an der Westküste, den Vorrang des Naturschutzes zu akzeptieren und eigene existentielle Sorgen hintenanzustellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wer selbst immer wieder nichts als Symbolpolitik betreibt, wie zum Beispiel die aussichtslose Normenkontrollklage gegen den Transrapid, der hat es verdient, daß der Symbolgehalt der eigenen Handlungen mit den aufgestellten politischen Forderungen verglichen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eine angeblich dem Naturschutz verbundene Partei, die im Frühjahr „A 20 niemals“ plakatiert hat, im Koalitionsvertrag dann aber den Bau der Autobahn durch das Naturschutzgebiet Wakenitztal unterschrieben hat, braucht bei den eigenen Parteifreunden, der eigenen Klientel, Vorzeigeprojekte als Balsam auf die Wunden der grünen Seele.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Balsam ist auf Seite 34 des **Koalitionsvertrages** in den Forderungen zur Novellierung des Nationalparkgesetzes festgeschrieben. Damit ist deutlich, daß die **Forderungen zur Novellierung des Nationalparkgesetzes** Spielbälle im Koalitions poker waren, frei nach dem Motto: Tausche A 20 gegen Nationalpark.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer den Naturschutz als Spielball für ganz andere Interessen benutzt, Interessen, die sich ganz woanders artikulieren, - A 20, Krümmel, um zwei aktuelle Beispiele zu nennen - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich gestatte keine Zwischenfrage.

Wer den Naturschutz als Spielball benutzt, der nimmt es mit der Organisation des Diskussionsprozesses nicht so genau. Genau dies haben wir alle beobachtet.

Das Großforschungsvorhaben „Ökosystemforschung Wattenmeer“ wurde von der UNESCO im Rahmen des Programms „Der Mensch und die Biosphäre“, vom Bundesumwelt- und vom Bundesforschungsministerium sowie vom Land Schleswig-Holstein gefördert. Die Ergebnisse vieler wissenschaftlicher Untersuchungen aus dem Forschungsvorhaben sind im **Synthesebericht** zusammengefaßt. Er wird die Diskussionsgrundlage sein, und er wird kritisch zu würdigen sein. Da gibt es Teile, die gelungen sind, und da gibt es andere Teile, die schwächer sind. Da gibt es Teile, in denen man fundierte wissenschaftliche Arbeit beobachten kann, und es gibt andere Teile, bei denen eine gewisse Ideologie im Hinterkopf eine Rolle gespielt hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Und Sie können das beurteilen?)

- Ich kann es gut beurteilen, Herr Nabel. Machen Sie sich da keine Sorgen.

Es ist aber sehr die Frage, wer mit diesem Bericht denn wirklich ordentlich umgeht. Das möchte ich doch einmal wissen. 35 Millionen DM stecken in diesem Bericht, und dann wird die **Präsentation**

derartig in den Sand gesetzt, wie das von Ihnen hier vorgeführt worden ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es bedarf vielleicht der Erwähnung, Herr Nabel, daß in diesem Betrag auch 22 Millionen DM der Bundesregierung enthalten sind, die sich angemessen an diesem großen Forschungsvorhaben beteiligt hat.

Es ist mit Sicherheit einmalig und bedeutet eine Mißachtung aller Spielregeln, wenn die Zusammenfassung dieses Syntheseberichts von den Regierungsparteien erst auf ihre Brauchbarkeit zum Füllen des Koalitionsvertrages ausgeschlachtet und dann dem Parlament zur Kenntnis gegeben wurde. Die Grünen rufen lautstark zum Kampf gegen feudale Symbole; aber sie sind sich nicht zu fein, in Feudalherrenmanier ihr Herrschaftswissen gegen die Interessen der Menschen an der Westküste zu instrumentalisieren.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Vor dem Hintergrund der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sind alle Bekenntnisse zum Dialog, zur Diskussionsbereitschaft Makulatur. Eine ergebnisoffene Diskussion glaubt Ihnen niemand, weil Sie bestimmte Positionen ja vor dem **Diskussionsprozeß** bereits festgeschrieben haben. Auch dies wird beispielsweise von den Umweltschutzverbänden kritisiert. Das bedeutet nicht, daß ich erwarte, daß die Regierung einem solchen Diskussionsprozeß ohne eigene Zielvorstellungen führt. Doch wer die Ziele vorher als zu erzielende Ergebnisse festschreibt, nimmt in Kauf, daß die jetzt geforderten Diskussionen nur unter Belastungen stattfinden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie bei der A 20! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen doch alles festschreiben!)

- Ich will überhaupt nichts festschreiben. Ich möchte eine ordentliche Diskussion über den Synthesebericht und dann einen ordentlichen Gesetzesvorschlag, den wir in einer Anhörung beraten können. Dies möchte ich und nichts anderes.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Ihr Antrag legt doch alles schon fest!)

- Er legt nicht alles fest, sondern Sie haben in Ihren Koalitionsvereinbarungen bereits die Ziele abgesteckt, die es uns schwermachen, überhaupt einen ordentlichen Diskussionsprozeß in die Wege zu leiten. Das ist doch das, was wir kritisieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist für Sie abzuwägen, ob das Regierungsziel der rot-grünen Koalition der Naturschutz mit Akzeptanz der Menschen in der Region oder das Durchsetzen der eigenen Position ist. Das letztere ist zu befürchten, nachdem Frau Erdsiek-Rave gesagt hat, das jetzige Nationalparkgesetz gehe ihr nicht weit genug, und dies die Kritik am bestehenden Gesetz ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr richtig! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Der **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** schützt gemeinsam mit den Nationalparks vor der niedersächsischen und der hamburgischen Küste die größte Wattenmeerregion der Erde. Mit seiner Einrichtung hat Schleswig-Holstein sich selbst die Pflicht auferlegt, „die Eigenart, Schönheit und Ursprünglichkeit“, wie das Gesetz den Schutzzweck beschreibt, zu bewahren, „seine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten und den möglichst ungestörten Ablauf der Naturvorgänge zu sichern“.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Darum geht es!)

Die Idee aller Nationalparks, großräumige Gebiete von menschlicher Nutzung und menschlichem Einfluß freizuhalten, läßt sich im Nationalpark Wattenmeer nicht in aller Konsequenz verwirklichen. Dies müssen wir jetzt akzeptieren. Sowohl die historische Entwicklung der Region als auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten der beiden Kreise Nordfriesland und Dithmarschen lassen den Verzicht auf Nutzung weder als möglich noch als sinnvoll erscheinen. Das jetzige Watt ist in früheren

Jahrhunderten Siedlungsraum gewesen. Zahlreiche Kulturspuren sind dafür Zeugen. Die Halligen, der Küstenverlauf sind Folgen menschlicher Eingriffe. Um die notwendige **Akzeptanz** der Bevölkerung an der Westküste zu erhalten, muß dieser Nationalpark im Zusammenwirken mit der Bevölkerung ein Konzept erarbeiten und umsetzen, das den **Schutz der Natur** mit den berechtigten **Nutzungsinteressen der Menschen** in der Region vereint.

Daher ist die Aussage im Koalitionsvertrag, das Schutzziel müsse „den international üblichen Regelungen für Nationalparke angeglichen werden“, schlicht Unsinn.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es ist eine Floskel. Sie ist absolut unbrauchbar, um in einer dicht besiedelten Region, wie es Nordfriesland ist, sinnvolle Schutzziele zu definieren. Dieses Wattenmeer ist einzigartig; es läßt sich nicht mit international üblichen Regelungen schützen. Was heißt denn das überhaupt, Frau Fröhlich? Waren Sie einmal in anderen Nationalparks? Im Yellowstone National Park in den Rocky Mountains, dem wohl ersten Nationalpark der Welt, stehen in bestimmten Monaten die Angler dicht gedrängt am Flußufer. Wollen Sie diese dort übliche Regelung bei uns einführen? Was heißt das denn, „die international üblichen Regelungen“? Das ist eine Leerformel.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Was wollen Sie denn?)

An einen Nationalpark in seit Jahrtausenden unbesiedelter Wildnis sind andere Anforderungen zu stellen als an einen Nationalpark in einer seit Jahrtausenden besiedelten Kulturlandschaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das Watt ist doch der Nationalpark!)

Das eine ist ein Park, in dem der Mensch nur Zuschauer ist, das andere ein Park, in dem der Mensch mit seinen Lebensansprüchen Teil des Ökosystems ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht die Inseln, das Watt ist der Nationalpark! Sie wissen gar nicht, wo der Nationalpark ist!)

- Ich weiß das besser, als Sie glauben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Nationalpark leben keine Menschen!)

Das heißt, daß der Nationalpark Wattenmeer eben viel mehr ist als nur ein Reservat für Wattwürmer. Auch im Naturschutz ist **Pluralität der Konzepte** gefordert statt Gleichmacherei. Das bedeutet nicht, daß jeglicher Standard aufgegeben wird. Es bedeutet aber Augenmaß, Abwägung und kritische Distanz zu fundamentalen Forderungen, von welcher Seite sie auch kommen.

(Konrad Nabel [SPD]: Die haben nur Sie!)

Der Nationalpark Wattenmeer ist gleichzeitig auch **Biosphärenreservat**.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie übernehmen sich, Frau Kollegin!)

Diese Schutzkategorie der UNESCO könnte für die gesamte Region der Westküste eine besondere Entwicklungschance bedeuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

- Ich vermissе Ihre Haushaltsansätze in diesem Bereich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da nehmen wir Sie beim Wort!)

Obwohl die Ausweisung als Biosphärenreservat bereits 1990 erfolgte, sind bis heute keinerlei Anstrengungen der Landesregierung zu erkennen, daraus Entwicklungsimpulse für die Westküste abzuleiten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Diese Zurückhaltung der Landesregierung ist nicht ohne Grund. Das Programm „Man and Biosphere“ widerspricht dem zentralen Glaubensgrundsatz der Naturschutzphilosophie dieser Regierung, des absoluten Vorranges der natürlichen Sukzession.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch! -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das würde ich einfach mal nachlesen, Herr Hentschel, bevor Sie etwas sagen!)

Der Durchsetzung dieses Glaubenssatzes werden die Entwicklungschancen des Landes nachgeordnet. Eindrucksvoll belegt dies die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bündnisgrünen im Deutschen Bundestag. Die EU-Verordnung 2078 „für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren“ vom 30. Juni 1992 hat in allen alten Bundesländern zu einer Ausweitung der Förderung der umweltgerechten Landbewirtschaftung geführt, nur nicht in Schleswig-Holstein. Bei uns als einzigem Bundesland wurden die Mittel trotz EU-Förderung gekürzt. Der Fördersatz pro Hektar Landesfläche ist der niedrigste im gesamten Bundesgebiet.

Auf diese Weise bleiben die Vorstellungen im Synthesebericht zum Biosphärenreservat mit den damit verbundenen Entwicklungsperspektiven für Tourismus, Landwirtschaft und Fischerei Ideen ohne Realisierungschance. Ich finde dies schade. Sie mögen dies genauso wollen.

Der Antrag von SPD und Bündnisgrünen ist völlig unbefriedigend. In Punkt 1 heißt es, der **Nationalpark** biete den Menschen an der Küste für die **wirtschaftliche Entwicklung** zukunftsweisende Möglichkeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man doch nicht beschließen. Entweder es ist so, dann würden wir uns alle darüber freuen; oder es ist nicht so, dann könnten wir es gemeinsam fordern. Dann müssen wir aber auch sagen, welche zukunftsweisenden Möglichkeiten wir sehen und wie sie von den Menschen wahrgenommen werden können.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Natur unter Schutz stellen!)

Die Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände hat gerade erklärt, daß Arbeitsplätze in der Fischerei verlorengehen werden, und dann wieder, daß das nicht so ist. Es ist nicht auszuschließen, daß die erste Erklärung die realistische Einschätzung war, was bei einer Umsetzung der Forderungen aus dem Synthesebericht zu erwarten ist. Sind das die zukunftsweisenden Möglichkeiten, die der Landtag beschließen soll?

In Punkt 2 wird festgestellt, daß der Synthesebericht Grundlage für die öffentliche Diskussion ist. Das ist er auch ohne einen Beschluß, und auch der ständige **Dialog** ist eine Selbstverständlichkeit, die nur beschließen lassen muß, wer die zu erzielenden Ergebnisse schon vorher als Sieg der eigenen Position verkauft hat.

Mit diesem Antrag können Sie nicht heilen, was durch den Koalitionsvertrag leichtfertig zerstört wurde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit diesem Antrag machen Sie es sich zu leicht. Die Menschen an der Westküste brauchen das Vertrauen, daß ihnen durch das Nationalparkgesetz nicht scheinchenweise die Entwicklungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden. Sie brauchen Perspektiven und die Gewißheit, Entscheidungen mitgestalten zu können. Ich will aber auch sagen, daß das Wattenmeer in seiner Einzigartigkeit eine Region mit überregionaler Bedeutung ist. Dies ist eine Verpflichtung für das Land wie auch für die dortigen Gemeinden.

Nur durch eine ergebnisoffene Diskussion mit den Betroffenen an der Westküste kann das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen werden. Wer eine solche Diskussion aber mit der Vorgabe führt, daß es heute an der Zeit sei, eine Lücke im Nationalparkgesetz im Sinne der Ökologie zu schließen, der provoziert Widerstand. Dies ist nicht der Widerstand von Unbelehrbaren, von Ewiggestrigen, sondern es ist der Widerstand von Menschen, die von ständiger, nicht einsehbarer Gängelung die Nase gestrichen voll haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Liebes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Aufregung an der Westküste über den **Synthesebericht** zu verstehen, muß man sich die Entstehung des Nationalparks im Jahre 1985 vor Augen führen. Das Nationalparkgesetz kam im Jahre 1985 als Kompromiß zustande. Ein besonders wichtiger Teil dieses Kompromisses war und ist § 2. Dieser Paragraph sichert die traditionelle **Nutzung im Wattenmeer** und den **Vorrang des Küstenschutzes** rechtlich ab. Wenn ein Landesminister einen wissenschaftlichen Bericht vorlegt, in dem unter anderem die Abschaffung dieses Paragraphen vorgeschlagen wird, dann sollte man sich über den Sturm der Entrüstung nicht wundern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Herlich Marie Todsden [CDU])

Damit trifft man die Bevölkerung an der Westküste an einer sehr, sehr empfindlichen Stelle, meine Damen und Herren.

Diese Vorgehensweise wäre nicht im entferntesten notwendig gewesen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ist es!)

Der SSW ist der Auffassung, daß das zuständige Ministerium schon lange vor der Herausgabe des Wattenmeerberichts mit den Menschen an der Westküste über die Problempunkte hätte reden müssen; zumindest hätte die Landesregierung deutlich machen müssen, daß die politischen Bewertungen des Berichts und Entscheidungen über die Umsetzung noch ausstehen.

Einerseits wertet der SSW die Ergebnisse des Syntheseberichts als Zustandsbericht für den Nationalpark Wattenmeer, andererseits verstehen wir sie als Anregungen zur Diskussion über ein neues Nationalparkkonzept. Für den SSW steht

aber fest: Die endgültige politische Bewertung und die letzte Entscheidung über das zukünftige Nationalparkkonzept dürfen erst nach einem an der Sache orientierten und vorurteilsfreien **Dialog** mit allen Beteiligten an der Westküste getroffen werden. Soviel zur Vorgehensweise der Regierung!

Manche Äußerungen der CDU und der F.D.P. zu diesem Thema sind allerdings auch weit über das vernünftige Maß einer fruchtbaren Auseinandersetzung hinausgegangen. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche?)

Der SSW ist der Auffassung, daß sich das Thema „Nationalpark Wattenmeer“ nicht für eine parteipolitische Schlammschlacht eignet.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir brauchen dringend eine ruhige und sachliche Diskussion.

Es war eine CDU-Landesregierung, die seinerzeit den Nationalpark Wattenmeer geschaffen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir gehen davon aus, daß alle verantwortlichen Parteien in diesem Land an der Erhaltung des Nationalparks weiterhin interessiert sind. Das Nationalparkgesetz mit seinen Naturschutzziele bildet den Rahmen für den Schutz und die Erhaltung dieses in seiner Naturvielfalt einzigartigen ökologischen Systems. Trotzdem ist es unbestreitbar, daß der Bedarf eines neuen Nationalparkkonzepts vorhanden ist. Dem stehen wir vom SSW völlig offen gegenüber, allerdings nach Festlegung folgender **Eckpunkte**. Besonders wichtig bei der zukünftigen Diskussion um ein neues Konzept sind für uns nämlich folgende Punkte:

Erstens darf § 2 des Nationalparkgesetzes nicht geändert werden; das heißt, **traditionelle Nutzung** muß weiterhin neben den **ökologischen Zielsetzungen** berücksichtigt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das gilt besonders auch für die Fischerei.

Diskussionsbedarf besteht allerdings bei der Muschelfischerei, doch auch hier muß eine wirtschaftliche Nutzung grundsätzlich möglich sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für den SSW sind auch Arbeitsplätze in der Fischerei wichtig. Das muß an dieser Stelle noch einmal deutlich unterstrichen werden, Herr Minister.

Zweitens muß der **Küstenschutz** weiterhin absoluten Vorrang haben. Ich nehme an, in dieser Frage sind wir uns alle hier im Landtag einig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Na ja!)

Drittens müssen räumliche Veränderungen des Nationalparks, Ausweisungen von Referenzgebieten oder Veränderungen von Schutzzonen offen und sachlich diskutiert werden. Letztlich dürfen sie aber nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung vorgenommen werden. Das ist notwendig, um die **Akzeptanz** des Nationalparks Wattenmeer auch vor Ort und in Zukunft zu gewährleisten.

Unter diesen Voraussetzungen ist der SSW bereit, in Sachen „Nationalparkkonzept“ zu diskutieren. Wir sind allerdings der Meinung, daß der Zeitrahmen zur Vorlage eines neuen Konzepts so abgesteckt sein sollte, daß wirklich alle Aspekte sachgerecht erörtert werden können. Das Jahr 1998 ist für uns somit nicht unbedingt das letzte Wort.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Uns scheint diese Zeitvorgabe zu eng bemessen zu sein.

Bei näherer Betrachtung enthält der Ökosystembericht eine Reihe von positiven Ansätzen zur Weiterentwicklung des Nationalparks. Eine **Weiterentwicklung des Nationalparks Wattenmeer** ist auch eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Westküstenregion. Das muß an dieser Stelle ebenfalls noch einmal unterstrichen werden.

Besonders den Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des sanften Tourismus im Nationalpark stehen wir äußerst positiv gegenüber.

In diesem Zusammenhang sollten die Verantwortlichen vor Ort auch ihre Haltung zu dem geplanten Ranger-Service überdenken. Was da gelaufen ist, ist nicht besonders lobenswert, muß ich einmal sagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine nachhaltige ökologische Entwicklung im Wattenmeer kann langfristig zur ökonomischen Grundlage dieser Region entscheidend beitragen. Sie wissen, daß das „Tourismuskonzept Westküste“ kurz vor seinem Abschluß steht; auch dort werden ja gerade Ökologie und Natur im Vordergrund stehen. Man arbeitet also schon daran.

In diesem Zusammenhang muß ebenfalls erwähnt werden, daß die größten Gefahren für den Nationalpark nicht von den traditionellen Nutzern im Wattenmeer ausgehen, sondern von den **Verschmutzungen der Nordsee**, die von allen Anrainerstaaten zu verantworten sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier sieht der SSW das vordringliche Problem. Die Ölverschmutzung im Sommer vor Amrum hat dies wieder in Erinnerung gebracht.

Aber auch die **militärische Nutzung** und die **Erdölförderung** im Nationalpark sind mit dem Grundgedanken eines Nationalparks nicht in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von den Anregungen des Syntheseberichts möchte ich die vorgeschlagenen Walschutzzonen erwähnen; diese sind bereits von den Gemeinden Sylt und Föhr begrüßt worden.

(Heinz Maurus [CDU]: Haben Sie heute noch keine Zeitung gelesen?)

In diesem Bericht kann man also gemeinsam mit den Bewohnern vor Ort neue Schutzzonen des Nationalparks abstecken; etwas Gemeinsames ist also vorhanden. Es gilt nur, darauf aufzubauen.

Ein neues Konzept für den Nationalpark Wattenmeer kann nur mit der Bevölkerung an der Westküste durchgesetzt werden, nicht gegen sie.

Dafür wird sich der **SSW** entschieden einsetzen - hier im Landtag, im Kreistag und auf allen anderen politischen Ebenen. Wir haben zu diesem Thema einen eigenen **Änderungsvorschlag** eingebracht; damit wollten wir zum Ausdruck bringen, daß wir die Bedenken, die in dem Antrag von CDU und F.D.P. formuliert sind, teilen. Wir möchten aber auch eine wirklich sachliche und konstruktive Diskussion einleiten. Dafür scheint uns dieser Antrag nicht gerade besonders dienlich zu sein. Einige der Eckpunkte des CDU/F.D.P.-Antrags sind einer solchen Diskussion vielleicht nicht unbedingt förderlich. Das hat auch schon das Kuratorium „Nationalpark Wattenmeer“ im Rahmen seiner Aussagen zum Synthesebericht signalisiert.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält zwar positive Ansätze zur Weiterentwicklung des Nationalparks Wattenmeer, uns fehlt aber die Festschreibung des § 2, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sicherung der traditionellen Nutzung und des Vorranges des Küstenschutzes. Dies ist aber besonders wichtig. Deshalb haben wir unseren Antrag hierzu eingebracht.

Zum Schluß möchte ich gern noch eine Aussage des Herrn Ministers Steenblock zitieren.

Sie haben wörtlich gesagt: **Umweltschutz** dürfte gerade an der Westküste keinen **Arbeitsplatz** vernichten. - Herr Minister, wir werden Sie an Ihrem Verhalten in dieser Frage weiterhin messen und Sie gerade in dieser Angelegenheit beim Wort nehmen; denn das ist für die Westküste besonders wichtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Wiesen, wir bedanken uns für Ihre klare Aussage zur Situation an der Westküste. Es ist nur zu hoffen, daß sich Ihre Haltung auch im Ministerium durchsetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Regierung!)

- In der Regierung, natürlich! - Ich glaube, das wäre der Sache dienlich. Also, machen Sie sich stark dafür.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn weiterhin so verfahren wird, wie es bis jetzt geschehen ist, wird es auch weiterhin eine Flut von Empörung geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es, und zwar zu Recht!)

Liebe Kollegin Fröhlich, die **Menschen** an der **Westküste** haben über Jahre hinweg mit und für die **Natur** gelebt; denen können Sie doch nichts vormachen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es leben auf den **Inseln** und **Halligen** mitten im Nationalpark mehr als 25 000 Menschen, denen Sie etwas vormachen wollen. Ich muß sagen: Ich bin entsetzt. Gerade solche Aussagen führen dazu, daß das Maß des Erträglichen überschritten wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade deshalb reagiert die Bevölkerung so. Dafür sollten gerade Sie, die Sie 20 Jahre an der Westküste gelebt haben, Verständnis haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihre Aussagen zum Landrat waren nicht ganz gerechtfertigt. Natürlich hat er auch die Aufgabe, die Interessen der Westküste allgemein zu vertreten. Sie sollten es tunlichst vermeiden, dies hier so vorzuführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich meine, es dient auch nicht der Verständigung zwischen der Westküste und diesem Hohen Hause, wenn Sie dies tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit zwei Vorbemerkungen beginnen.

Erstens. Der **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** ist ein einmaliger Naturraum

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- vielen Dank -, aber auch Lebens- und Wirtschaftsraum. Ökologische Abläufe und Zusammenhänge wissenschaftlich zu erfassen und Erkenntnisse daraus zu ziehen und sie nach gründlicher, gerechter Abwägung zu berücksichtigen, ist richtig.

Zweitens. Die **Bevölkerung** an der Westküste akzeptiert heute den Nationalpark auf der Grundlage des Nationalparkgesetzes vom 22. Juli 1985. Dies ist - wie ich meine - eine wichtige Voraussetzung für die Diskussion um eine weitere Entwicklung des Nationalparks.

Seitdem Sie, Herr Minister Steenblock, den bis zu diesem Tag wie ein Geheimpapier behandelten **Synthesebericht** „Ökosystemforschung Wattenmeer“ als Grundlage für einen Nationalparkplan Wattenmeer am 10. September der Öffentlichkeit vorgestellt haben, werden an der Westküste alte Sorgen und Befürchtungen wieder laut. Die Bevölkerung ist verunsichert. Erinnerungen an die heftigen Diskussionen um die Einführung des Nationalparks Mitte der 80er Jahre werden wieder wach.

Ich habe mir - wie Sie es uns heute empfohlen haben - die Protokolle über die Debatten und auch Ihre Pressedienste aus der damaligen Zeit angesehen.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das ist eine Fundgrube!)

Im Sozialdemokratischen Informationsbrief kritisieren Sie am 27. März 1985 den damaligen Gesetzentwurf der CDU-Landesregierung wie folgt:

„Der Gesetzentwurf zeigt, daß die Landesregierung es nicht vermochte, das in der Region vorhandene positive Umweltbewußtsein aufzugreifen und in das Gesetz einzubringen. Statt dessen plant die Landesregierung den Durchmarsch ... gegen den Willen der Bevölkerung ... Das ist der Abschied von einem durch die Bevölkerung getragenen Wattenmeerschutzes.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können wir heute zitieren!)

Ich kann nur eines feststellen: Aus den damaligen Fehlern und Protesten haben Sie nichts, aber auch gar nichts gelernt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Durch Ihre verfehlte **Informationspolitik** ist es Ihnen gelungen, eine funktionierende Kooperation zwischen Wattenmeernutzern, Anliegern und Naturschützern wieder in Frage zu stellen. Es wird wieder polarisiert. Das gute Miteinander scheint zunächst einmal dahin zu sein. **Mißtrauen und Ängste** bestimmen die Diskussion, und dies ist nicht unbegründet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

So mancher Küstenbewohner erinnert sich an die damalige Nationalparkdiskussion

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die war furchtbar!)

und findet sich in seiner Meinung bestärkt.

Es gibt auch Zeitungsartikel, die das ein Stück weit fördern. So heißt es zum Beispiel in einem aus der „FAZ“ vom 18. November 1996:

„Es gibt nichts Neues auf der Welt. Vor einem Dutzend Jahren hat der damalige CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Barschel, den Nationalpark Wattenmeer an der Nordfriesischen Küste durchgesetzt. Was sollte aus der Muschelzucht werden, was aus der Krabbenfischerei, was aus den Ausflugsfahrten zu den Seehundsbänken, die bei den süddeutschen Touristen so beliebt

sind, fragten die Anwohner. Wie zu Barschels Zeiten kommen beschwichtigende Redensarten aus Kiel: Man werde intensiv mit der Bevölkerung diskutieren, der Küstenschutz werde selbstverständlich gewahrt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, waren Sie es doch, die das Nationalparkgesetz 1985 ablehnten, und zwar nicht, weil nicht ausreichend mit der Bevölkerung diskutiert worden war, sondern weil - wie Sie das selbst vorher zugestanden haben - die Festsetzungen im Gesetz nicht weit genug gingen. In Ihrem Sozialdemokratischen Informationsbrief Nr. 76 aus dem Jahre 1985 bemängeln Sie:

„Die Grenzen des Nationalparks sollen im Bereich Nordfriesland nicht einmal das heute bestehende Naturschutzgebiet ‚Nordfriesisches Wattenmeer‘ ganz einbeziehen. Im Süden werden wichtige Bereiche wie das Neufelder Watt ausgeklammert. Das Grasens von Schafen auf den Vorländereien bleibt zulässig. Damit wird kein Weg deutlich, wie 80 % der Salzwiesen wieder in einen naturgemäßen Zustand überführt werden können. Die Wattenjagd bleibt ebenfalls zulässig...“

Herr Minister Wiesen, seien Sie froh, daß die Debattenbeiträge aus dem Jahre 1985 vor Ort nicht bekannt sind. Wenn Ihre Presseerklärung zur Vorlandbeweidung auf Nordstrand bekannt geworden wäre, dann wären Sie dort nicht zu Wort gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Mittlerweile hat sich in bezug auf die Gesamtlage ja auch schon einiges zugunsten der Vorstellungen der SPD getan. Die **Jagd im Wattenmeer** ist verboten. Die **Vorlandbeweidung** ist extrem eingeschränkt worden und zum Dauerbrenner geworden.

Es ist sicherlich auch sinnvoll, einen Blick auf die Position der Grünen im Jahre 1984 zu werfen. In den „Husumer Nachrichten“ vom 10.07.1984 heißt es dazu:

„Nach Auffassung der Grünen müsse ein möglichst bald greifendes Schutzgesetz für

das Wattenmeer und den Küstenraum ein ganzheitliches Entwicklungsmodell sein.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Das Schutzgebiet sollte von der Drei-Meilen-Zone bis zum Geestrücken des Festlandes und von der dänischen Grenze bis zum Nord-Ostsee-Kanal reichen.“

(Lachen bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Falls die CDU-Landesregierung nicht bereit sei, auf die Forderungen einzugehen, würden die Grünen den Nationalpark ablehnen, um auf günstigere politische Verhältnisse ... zu warten.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU und der F.D.P.: Hört, hört!)

Heute sind diese günstigeren politischen Verhältnisse für Sie wohl gegeben. Aber passen Sie auf, daß Sie die Rechnung nicht ohne den Wirt, die Bevölkerung an der Westküste, machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach all dem und der dilettantischen öffentlichen Begleitung und Vorstellung des Syntheseberichts sowie Ihren grundlegenden **Aussagen im Koalitionsvertrag** zu diesem Thema brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn das Mißtrauen an der Westküste Wellen schlägt und die Bevölkerung, die sie repräsentierenden Gemeinden, Ämter, Kreistage, Vereine und Verbände, Landwirte, die Tourismuswirtschaft, Fischer, Angler, Jäger, Schäfer und selbst die Nationalparkkuratorien ihre Befürchtungen, Ängste und Sorgen klar und deutlich artikulieren.

Lieber Peter Gerckens, von einer parteipolitischen Schlammschlacht vor Ort habe ich bisher nichts gemerkt.

(Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf vier Eckpunkte, die Ihnen durch zahlreiche parteiübergreifende - ich betone: parteiübergreifende - Resolutionen längst bekannt sind und die wir mit unserem Antrag aufgegriffen haben, erwarten die Menschen an der Westküste eine klare Antwort. Statt diese Antwort zu geben, kommen Sie mit einem Antrag zur Weiterentwicklung der Westküstenregion, belegen Allgemeinplätze, vernebeln und werfen wieder neue Fragen auf. Denn wie soll Ihr **Gesamtkonzept** für die Westküste denn aussehen? Sollen Ihre alten Pläne aus dem Jahre 1984, damals vorgestellt durch Ihren Kollegen Berend Harms, wieder aus der Schublade geholt werden, oder welche anderen Vorstellungen verbergen sich dahinter?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden Sie schon sehen!)

Daß Sie mögliche Erweiterungen und Neuzonierungen des Nationalparkes eingehend mit der Bevölkerung erörtern wollen, ist ja doch eine Selbstverständlichkeit und bedarf nicht besonderer Erwähnung. Wo aber bleiben die eingeforderten Beteiligungs- und **Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung**? Es geht hier nicht um ein Vetorecht. Es geht um Beteiligung und Mitwirkung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Viele Fragen, keine Antworten!

Sie kommen mir vor wie jemand, der nach dem Weg gefragt wird und antwortet: „Ja, heute ist das Wetter schön.“

(Beifall bei der CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das haben Sie geklaut! - Holger Astrup [SPD]: Und das noch falsch!)

Mit den Ausführungen in Ihrem Antrag werden sich die Bewohner der Westküste nicht zufriedengeben. Der Naturschutz - und damit auch der Nationalpark - kann nur dann erfolgreich umgesetzt und weiterentwickelt werden, wenn er mit den Menschen gemeinsam entwickelt und diskutiert wird, wenn diese Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte erhalten und ihre elementaren

Belange berücksichtigt werden und so ihre Akzeptanz gewonnen wird.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Begeisterungstürme bei der Opposition!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Hohes Präsidium! - Peter, das hat mir sehr gut gefallen. - Meine Damen und Herren! Der **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** ist räumlich und flächenmäßig die größte Einrichtung dieses Landes. Schätzungsweise 80 000 Menschen haben als Bewohner der Inseln und Anrainergemeinden direkt mit ihm zu tun, weitere 200 000 sicherlich mittelbar als Bewohner der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen. Der Nationalpark wirkt sich auf Schleswig-Holstein, ganz Deutschland und Europa aus. Er hat für die Ökologie weltweite Bedeutung. Er prägt die Wirtschaftsstruktur der Westküste, aber auch teilweise Schleswig-Holsteins.

In den letzten Jahren war es um den Nationalpark ruhig geworden. Dabei - so fürchte ich - hatte man sich wahrscheinlich eher mit ihm arrangiert, indem man ihn weitgehend ausgeblendet und manchmal auch ignoriert hat. Das ist jetzt anders geworden. Wenn wir über Land fahren, ist es so, als sei die Westküste scheinbar in Aufruhr, als stünde ein neuer Freiheitskrieg bevor, als rüsteten die Friesen - oder jedenfalls die, die meinen, für die Friesen zu sprechen -, um den bösen Feind zu vertreiben - und sei es mit dem berüchtigten Grütztöpfen -, als gelte es, Hennig Pogwisch, den Amtmann von Tondern, in der Gestalt der Minister aus Kiel zu schlagen.

(Heinz Maurus [CDU]: Das hat auch schon einer erzählt!)

Mit dem alten Kampfref „lever duad as slav“ läßt sich an der Westküste anscheinend allemal wenn nicht Grütze, so doch vortrefflich eine politische Suppe kochen. In Wahrheit geht es um die und weniger um die Menschen und ihre Sorgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Nun bin ich weit davon entfernt, die Diskussion um den Nationalpark auf die leichte Schulter zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

Es geht nicht nur um das Schicksal der Menschen, um das Schicksal der Westküste, denn der Nationalpark geht das ganze Land an. Das wird manchmal vergessen.

Weil das Thema so wichtig ist, bin ich dafür, zuzuhören und hinzuschauen, wie Luther sagt, „dem Volk aufs Maul zu schauen“, um von ihm zu lernen - allerdings nicht, um ihm nach dem Maul zu reden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr.
Ekkehard Klug [F.D.P.]

Genau das tun wir. Wir achten darauf, was gesagt wird. Wir schauen dem Volk aufs Maul.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo
waren Sie denn Montag abend?)

- Wir kommen noch dazu, „Herr Kubitzki“!

Selbstverständlich stehen an erster Stelle die Sorgen der **Menschen**. Wie sieht es mit der **Wirtschaft** aus? Was dürfen wir noch? Wie sieht es mit der Erweiterung der Gebiete aus? Wie sieht es mit dem **Küstenschutz** aus? Das sind in der Tat die Kernfragen, auf deren Beantwortung die Menschen an der Küste durchaus einen Anspruch haben. Genau diese Kernfragen haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchaus klar und deutlich in ihrem Antrag beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Stellung bezogen. Wir lassen die Menschen mit ihren Sorgen nicht allein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie
schaffen die Sorgen doch!)

- Herr Kubicki - - Es hat keinen Sinn! Es lohnt nicht!

(Holger Astrup [SPD]: Es lohnt
nicht!)

Wir sagen sehr klar und deutlich: Die gegenüber dem Schutzzweck berechtigten wirtschaftlichen Interessen müssen gewahrt werden. Das ist eine ganz klare, deutliche Aussage.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Die **Erweiterung des Nationalparkes** muß sich aus dem **Schutzzweck** herleiten lassen, wenn Sie denn in Teilen nötig und möglich ist. Sie muß auch eingehend mit den Menschen erörtert werden. Ich würde gern sagen, „eilvernehmlich erörtert werden“, wenn denn wirklich die Bereitschaft zur Einvernehmlichkeit da wäre.

(Beifall bei der SPD und der
Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber sie ist es nicht. Dafür haben Sie gesorgt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

Deswegen bemühen wir uns weiterhin darum. Der Küstenschutz hat Vorrang. Wer würde an der Küste etwas anderes sagen wollen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An der
Küste nicht, aber hier sagen Sie es!)

Wir sagen auch, daß die natürliche Entwicklungsdynamik gewährleistet werden muß. Wir sagen etwas zur Besucherbetreuung und Zonierung. Wir sagen deutlich, daß wir den sanften Tourismus fördern werden.

In unserem Antrag verkaufen wir keineswegs weiße Salbe. Wir sind ehrlich zu den Menschen, und wir lassen uns auch daran messen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Das wäre ganz was
Neues!)

- Herr Kubicki, mir meine Ehrlichkeit abzustreiten -
- Das müssen Sie mir erst einmal beweisen!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Laß ihn doch!)

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

Da wäre ich an Ihrer Stelle ein bißchen vorsichtig!

(Beifall bei der SPD und der
Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind die Eckpunkte unseres Papiers. Das sind unsere Feststellungen. Das sind die Eckpunkte, aus denen sich dann auch die berechtigten Antworten ableiten lassen, die an der Westküste nachgefragt werden. Das, Herr Hennig, ist keine Rumeierei.

Wenn man sich wirklich einmal Mühe macht zuzuhören, zu analysieren, wenn man nachdenkt,

(Holger Astrup [SPD]: Nicht so
anspruchsvoll!)

wird man merken, wo ein Fehler des bisherigen Nationalparkes in der Fassung von 1985 lag und woher die Sorgen der Menschen rühren. Sie wurden nämlich alleingelassen und nicht begleitet. Das ist damals versäumt worden.

Der Nationalpark liegt ja nicht irgendwo, sondern er liegt vor der **Küste**. Es leben Menschen am **Nationalpark**. Es liegen bewohnte **Inseln** im Nationalpark. Die ganze Küstenregion steht in einem engen Verhältnis zu ihm.

Das bedeutet, daß es neben dem Nationalpark auch ein Konzept für die Region Westküste geben muß, eine landseitige Begleitung, ein Konzept, das auf den Nationalpark reagiert, positive Effekte aufnimmt und verstärkt, negative kompensiert. Und genau hier setzen wir mit unserem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Das nämlich ist das eigentliche Neue und Zukunftweisende in unserem Antrag. Darüber bin ich sehr froh. Das bereits jetzt als dummes Zeug abzumeiern, Herr Maurus, finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dabei ist - das soll nicht verschwiegen werden - an der Küste bereits eine ganze Menge konzeptioneller Arbeit geschehen. Das ist eine hervorragende Arbeit.

Wichtig ist, all diese Aktivitäten zu bündeln, sie in einen Gesamtrahmen zu stellen, gezielt zu überlegen, was wir machen können, damit die Chancen, die der Nationalpark bietet, optimiert werden können, damit diese Konzepte nicht - wie AGREEMA - auf dem Papier bleiben, sondern auch verwirklicht werden können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD])

Der Nationalpark darf nicht länger isoliert und fernab gesehen werden, nicht ausgeblendet werden, sondern er muß als Teil des Ganzen begriffen werden, als die Einrichtung, die der **Natur**, aber eben auch den **Menschen** nutzt und dient. Dabei geht es um umwelt- und sozialverträglichen Tourismus,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ein
Phrasenzeug!)

ressourcenschonende Energienutzung, eine naturnahe Landwirtschaft bis hin zu Marketingstrategien. Aber es geht nicht nur darum, sondern auch darum, daß diese Region mit anderen Regionen Schritt hält,

(Zuruf von der CDU: Alles Sprüche!)

etwa in der Anwendung moderner Technologien, in der Nutzung der Vorteile von Bildung und Ausbildung, von Kultur und Kunst, Landschafts- und Städtebildern. Genau das muß gepflegt und konzeptionell zusammengeführt werden.

Frau Happach-Kasan, ich bin Ihnen richtig dankbar, daß Sie diesen Gedanken aufgegriffen haben. Denn hier liegen zukunftsweisende Möglichkeiten, die wir nutzen sollten.

Ich bitte Sie und fordere Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen. Er ist in der Tat zukunftsweisend.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nee!)

Wir wollen einen Dialog mit den Menschen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo
waren Sie Montag abend?)

Wir wollen Gespräche führen. Aber diese Gespräche sollen uns alle weiterführen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Sie sollen die Westküste - das sei nicht vergessen - und dieses Land weiter in die Zukunft führen und nicht die Vergangenheit festklopfen.

Gesprächspartner werden nicht nur die bekannten Institutionen sein, die sich aus Ihrem Verständnis heraus zu Recht lautstark äußern, sondern auch die Menschen vor Ort, die Verbände, von den Fischern bis hin zu den Naturschutzverbänden.

Gesprächspartner - wenn man dieses Wort ernst nimmt - haben Anspruch darauf zu wissen, wo man steht, was die eigene Ausgangsbasis ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist sehr schön!)

Sonst haben Gespräche keinen Zweck. Sie haben aber keinen Anspruch darauf, daß der Partner von Anfang an den Standpunkt des anderen vorbehaltlos übernimmt. Dann bräuchten wir keine Gespräche.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer die Ziele vor einem Gespräch bereits soweit festlegt, muß sich fragen lassen, ob er den Dialog überhaupt will, ob es ihm um die Zukunft geht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW] - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, - -

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Nein. - Deswegen bin ich den Kreisausschüssen von Dithmarschen und Nordfriesland dankbar, daß sie mit ihrem Beschluß von vorgestern in Heide immerhin zu einer moderaten Sprachregelung zurückgefunden haben. Wenn wir uns alle daran halten, läßt das wirklich hoffen, daß wir vielleicht auch zu einvernehmlichen Regelungen kommen

werden und kommen können. Aber es gehört eine moderate Sprachregelung aller Seiten dazu, und es gehört dazu, daß wir uns alle um die Zukunft bemühen und um die Zukunft kämpfen wollen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was ist mit Neukirchen?)

Deswegen meine Bitte und Aufforderung: Stimmen Sie dem Antrag zu. Stimmen Sie vor allen Dingen zu, daß der Nationalpark und die Region gemeinsam und im wechselseitigen Verhältnis entwickelt werden können, damit wir uns nicht eines Tages alle vorwerfen lassen müssen, daß wir wieder einmal große Chancen und Möglichkeiten versäumt haben. Wir haben jetzt Gelegenheit dazu, im Dialog gemeinsam etwas zu schaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Steenblock.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Hennig, Sie haben gestern abend bei der Veranstaltung des Städtebundes, an der wir beide teilgenommen haben, in Ihrer Begrüßung gesagt - ich zitiere das jetzt einmal sinngemäß -, daß Politik, wenn sie attraktiv sein und sich den Interessen, den Sorgen, den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger tatsächlich zuwenden wolle, auf Rituale verzichten müsse. Ich habe Ihnen da sehr zugestimmt und finde das auch richtig. Ich hätte mich gefreut, wenn die Debatte heute ein Beispiel dafür gewesen wäre, daß auf solche Rituale verzichtet wird.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie kneifen vor sachlicher Kritik, Herr Minister!)

- Herr Kubicki, ich verzichte auch darauf. Ich habe meine vorbereiteten Erklärungen an meinem Platz liegen gelassen, weil ich wie Herr Arens ein

Befürworter der freien Rede von dieser Stelle aus bin.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es richtig, solche Debatten nicht nur durch das Vorlesen von Erklärungen zu führen, sondern miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich würde an dieser Stelle gern versuchen, daß wir nicht - das ist ein erster Punkt der Bilanzierung und der Frage, wie es weitergehen soll, und das meine ich mit Ritualisierung - aus einer überspitzten Suche nach dem, was uns trennt, in einer Überideologisierung der Debatte auf die eigene Profilbildung schauen, sondern zusammen fragen: Was sind denn die Interessen der **Menschen** in dieser Region? Was ist das Interesse der **Natur** in dieser Region? Was können wir zusammen bewirken, um diesen Menschen zu helfen, aber auch, um ihnen auch in Zukunft eine sichere Existenzgrundlage in diesem Raum zu bieten? Ich glaube, Frau Happach-Kasan, wir kommen bei der Beantwortung dieser Frage nicht weiter, wenn wir **Ökologie** und **Ökonomie** so platt nebeneinander setzen, wie Sie das an dieser Stelle getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Zehn Jahre **Nationalpark Wattenmeer** müssen allen deutlich gezeigt haben, daß die Grundlage für ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem an der Westküste eine intakte Natur ist, ein Ökosystem, das auch durch die wirtschaftliche Nutzung dieses Raumes die Chance hat, seine Grundbedingungen selber zu erhalten. Nur dann werden die Menschen in dieser Region auch in der Lage sein, in dem wirtschaftlichen Nutzen, der in diesem Bereich verträglich mit der Umwelt zu erzielen ist, eine Lebensgrundlage für die Zukunft zu haben.

Das habe ich in diesen Debatten immer gesagt. Deshalb halte ich es für völlig falsch, wenn uns, wenn der Regierung oder den Regierungsfractionen, unterstellt wird, wir wollten diesen Raum in einen reservatähnlichen Zustand befördern, in dem die Menschen und die Nutzung dieses Raums ausgegrenzt sind. Das ist nicht Politik dieser Landesregierung. Das muß hier klargelegt werden. Ich stelle das an dieser Stelle auch noch einmal klar. Es wird weiterhin auch eine wirtschaftliche Nutzung in diesem Raum geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Aber es geht natürlich auch um den Nationalpark. Er ist in der höchsten Kategorie eingestuft, er ist **Weltnaturerbe**. Wir haben eine große Verantwortung für diesen Bereich, eine globale Verantwortung. Dieses System ist nicht nur für die Region wichtig. Sie wissen es alle. Es ist in den anderen Reden schon angesprochen worden. Es hat eine internationale ökologische Bedeutung für den Vogelzug, für die Fische. Sie wissen das. Ich brauche das nicht noch einmal deutlich zu machen. Es gibt Nutzungen, die verträglich sind, die auch weitergeführt werden sollen. Ich würde jetzt gern einmal versuchen, die Konfliktpunkte herauszuarbeiten, um die es tatsächlich geht. Ich möchte - und zwar nicht auf der ideologischen Ebene, sondern auf der praktischen Ebene - fragen: Worin unterscheiden wir uns denn, und wo könnten wir gemeinsam Lösungsmöglichkeiten sehen?

Erstens. Ich glaube, in diesem Hause gibt es bei allen Fraktionen eine ganz breite Übereinstimmung darüber, daß die **Sicherheit der Bevölkerung** an der Westküste Vorrang hat. Wir haben ein gemeinsames Konzept mit dem Naturschutz, den Wasser- und Bodenverbänden, den ÄLW und allen Kommunen der Region, was die Sicherheit, also den Küstenschutz angeht. Das ist abgestimmt, und ich unterstelle der Opposition auch nicht, daß sie an diesem gemeinsamen Konzept, das für zehn Jahre verabredet ist, rütteln will. Darüber sind wir uns einig. Deshalb sind Vorwürfe, hier werde der Küstenschutz in irgendeiner Weise vernachlässigt, entweder böse gemeint oder von Unkenntnis getrieben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die Frage der Nutzung. Wir sind uns alle einig, daß auch in Zukunft in diesem Nationalpark eine **wirtschaftliche Nutzung** stattfinden muß. Diese Nutzung muß nach den Nutzungsarten jeweils überprüft werden, ob sie mit dem Schutzziel in Übereinstimmung zu bringen ist.

An dieser Stelle will ich, weil das wichtig ist, auch noch etwas zu § 2 sagen. Ich sage das hier, und ich habe das auch bei der Nordseebädertagung gesagt. Ich persönlich habe überhaupt kein Interesse daran,

§ 2 des Nationalparkgesetzes in seiner inhaltlichen Substanz zu ändern.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich glaube, ich befinde mich mit Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, in Übereinstimmung, daß es hier um Inhalte geht und nicht um irgendetwelche formalen Spielereien.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz deutlich: Es gibt in der inhaltlichen Substanz an diesem Paragraphen nichts zu rütteln. Dieser Paragraph sagt eindeutig aus, daß dies ein Gebiet ist, das **ökologische Prioritäten** hat. Er sagt gleichzeitig aus, daß in diesem Kulturraum auch Nutzung, die historisch bedingt und wichtig ist, getätigt wird. Ich habe damit überhaupt keine Probleme. Diese Nutzung muß auch weiterhin Bestand haben, keine Frage.

Sehen wir uns diese **Nutzung** im einzelnen an! Die Muschelfischerei. Ich glaube, die Art und Weise, wie sich die Muschelfischerei seit Bestehen des Nationalparks entwickelt hat, macht deutlich, daß wir hier zu einer Veränderung kommen müssen. Seit es diesen Nationalpark gibt, hat sich die Muschelfischerei exorbitant entwickelt. Das muß geändert werden. Hierüber gibt es an der Westküste und auf den Inseln - Herr Maurus weiß das sicherlich so gut wie andere auch - überhaupt keinen grundsätzlichen Dissens. Wir wollen und müssen zu einer Einschränkung der Muschelfischerei kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir versuchen, die Fragen des Nationalparkes und der Interessen der Menschen in dieser Region konkret zu lösen und nicht über ideologische Floskeln. Diese konkreten Fragen sind lange in der Debatte, und wir werden in den nächsten Wochen auch ein gemeinsames Konzept sowohl mit den Muschelfischern als auch zwischen Herrn Wiesen und mir abgestimmt, fertig haben, das eine zukunftsfähige Entwicklung der Muschelfischerei in diesem Bereich zuläßt. Da gibt es Kompromißlösungen, und wir werden Ihnen den Kompromiß an dieser Stelle auch vorstellen. Das müssen wir sehr schnell machen. Das hat mit Überstülpen überhaupt nichts zu tun. Sie wissen

genau, daß die Lizenzen auslaufen und erneuert werden müssen. In diesem Rahmen ist es notwendig, mit den Betroffenen vor Ort zusammenzuarbeiten. Das tun wir auch, und wir werden hier zu pragmatischen Lösungen kommen.

Ich komme nun zur zweiten Frage, zur Nutzung durch die **Schäferei**, die hier angesprochen worden ist. Gucken Sie sich einmal die Situation in Nordfriesland an! Ich glaube, hier haben wir durch lange Verhandlungen mit den jeweils Betroffenen einen guten Kompromiß gefunden. Das werden wir in Dithmarschen auch so machen. Deshalb sind die Behauptungen, an dieser Stelle würde es hoch ideologische Konflikte geben und den Leuten würde in Zukunft die Ausübung ihres Berufes verboten, völliger Unfug. Wir werden mit den Interessen der Menschen sehr sorgfältig umgehen, und wir werden Lösungen finden, die auch im Interesse der Schäferinnen und der Schäfer sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt zu den **Krabbenfishern**! Ich sage auch an dieser Stelle: Mit den Krabbenfishern ist gesprochen worden, und wir werden auch weiterhin mit den Krabbenfishern intensive Gespräche haben. Der ökologische Schaden, den diese Wirtschaftsform im Nationalpark „anrichtet“, ist nicht nachgewiesen. Das sagt auch der Synthesebericht aus. Deshalb habe ich überhaupt keine Bedenken, wenn diese Nutzungsform im Nationalpark auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen wird.

Der Punkt der Referenzflächen, also der nutzungsfreien Zonen, wo man sie einrichtet oder ob man sie einrichtet, ist eine Frage, die ich ganz bestimmt erst im Rahmen der Diskussion beantwortet haben möchte und nicht schon vorher.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch zwei kurze Bemerkungen zur Vergangenheit! Wenn hier in der Debatte ständig behauptet wird, bei der Vorlage des Syntheseberichtes sei extreme Geheimniskrämerei betrieben worden, dann sage ich, daß für alle, die sich an der Westküste ein bißchen auskennen, sehr schnell nachzuvollziehen ist, daß das Unfug ist, daß das eine böswillige Unterstellung ist, wenn es denn von Leuten gesagt wird, die wissen, worüber sie reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Der Synthesebericht ist gerade auch mit den Nutzerverbänden diskutiert worden; auch zum Beispiel die Krabbenfischer sind im Vorfeld der Untersuchung - bevor die Veröffentlichung stattgefunden hat - eingeladen worden, um mit Ihnen darüber zu sprechen. Es hat hier auch Gespräche mit anderen Nutzergruppen gegeben, und es hat im Kuratorium häufig Diskussionen über Zwischenergebnisse des Syntheseberichtes gegeben. Das war ja alles vor meiner Zeit. Aber so zu tun, als habe es diesen Synthesebericht nur als Geheimpapier gegeben, in einer Situation, in der fast ausschließlich Wissenschaftler aus der Region an der Diskussion beteiligt waren - ich nenne auch die Hochschulen -, ist schon - ich will das so deutlich sagen - eine böswillige Unterstellung oder eine Behauptung, die auf Unkenntnis beruht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt meine zweite Bemerkung zu der erst kurz hinter uns liegenden Vergangenheit.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, gestatten Sie auch eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Peters?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ja, aber ich möchte zuvor diesen Gedanken zu Ende führen.

Das, was mich in dieser Diskussion sehr betroffen gemacht hat - das sind ja nicht die Angriffe gegen mich; damit kann ich gut umgehen; das ist nicht das Problem gewesen -, ist, daß die Zuspitzung dieses Konfliktes auf dem Rücken von völlig unbeteiligten Leuten ausgetragen worden ist, nämlich auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Nationalpark-Services, auch „Ranger“ genannt. Daß diese Menschen zu Prügelknaben gemacht worden sind, ist eine ganz schlimme Entwicklung gewesen. Man muß sich einmal vor Augen führen, daß es hier um Langzeitarbeitslose aus der Region

gegangen ist, die wieder in Lohn und Brot gekommen sind, und daß es um ein Konzept gegangen ist, das aus der Region schon sehr lange gefordert worden ist; es ging darum, das endlich zu realisieren. Wir hatten im Rahmen einer sehr viel umfangreicheren AB-Maßnahme die Möglichkeit, dies in einem Projekt des Deich- und Küstenschutzes zu realisieren. Dort haben 160 Leute aus der Region, 160 Langzeitarbeitslose, wieder Arbeit gefunden. Dieses Projekt ist auch nur deshalb zustande gekommen, weil sich daran auch das Umweltministerium mit diesen „Nationalpark-Rangern“ beteiligt hat. Anders wäre das ganze Projekt für den Küstenschutz und die Küstensicherheit gekippt worden. Daß diese Menschen dann vor Ort in der Auseinandersetzung zu Prügelknaben gemacht worden sind, bedauere ich zutiefst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Peters? - Ich weise aber gleich darauf hin, daß schon mehrere Ihrer Kabinettskollegen darauf hingewiesen haben, daß sie ihre Redezeit ein bißchen ausdehnen würden.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Gut, dann bitte ich darum, Frau Peters, daß wir die Frage nachher vielleicht in einem persönlichen Gespräch klären. Die Zeit für die Zwischenfrage geht ja von meinem Kontingent ab. Ich finde die Regelung, daß die Zeit für Zwischenfragen von der Redezeit abgeht, sowieso schlecht. Aber wir können das ja nachher klären.

Jetzt möchte ich abschließend noch zwei weitere Bemerkungen machen. Ich glaube, in dieser Diskussion ist gar nicht so viel Porzellan zerschlagen worden, wie es häufig dargestellt wird. Die Diskussion an der Westküste ist natürlich hoch emotionalisiert worden, und ich habe großes Verständnis dafür, daß die Leute an der **Westküste Ängste** bewegt. Uns muß es gemeinsam darum gehen, diese Ängste auf die Rationalität der dahinterstehenden Befürchtungen zu reduzieren und sie nicht zusätzlich zu schüren. Ich habe manchmal

den Eindruck, daß hier in leichtfertiger Weise versucht wird, diese Ängste für parteipolitische Ziele zu nutzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: Das ist leider sehr wahr!)

Ich glaube, daß wir in dieser Debatte durchaus eine Chance haben, zwei Punkte zu klären. Dabei lautet die erste Frage: Wie kriegt man es in einem so sensiblen Bereich hin, Ökologie und Ökonomie für die Zukunft der Menschen tatsächlich zusammen zu diskutieren? Auch das ist eine Frage, die heute niemand perfekt beantworten kann, sondern die diesem Prozeß überlassen bleibt.

Der zweite Punkt: Wir müssen sehr deutlich auch die Möglichkeiten einer regionalen Partizipation an Entscheidungen - das ist hier von vielen angesprochen worden - ausprobieren. Hier kann es vorher keine Festlegung geben, sondern hier muß es ein Ausprobieren geben. Die Landesregierung geht in diesen Prozeß ergebnisoffen hinein - das haben wir schon sehr deutlich gemacht; ich glaube, das ärgert auch einige in diesem Hause -, nicht positionslos, aber ergebnisoffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir nehmen uns auch sehr viel Zeit - anders als andere Landesregierungen - für diesen Prozeß. Ich glaube, das ärgert einige, daß wir das von Anfang an so konzipiert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Aber wir haben in diesem Prozeß die Chance, auch Möglichkeiten **regionaler Partizipation** auszuprobieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich garantiere die Beteiligung der Bevölkerung. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, und ich habe - so glaube ich - durch mein Handeln auch deutlich gemacht, daß ich immer gesprächsbereit bin. Ich gehe nicht als jemand in diese Debatte, der keine Position hat, aber ich gehe als jemand in diese Debatte, der lernfähig ist und der sich den

Interessen und auch den Befürchtungen der Bevölkerung stellt.

Wir werden alle in dieser Debatte verlieren - damit möchte ich meine Ausführungen schließen -, wenn wir uns in den Fragen der Vergangenheit verheddern. Wenn wir das tun, wird das keinem nutzen. Wir werden diese Diskussion nur dann gewinnen, wenn wir uns alle zusammen den Fragen der Zukunft stellen und wenn wir gucken, wie man die Region mit der Sicherheit für die Arbeitsplätze und mit Nutzungsformen, die naturkompatibel sind, so nachhaltig weiterentwickelt, daß sich die Menschen in dieser Region wohlfühlen, daß die Region für den Tourismus attraktiv bleibt - das ist ja der zentrale Wirtschaftsbereich dort - und daß Politik an dieser Stelle auch vorbildlich Partizipation schafft.

Ich will nicht sagen, daß wir bisher alles richtig gemacht hätten. Auch ich habe nicht alles richtig gemacht. Ich lerne in diesem Prozeß dazu. Ich gestehe das ganz offen ein. Uns aber den Willen abzusprechen, in diesen Prozeß auch als lernfähige Regierung zu gehen, hier mit dem Hammer draufzuschlagen und Prozesse zu polarisieren, ist genau die falsche Form von Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten Inhalte präsentieren und keine Ideologie!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Wiesen.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Regierung die Redezeit ein bißchen überzogen haben sollte, mache ich den Vorschlag, daß das beim nächsten Tagesordnungspunkt von meiner Redezeit wieder abgezogen wird, so daß wir nicht ins Schwimmen geraten.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nur ein paar Bemerkungen:

„**Umweltschutz** ist nur **mit der Bevölkerung**, nicht gegen sie zu verwirklichen. Jeder Versuch, der Bevölkerung ein Wattenschutzkonzept oder einen Nationalpark quasi überzustülpen, muß daher scheitern.“

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

„Beteiligung ist erforderlich und erhöht die Durchsetzungschancen für Umweltschutzmaßnahmen.“

Das sind die ersten Sätze eines 20 Seiten langen Antrages aus dem Jahre 1985, Drucksache 10/931, unterschrieben „Wiesen und Fraktion“.

(Zurufe)

Wer heute behauptet, diese Landesregierung würde im Verfahren genauso vorgehen, wie das damals, 1985, geschehen ist, der war entweder nicht dabei oder weiß es nicht so genau. Zwei Jahre Diskussion mit ergebnisoffener Struktur hat es damals auch nicht in Ansätzen gegeben, es hat damals nicht einmal Beratungszeit für das Parlament gegeben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Antrag weiterliest, findet den Begriff „Schutz- und Nutzkonzept“, ähnlich, wie es heute im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachzulesen ist.

Das Abwägungsgebot zwischen Schutzinteressen und Wirtschafts- sowie Nutzungsinteressen ist selbstverständlich. Wenn dabei herauskommen soll, daß wir die Nutzungsbetätigungen immer umweltverträglicher ausrichten und zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen ergreifen, die wir mit der Bevölkerung zusammen erarbeiten wollen, dann wird sowohl der Natur Vorrang gegeben als auch die rechtliche Gleichwertigkeit von Nutzung und Schutz gewährleistet.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Genau in diesem Korridor haben wir uns zu bewegen.

Wenn Sie dem Kollegen Steenblock zugehört haben, werden Sie gemerkt haben, daß wir leider nicht so weit auseinander sind, wie Sie es für Ihre Diskussion lieber hätten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß sich der Landwirtschaftsminister natürlich um die Arbeitsplätze, die in seinem Bereich angesiedelt sind - Tourismus, Landwirtschaft, Schäferei, Fischerei -, kümmern muß, ist klar; das ist mein Auftrag, das werde ich tun, das habe ich deutlich gemacht. Das heißt aber nicht, daß wir innerhalb der Landesregierung die Verabredung haben: Wir haben einen Umweltminister, und alle anderen machen das Gegenteil. - Umweltschutz muß vielmehr jeder in seinem Aufgabenbereich mitdenken, sonst wird nichts daraus.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökonomie und Ökologie sind doch im Grunde genommen zwei Seiten einer Medaille: Die Ökonomie ist in der Regel mehr die betriebswirtschaftliche, die kurzfristige Sicht der Dinge, während die Ökologie mehr die volkswirtschaftliche, längerfristige Sicht der Dinge ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man an der Westküste besonders gut erleben. Ich finde es folgerichtig, wenn im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Prinzip der **Nachhaltigkeit** besonders hervorgehoben wird, denn das ergibt sich aus der Zusammensicht der Dinge.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns alle dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen und ergebnisoffen zu führen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann machen Sie das doch!)

mit dem Ziel, das zu optimieren, was wir im Umweltschutz brauchen, und das zu optimieren,

was wir an wirtschaftlicher Nutzung brauchen. Das muß unser Ziel sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, Sie haben sich an Ihre Redezeit gehalten. - Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt sagt er uns, warum er Montag nicht da war! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hoffentlich! Das steht noch aus!)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte einen Beitrag zur Versachlichung leisten und die Sorgen des SSW aufnehmen, der sagt: Eigentlich können wir doch § 2 des Nationalparkgesetzes stehenlassen. Ich möchte kurz die Gründe darlegen, warum ich das so nicht machen möchte.

§ 2 lautet: „Die unzumutbare Beeinträchtigung der Interessen und herkömmlichen Nutzung der einheimischen Bevölkerung sind zu vermeiden. Jegliche Nutzungsinteressen sind mit dem Schutzzweck im allgemeinen und im Einzelfall gerecht abzuwägen.“

Unser Kernsatz lautet: „Die gegenüber dem Schutzzweck abzuwägenden berechtigten ökonomischen Interessen der einheimischen Bevölkerung müssen im Rahmen herkömmlicher Nutzung im Nationalparkgesetz abgesichert bleiben.“

Das ist im Grunde dasselbe.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Es wird auf den Gesetzeswortlaut Bezug genommen und ausdrücklich gesagt: „abgesichert bleiben“.

Nun ist die Frage, warum man nicht bei der bisherigen Regelung bleiben sollte. Ich meine - darüber sollten Sie jedenfalls nachdenken, wir können darüber diskutieren -, daß es im

wohlverstandenen eigenen Interesse der Region liegt, daß das zunächst einmal nicht geschieht.

Zur Klarstellung! Der Inhalt unseres Kernsatzes steht nicht zur Disposition. Das hat auch der Minister gesagt. An ihm halten wir fest. Er ist so gut wie identisch mit § 2 Abs. 2. Dennoch meinen wir, daß über seine Ausgestaltung, nicht über den Inhalt diskutiert werden können muß - über die Ausgestaltung.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was wollen Sie denn eigentlich sagen?)

- Ich will das erklären. Sie werden überrascht sein, Herr Hennig; ich werde es Ihnen sagen.

Ich sprach vor einigen Tagen mit dem Landrat des Kreises Nordfriesland, der ja erkennbar einer der starken Figuren dieser Gegend ist. Er kritisierte unseren Satz sehr deutlich: Wer bestimmt die berechtigten Interessen?

Genau dieser Satz beleuchtet die Situation und zeigt die Diskussion auf. Im jetzigen § 2 wird genau diese Bestimmung ebenfalls nicht vorgenommen. Was mir vorgeworfen wurde, genau das fehlt auch in § 2. Würden wir ihn übernehmen, wie er ist, wäre die Möglichkeit der Bestimmung abgeschnitten. Genau diese Möglichkeit sollten wir uns aber im Interesse der Betroffenen offenhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade deswegen, damit wir das im Laufe der Diskussion bestimmen können, sollten wir im gut verstandenen Interesse der Bevölkerung sagen: Wir sollten es bei diesem Satz belassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher der Hauptschule Hamdorf und der Hermann-Löns-Schule Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Frau Ministerpräsidentin Simonis.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja schön! Endlich kriegen wir Klarheit!)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über den Nationalpark hat gezeigt:

Erstens. Unser Nationalpark ist ein zu großes Pfund auf der Aktivseite unseres Landes, als daß er sich zur Profilierung von Parteiinteressen eignete.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wissenschaft ersetzt keine Politik. Das ist hier mehr als einmal klargestellt worden, auch wenn sich wie in diesem Falle die Politik aus Kiel und Bonn der Wissenschaft bedient und sie um Rat gefragt hat.

Drittens. Der **Synthesebericht** - auch hierauf wurde bereits hingewiesen - ist nur eine Grundlage der Diskussion und wird an der Westküste sorgfältig mit uns zusammen in geeigneter Weise zu bewerten sein.

Viertens. Die Landesregierung will mit den Menschen an der Westküste über die Vorschläge im Bericht diskutieren, und zwar ergebnisoffen, mit dem Ziel, mit den Gemeinden, den Verbänden, den Fischern, den Umweltschützern, den für den Tourismus Zuständigen, den vielen Anliegern und Nutzern ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Ich bin froh, daß die Signale zur Mitarbeit in der Zwischenzeit mehr geworden sind als die am Anfang ertönenden Signale des Nicht-Mitmachens.

Fünftens. Ich bin stolz auf unser Land, das den größten **Nationalpark** in der Bundesrepublik hat und damit weltweit ein herausragendes Objekt vorzeigen kann, wie Umweltschutz und ökonomische Nutzung miteinander friedlich in Einklang gebracht werden müssen. Dieser große Nationalpark hat der Region und unserem Land nicht nur Chancen und Arbeitsplätze gebracht, er hat auch dazu beigetragen, daß dieses Land im Urteil der meisten Menschen außerhalb unseres Landes wegen seiner Naturschönheit gerühmt wird,

und zwar im Einklang mit all den dortigen traditionellen, heimischen Berufs- und Erwerbszweigen, die ebenfalls als ein Positivum in der Bilanz unseres Landes dargestellt werden.

Das soll auch in Zukunft so bleiben. Das haben wir von Anfang an gesagt. Es bestand nie ein Zweifel daran, daß wir etwas anderes vorhaben als das, was wir gesagt haben.

Denn der Landwirtschaftsminister hat, sich selber zitierend, schon darauf hingewiesen: Naturschutz geht nur mit den und nicht gegen die Menschen. - Das wissen wir, und das wissen die Menschen an der Westküste.

(Zurufe von der CDU)

Ich freue mich deshalb auf die Gespräche, vor allem am 27. November, in denen ich zusammen mit den Ministern Hans Wiesen und Rainer Steenblock mit den Menschen an der Westküste Verfahrens- und Diskussionschritte bei der Umsetzung eines Schutzkonzeptes für unser Wattenmeer, das unersetzlich ist, gemeinsam erarbeiten werde.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Todsén.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Gerckens, daß Sie als einziger darauf hingewiesen und deutlich gemacht haben, daß dieser **Nationalpark** unter einer CDU-Landesregierung ausgewiesen worden ist. Ich danke Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, daß Sie eben sehr deutlich gesagt haben, wie stolz Sie auf dieses Werk, das einmal von einer CDU-Landesregierung begründet worden ist, sind. Denn mit all Ihren Ausführungen dazu haben Sie ja den Zustand des Nationalparks beschrieben, den wir bisher hatten. Sie haben damit diese Leistung gewürdigt.

Das steht im Gegensatz zu Ihnen, Frau Erdsiek-Rave. Dazu möchte ich folgendes deutlich sagen. Wenn von Ihrer Seite, von der Seite der SPD, gesagt worden ist, Sie wollten keine Parteischlammschlachten, dann hätte ich mir

gewünscht, daß Sie auf Ihre Bemerkungen, das sei damals nur ein Prestigeobjekt gewesen, verzichtet hätten. Denn dieser Nationalpark ist in der Tat der größte in Deutschland. Auch die anderen Nationalparke der ersten Stunden sind alle unter CDU-Landesregierungen ausgewiesen worden. Es war damals eine Zeit, die für Natur- und Umweltschutz noch viel schwieriger war als heute.

(Widerspruch der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Aber selbstverständlich! Fragen Sie doch in der Bevölkerung nach! Natur- und Umweltschutz hatten damals noch eine viel geringere Akzeptanz. Man muß sich einmal vor Augen halten, welchen Stellenwert Natur- und Umweltschutz heute haben und wie es damit damals stand. Wie es damals war, können Sie nicht einfach wegleugnen. Insofern war die Schaffung des Nationalparks eine großartige Leistung, die damals vollbracht worden ist.

Heute höre ich hier plötzlich in vielen Punkten einschränkend: Nutzung soll ja weiter möglich sein. Aber gucken wir uns doch bitte einmal das bestehende **Nationalparkgesetz** an! Darin steht dies alles geschrieben.

Lieber Herr von Hielmcrone, Sie haben sich eben zu § 2 geäußert. Aber - das tut mir furchtbar leid - ich habe das wirklich nicht kapiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch er nicht!)

Sie wollen ja, daß die Nutzung bestehenbleibt. Wenn Sie, Frau Fröhlich, dies mittragen, habe ich manchmal schon meine Zweifel, ob Sie das wirklich wollen. Da nützen alle Worte und alle Schönrede nichts. § 2 kann so stehenbleiben, wie er jetzt im Gesetz formuliert ist.

Eine andere Möglichkeit, die dieses Gesetz bietet, haben Sie leider in den Jahren seit 1988, seit Sie in der Regierungsverantwortung sind, überhaupt nicht genutzt, nämlich die Möglichkeit, die Zonen 2 und 3 per Verordnung entsprechend zu definieren und letzten Endes auch den Spielraum für die Zone 1 zu nutzen. Da frage ich mich: Wo liegt denn das Arbeitsergebnis vor? Warum müssen wir immer wieder anfangen, an bestehenden, guten rechtlichen

Regelungen herumzumäkeln und ein Faß neu aufzumachen?

Wir reden ja immer über Effizienz. Wenn wir uns darüber unterhalten, dürfen wir uns nicht mit unnötigen Dingen belasten. Wir dürfen nicht immer darüber reden, daß noch mehr Gesetze gemacht werden. Dadurch würde die Zahl der Vorschriften weiter aufgebläht. Auch unter diesem Gesichtspunkt frage ich Sie, ob es eigentlich richtig ist, was Sie von Ihrer Seite aus anschieben wollen.

Es kommt noch ein Weiteres. Für mich ist das das ganz Entscheidende, nämlich die Frage: Was kommt bei der Diskussion nachher heraus? Das macht mir große Sorge, Herr Minister Steenblock. Hier ist nämlich ein Faß neu aufgemacht worden. Das haben Sie, Herr Minister, in der Anfangsphase so ungeschickt, so dilettantisch gemacht, daß die Bevölkerung vor Ort das merkt. Darüber können Sie doch nicht einfach hinweggehen. Hören Sie denn nicht mehr hin? Spüren Sie nicht die Ängste der Leute? Als eine, die die Zeit damals mitgemacht hat, kann ich Ihnen nur sagen: Damals war es nicht viel anders. Auch damals sind die Mitarbeiter bedroht worden. Sie sind über Land gegangen und haben unendlich viele Gespräche geführt, Gespräche, die Sie jetzt alle ankündigen.

Bei Ihnen gibt es einen Zickzackkurs. Der eine Minister sagt so, der andere anders. Auch heute haben wir von Ihnen hier keine klaren Aussagen bekommen.

Frau Fröhlich, Sie haben sich ausdrücklich zu unserem Antrag geäußert.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie eine ergebnisoffene Diskussion?)

In unserem Antrag steht unter anderem, daß eine Ausweitung des Nationalparks nicht gegen den Willen der beteiligten Kommunen erfolgen soll. Wenn Sie dies vorhin ausdrücklich abgelehnt haben,

(Konrad Nabel [SPD]: Weil unser Antrag einfach besser ist!)

dann wird damit wirklich deutlich, was Sie eigentlich denken. Das spüren auch die Menschen. Darum haben sie kein Vertrauen zu Ihrer Politik.

Sie haben etwas Gutes, einen hervorragend funktionierenden Nationalpark, wieder in Zweifel gezogen. Das tut mir weh.

Ich kann Ihnen für unsere Fraktion zusichern: Wir werden an der Diskussion teilnehmen und alles tun, damit ein Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer weiter erhalten bleibt. Wir werden dazu beitragen, daß sich die Bevölkerung weiterhin damit identifizieren kann.

(Konrad Nabel [SPD]: Tun Sie doch nicht so!)

- Herr Nabel, von Ihnen brauche ich mir schon lange nicht sagen zu lassen, wer hier mehr für Natur- und Umweltschutz tut. Ich habe in dieser Hinsicht in den letzten Jahren eine gute Bilanz vorzuweisen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, mir liegen noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Als nächste bekommt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Steenblock, Sie haben dazu aufgefordert, Unterschiede nicht mit der Lupe zu suchen. Damit haben Sie natürlich recht. Man sollte schon versuchen, die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und bei den Unterschieden nicht zu kleinlich zu sein.

Aber, Herr Minister, diese Unterschiede waren nicht mit der Lupe zu suchen. Sie sind jedem deutlich zutage getreten. Sie sind uns auf dem Tablett serviert worden. Das erste Tablett, das Sie uns serviert haben, waren natürlich Ihre Koalitionsverhandlungen, in denen Sie die Dinge festgeschrieben haben, auf die Ihre Fraktionskollegen jetzt gepocht haben. Als Beispiel nenne ich die internationalen Regelungen, die uns hier vorgehalten worden sind, von denen Sie nicht mehr gesprochen haben. Sie machen mit Ihrer Rede natürlich deutlich, daß wir als Opposition gar nicht wüßten, wo eigentlich die Regierung und wo die Regierungsfaktionen stehen. Da sind Unterschiede

zu erkennen, von denen ich noch nicht weiß, welche Richtung sich durchsetzen wird. Wir haben eine Polarisierung erhalten, die alle Versuche, über den Tellerrand hinaus zu diskutieren, letztlich zunichte macht. Wir haben ein Verfahren, das bis zum Geht-nicht-mehr chaotisch ist.

Wir haben die Situation, daß die Regierungsfaktionen und auch die Regierung von Dialogen sprechen und gleichzeitig bei entsprechenden Veranstaltungen, die von den Bürgern organisiert werden, nicht vertreten sind.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ist es!)

In dem „Nordfriesischen Tageblatt“ heißt es: Die Koalitionsmitglieder sind aus terminlichen Gründen nicht dagewesen. - Ich frage die SPD, ob sie wirklich zu klein ist, jemanden zu entsenden; denn die F.D.P. hat jemanden hingeschickt.

Wir haben also einen Dissens zwischen dem, was die Regierungsfaktionen sagen, und dem, was Sie tatsächlich tun. Wenn Sie nicht in der Lage sind, zu solchen Veranstaltungen zu kommen, weil Sie sich vielleicht zu stolz fühlen, dann organisieren Sie doch bitte selber etwas! Aber Sie organisieren einen Diskussionsprozeß zu dem Synthesebericht eben auch nicht.

Es kommt etwas Weiteres hinzu. Wir haben einen **Synthesebericht**, der zirka 800 Seiten umfaßt. Er hat einen umfangreichen Kartenteil. Der Bericht kostet 98 DM. Mir ist schon verständlich, daß nicht jeder, der daran Interesse hätte, sich diesen Bericht kauft. Warum wird er nicht unterteilt in Einzelteile, die sich fachlich abgrenzen lassen? Dann hätten doch mehr Bürger die Möglichkeit, sich damit intensiv zu beschäftigen. Das wäre doch eine Möglichkeit. Warum machen Sie davon keinen Gebrauch?

Warum organisieren Sie denn nicht auch einen Diskussionsprozeß über den Synthesebericht, der Grundlage für die weitere Diskussion sein soll? Warum machen Sie als Regierung so etwas nicht? Sie machen doch sonst so allerhand Veranstaltungen. Warum eine solche nicht?

Dann komme ich zu § 2. Wie ich es eben noch einmal nachgelesen habe, hat der Minister gesagt: Ich will daran nicht drehen. Was heißt das denn? -

Das steht übrigens im „Nordfriesischen Tageblatt“ vom 9. November. - Was heißt das also? Wenn Ihnen der Bericht inhaltlich okay erscheint, dann braucht man ihn doch nicht zu ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es macht keinen Sinn, etwas, was in Ordnung ist, zu ändern. Wenn Sie sich aber wiederum nicht darauf festlegen lassen wollen, daß Sie nichts ändern wollen, dann scheinen Sie ja doch einen inhaltlichen Dissens zu haben. Wo soll es denn hingehen? Wir können nicht erkennen, wo es tatsächlich hingehen soll und was von Ihren Erklärungen zur Diskussionsbereitschaft und zu dem Einvernehmen zwischen Ökologie und Ökonomie wirklich zu halten ist. Wir können es nicht erkennen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein Anhänger des Grundsatzes, Naturschutz durch Nutzen zu erzeugen. Wenn wir im Laufe dieser langfristig angelegten Debatte vielleicht auch zu neuen, effektiveren Fangmethoden kommen, ist es umgekehrt natürlich eine Entlastung des Eingriffs durch die Wirtschaft in diesen Raum. Wenn wir zum Beispiel Naturerlebnispfade oder Naturerlebnissräume haben, wie es ganz vorbildlich in Wallnau auf Fehmarn vom NABU aufgezeigt ist, dann sind das natürlich Dinge, wo einerseits die Natur gewinnt und andererseits der Tourismus eine Attraktivitätserhöhung erfährt, wo Wirtschaft und, wie es der Landwirtschaftsminister schon sagte, Landwirtschaft und deren Nutzen sehr positiv miteinander zu organisieren sind.

Interessant wäre es auch, eine Biodiversifikationsdebatte zu führen, das heißt die Frage zu diskutieren, ob man eine Beweidung organisieren kann, die dem Naturschutzzweck entgegenkommt. Im Mittelpunkt dieser Betrachtung

steht aber selbstverständlich der **Schutzzweck des Nationalparks**. Daran führt kein Weg vorbei.

Im möchte nun noch ein Wort zur Tradition sagen. Sie bemühen immer sehr die Tradition. Ich komme von da.

(Meinhard Füllner [CDU]: Von wo? Von der Tradition?)

- Nein, von der Westküste. Ich habe als Junge noch mit Pferden zu tun gehabt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sehr schön!)

Mein Vater ist mit einer Kiepe losgezogen und mit einer langen Stange und hat Krabben gefischt und Butt gepettet. Er hat sich damit als Junge sein Taschengeld aufge bessert.

(Zurufe)

Das ist eine Form der Fischerei, die früher sehr üblich war, wenn auch sicherlich nicht auf einem hohen sozialen Standard. Diese Fischer - „lütte Lüüd“ hebt wi dorto seggt - fuhren mit Hundewagen ihren geringen Fang zum Markt.

Wenn Sie also von Tradition reden, müssen Sie gleichzeitig auch konzedieren, daß viele Traditionen so nicht mehr stattfinden. Ich kenne die Mentalität an der Westküste. Gucken Sie sich mal den Marktplatz in Wesselburen oder in Heide an. Dann wissen Sie, daß in der Region Traditionspflege nicht unbedingt im Vordergrund steht.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe zur **Mentalität** der Leute an der **Westküste**, die mich natürlich sehr mitgeprägt hat, ein etwas gespaltenes Verhältnis.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das merkt man! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Vielleicht erzählen Sie mal, was das für diesen Vorgang bedeutet!)

Eine Sache macht es mir aber sehr schwierig, mit der Opposition klarzukommen. Es ist hier ja schon angeklungen. Sie haben ein Interesse, mit dieser Frage Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen.

(Zurufe von der CDU: Na, na, na!)

Das macht es für mich tatsächlich schwierig, bei Ihnen ein inhaltliches Interesse wahrzunehmen.

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

Ich kann es manchmal nicht ausmachen, wo Sie lediglich den Konflikt hochkochen oder wo Sie wirklich ein inhaltliches Interesse haben, gemeinsam vorwärtszukommen.

Es gibt in der Wissenschaftstheorie den Begriff der „self-fulfilling prophecy“. Sie mobilisieren vor Ort den Konflikt und kochen ihn in einer sehr unproduktiven Art und Weise hoch - das werfe ich Ihnen vor -, die es mir tatsächlich schwermacht, zu differenzieren, wo es ein wirklich inhaltliches Interesse gibt und wo Ihr parteipolitisches Süppchen gekocht wird.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was ist beim Transrapid oder bei der A 20? Ist da alles anders?)

Sie machen es auch nicht besonders geschickt. Wenn man es geschickt machen wollte, müßte man die Sache mit Aufwüchsen machen. Sie verbrennen Ihr Feuer sozusagen schon gleich am Anfang. Sie werden am Ende dieses Prozesses, der ja nicht als eine vierzehntägige Anhörung geplant ist, sondern als ergebnisoffene Diskussion über einen sehr langen Zeitraum geführt werden wird, als die Verlierer aus der Debatte hervorgehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warten wir ab!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich immer eine Freude, dem Umweltminister zuzuhören, nicht nur, weil er frei redet - das ist selten in diesem Hohen Hause -, sondern weil sich auch seine berufliche Erfahrung in den Reden umsetzt. Man merkt, daß Sie Gesprächstherapeut gewesen sind, Herr Steenblock.

Aber weder dem Landtag noch den Bürgerinnen und Bürgern an der Westküste ist damit gedient, daß sie in Gesprächstherapien verwickelt werden. Sie wollen Antworten auf ihre Zukunftsfragen haben, auf die Fragen nach ihrer künftigen Existenz.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich kann dann nicht sagen - das ist ja auch Ritual, Herr Hentschel -: Die anderen kochen lediglich ihr parteipolitisches Süppchen, und wir sind die Guten, die Edlen und Aufrechten. Die anderen sind die Bösen, die es niederzuringen gilt. Das nimmt kein Mensch draußen mehr an. Herr von Hiemencronen, ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie heißt er?)

- Das ist mir völlig wurscht. Ihr Beitrag war ein sichtbares Zeichen dafür, warum die Menschen mißtrauisch sind. Sie wollen doch die Änderung in § 2, die Sie im Kopf haben, nicht deshalb, weil Sie die Nutzungsmöglichkeiten für die Menschen an der Westküste ausweiten wollen, sondern Sie wollen das genaue Gegenteil. Und das wollen die Menschen an der Westküste verständlicherweise nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können sich doch nicht mit hehren Grundsätzen hier hinstellen und sagen: Wir müssen das offenlassen, weil wir das Definitionsmonopol haben wollen. In Wahrheit geht es Ihnen dabei um eine Einschränkung. Dann sagen Sie das doch auch offen. Nur damit können Sie das Mißtrauen beseitigen, nicht aber mit den Eiertänzen, die Sie hier vorgeführt haben. Sie sind im übrigen ein juristischer Leckerbissen, denn schon Zweitsemester könnten Ihnen sagen, daß sich Ihre Ausführungen an der harten Realität der Gesetzesnorm stoßen.

(Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich frage Sie wirklich, wenn Sie den offenen Dialog wollen - Herr Minister, Sie nehme ich jetzt einmal aus, weil ich Ihnen unterstelle, daß Sie diesen Dialog tatsächlich wollen -, in den Sie aber nicht ergebnisoffen hineingehen, wie Sie sagen, denn Sie

haben ein bestimmtes Ergebnis im Kopf - das unterstelle ich jedenfalls; wobei ich nicht bestreiten will, daß Sie vielleicht auch lernfähig sind -, wo Sie bei Veranstaltungen wie am letzten Montag gewesen sind, auf der über 260 Bürgerinnen und Bürger anwesend waren.

(Zuruf von der SPD: Sie waren auch nicht da!)

Aber meine Fraktion war vertreten, Herr von Hielmencrone.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie heißt er?)

Und von Ihnen war nicht einmal eine Entschuldigung gekommen. Auch von den Grünen nicht. Das kann ich nicht verstehen bei einer Partei, die sich sonst auf den Bürgerdialog beruft und den Bürgerdialog befürwortet.

Wer die Menschen ernst nimmt, muß auch als Regierungsfraktion wechselseitig an Veranstaltungen dieser Art teilnehmen und auch dann dazu stehen, wenn die Emotionen ab und zu einmal hochschlagen.

Leider ist die Kollegin Erdsiek-Rave jetzt nicht hier.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

Ich habe ihre Predigt von heute morgen sehr genossen. Aber sie kann CDU und F.D.P. nicht gemeint haben und sie kann, als sie in Dithmarschen auf dem Deich stand, nicht mit den Menschen gesprochen haben, sondern nur die Weite und die Ruhe der Landschaft genossen haben.

Hätte sie zur Kenntnis genommen, was gestern abend 106 Vertreter von insgesamt 112 Gemeinden einstimmig beschlossen haben, dann hätte sie ihre Rede heute anders halten müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist doch nicht so, daß die Gemeindevertreter alle aus der CDU oder aus der F.D.P. kommen. Von uns sind es wahrscheinlich die wenigsten. Es sind doch auch Ihre Leute, die mit dem gleichen Protest an die Öffentlichkeit gehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und wenn Sie einstimmige Beschlüsse in dieser Größenordnung in Nordfriesland und Dithmarschen haben, dann sollten Sie das ernst nehmen, als es in Ihrer Rede zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein Letztes, Herr Präsident, zum Abstimmungsverhalten. Wenn der SSW, was ich hoffe, eine kleine Passage mit in seinem Antrag aufnimmt - das ist mir signalisiert worden; Frau Kollegin Spoorendonk, vielleicht sagen Sie noch etwas dazu -, dann werden CDU und F.D.P. dem Antrag des SSW zustimmen, weil wir deutlich machen wollen, soweit es eben geht, daß wir uns als schleswig-holsteinisches Parlament flächendeckend mit den Menschen vor Ort in der ihnen gebührenden Art und Weise auseinandersetzen wollen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Deshalb werden wir Ihrem Antrag zustimmen, Frau Spoorendonk.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gilt noch ein paar Sachen richtigzustellen. Es kann nicht so stehenbleiben, was hier zum Teil geredet worden ist.

Herr Maurus, die Ereignisse von 1984 müssen Sie mir nicht aus den Zeitungen zitieren; ich war selbst dabei und weiß, wie sehr damals die Naturschützer mit dem Rücken zur Wand gestanden haben. Und genau das hat uns stark gemacht, Herr Maurus. Dafür danke ich Ihnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Nordfriesland gegründet worden nicht zuletzt wegen des Widerstandes gegen den damaligen Prozeß um den Nationalpark, der nicht stattfand. Genau das ist der Punkt gewesen, Herr Maurus.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber Herr Maurus hat den Wahlkreis gewonnen!)

Das sollten Sie aus Ihren Zeitungen auch noch herauslesen; Sie finden das dort. - Das wäre das erste.

Das zweite wäre folgendes: Frau Happach-Kasan, ich habe Respekt vor der Unbestechlichkeit, die Sie hier manchmal durchaus demonstrieren.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

Aber **Nordfriesland** als „dicht besiedelt“ zu bezeichnen, liebe Frau Happach-Kasan,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Vergleich zum Nationalpark ist es das!)

das ist schon etwas. Vielleicht sollten Sie doch einmal dort hingehen. Husum, die Stadt, die ich besonders liebe, hat 20 000 Einwohner und ist die absolute Metropole Nordfrieslands.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist in Relation gesetzt worden! Das wollen Sie nicht begreifen! Solch ein Schwachsinn!)

Ich möchte das nur noch einmal deutlich machen und wollte eigentlich nicht in einen solchen Schlagabtausch kommen.

Ich möchte lediglich noch einmal unterstreichen, daß Ihre Debattenbeiträge, die Sie mit einer Schlammschlacht begonnen haben und die jetzt mit dem Herumwerfen von Pressemeldungen enden, nichts Inhaltliches zutage gefördert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich frage mich wirklich, welche Menschen Sie mit dieser Debatte erreichen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was machen Sie denn?)

Herr Kubicki, Ihre Idee von der Gesprächstherapie, das ist sicherlich ein Ding, von dem Sie überhaupt

keine Ahnung haben. Gesprächstherapien sind eine Möglichkeit, die Antworten der Leute selber, die betroffen sind von dem, was da ist und was nur schwer rauszubringen ist und im wissenschaftlichen Bericht auch manchmal schwer zu diskutieren ist, zutage zu fördern.

(Zuruf von der CDU: Zur Sache! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon verstehen Sie ja mehr! Das sagen Sie jeden Tag!)

Darum geht es in der Gesprächstherapie. Aber was Sie hier erzählt haben, zeugt nur davon, daß Sie wirklich keine Ahnung haben, auch keine Ahnung davon, daß heute politische Prozesse mit sogenannten Mediationen ablaufen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie bei der A20 auch nicht!)

Davon wissen Sie eben auch nichts, Herr Kubicki; das ist schade. Deswegen kommen wir leider nicht zu einem konstruktiven, fruchtbaren Dialog, den wir aber brauchen, um die verschiedenen Widersprüche, die hier deutlich geworden sind, aufzulösen.

Ein Beispiel dafür ist, daß Sie von der einheimischen Wirtschaft reden, die **Muschelfischerei** jedoch nach Holland geht. Das wissen Sie doch alles, zum Teil sogar besser als ich, weil die Wirtschaft Ihr erklärtes Politikfeld ist. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie sagen, es sollen die einheimische und traditionelle Kultur und **Wirtschaft** gestärkt werden, aber gleichzeitig nicht sagen, daß auch die **Natur**, aus der das ganze entstanden ist, gestärkt werden muß. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie sich für ein Biosphärengebiet aussprechen, aber nicht sagen, daß der Nationalpark auch Pufferzonen braucht. Das ist im Konzept „Biosphärenreservat“ - ich finde das Wort etwas unglücklich - mit inbegriffen. Die Pufferzonen müssen benannt werden. Ich gehe gern mit Ihnen in diesen Prozeß hinein. Wir haben schon 1984 angesprochen, daß wir das gern tun wollen. Unsere Bereitschaft dazu hat sich nicht geändert, im Gegenteil, die Bedingungen dafür sind besser geworden.

Zum Zusammenspiel zwischen Fraktion und Regierung möchte ich noch bemerken, daß eine Fraktion es selbstverständlich leichter hat, mit weitergehenden Forderungen in die Diskussion

einzutreten. Wenn wir eine ergebnisoffene Diskussion wollen, muß es Leute geben, die durch starke Positionen diese auch fördern. Dafür stehen wir zur Verfügung.

Als letztes möchte ich sagen, daß Sie mir in bezug auf den **Lübke-Koog** gar nichts vorzuwerfen haben. Erstens geht es dort überhaupt nicht um einen Nationalpark, sondern um **Küsten- und Naturschutz**, gegen den ich nichts habe. Zweitens habe ich mit der Bürgerinitiative vor Ort einen Briefwechsel geführt und habe telefoniert, und drittens bin ich bei dem dortigen Amtsvorsteher gewesen und habe mich vor Ort informiert. Ich mußte dann die Veranstaltung für Montagabend leider absagen, weil ich zeitgleich die Anhörung zur Hochschule hier im Hohen Hause hatte. Ich habe versucht, einen Vertreter der Grünen für den Termin zu bekommen, das war aber in der kurzen Zeit leider nicht mehr möglich. Das ist den Veranstaltern auch so mitgeteilt worden. Es nützt Ihnen gar nichts, Frau Happach-Kasan, daß Sie groß herausbringen, daß Sie bei einer von hundert Veranstaltungen anwesend waren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Bibel gibt es eine ganz berühmte Passage, die ich leider nur sinngemäß zitieren kann, weil ich die Bibel nicht dabei habe, in der steht: „Es gibt eine Zeit zu leben, zu lieben, zu sterben...“ - Ich will hinzufügen: Es gibt eine Zeit zum Reden und zum Schweigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht in Prediger Salomon, Vers 3!)

- Es gibt eine Zeit zum Reden und zum Schweigen, Herr Kubicki.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe nur die Quelle angegeben!)

Ich hatte mich nach dem Beitrag von Frau Todsen zu Wort gemeldet. Das geschah nicht, weil ich etwas abwürgen will, sondern weil es sehr schade für den Gehalt der eben geführten Debatte ist, daß wir jetzt wieder anfangen, kleinlich weiterzudiskutieren und herumzunörgeln.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir haben heute eine erste Runde gehabt. Wir haben Positionen deutlich gemacht, und alle haben zugehört, alle wissen ja auch, wie die Positionen sind. Wir wissen auch, wie die Diskussion im Lande gelaufen ist. Wir wissen, daß wir weiter diskutieren und debattieren werden. Hier in diesem Hohen Hause haben wir - so fand ich - eine gute Debatte geführt, die so stehenbleiben sollte.

Die zweite Runde kommt im Ausschuß mit den Anhörungen und mit Gesprächen vor Ort - auch dazu haben wir alle schon etwas gesagt. Die Position des SSW hat mein Kollege Peter Gerckens schon deutlich gemacht. Die Position bleibt ebenso bestehen wie unser Änderungsantrag. Ich greife jedoch gern den Vorschlag der F.D.P.-Fraktion auf. Es wurde mir signalisiert, daß sie wünscht, daß im letzten Abschnitt unseres Änderungsantrages, in dem es heißt „... daß die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung berücksichtigt und rechtlich abgesichert werden müssen“, noch die Wörter „in gleicher Weise“ eingefügt werden. Wir werden diesen Zusatz gern aufnehmen. Ansonsten bleiben wir bei unserem Änderungsantrag.

Ich verstehe dein Bemühen, Ulf, die Interpretation noch einmal deutlich zu machen, aber auch das ist eigentlich eine Arbeit für den Ausschuß. Wir sollten die Debatte einfach so stehenlassen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Lassen Sie uns jetzt nicht noch kleinlicher werden und lieber in die zweite Runde gehen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Nabel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es hätte mich gewundert, wenn der nicht geredet hätte!)

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern drei Anmerkungen machen.

Erstens: Wir wollen eine Abstimmung in der Sache, keine Ausschußüberweisung.

Zweitens: Mir ist ein Minister als Gesprächstherapeut lieber, als - ich zitiere den Kollegen Ulf Hielmcrone - „die verbale Inkontinenz aus der ersten Reihe“.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens: Am Anfang der Diskussion um den Synthesebericht wurde uns vorgeworfen - ob zu Unrecht oder nicht, sei dahingestellt -, der Bericht werde den Betroffenen übergestülpt. Während wir uns mit diesen Vorwürfen auseinandergesetzt haben und einen klaren Diskussions- und Abstimmungsprozeß organisiert haben und jetzt - das ist auch in unserem Antrag festgehalten worden - für Dialog- und Ergebnisoffenheit auf der Grundlage von Eckpunkten stehen, müssen Sie von der F.D.P. und CDU darauf achten, daß die Diskussion nicht weiter ohne Sie stattfindet

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Wer war denn nicht da?)

und Sie am Ende nicht mit einer Ölkanne dastehen, bereit, weiterhin Öl in ein Feuer zu gießen, das wir gemeinsam mit den Menschen an der Westküste bereits kontrolliert haben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völliger Quatsch!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu unserem großen Erstaunen haben wir nun gehört, daß die Emotion und Empörung an der **Westküste** ausnahmslos von den Oppositionsparteien F.D.P. und CDU erzeugt worden sind. In Wirklichkeit ist es aber so, daß die Menschen auf die Barrikaden gehen - bildlich gesprochen -, weil die rot-grüne Landesregierung die Westküste wie ein ökologisches Kolonialgebiet behandelt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch, kein einziger ist auf die Barrikaden gegangen!)

Der Kieler Kolonialminister heißt Steenblock.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh!)

Über das Ziel des **Nationalparkgesetzes**, das Wattenmeer zu schützen, sind wir uns einig. Dabei muß es bleiben. Die Diskussion der letzten Wochen wirft aber die Frage auf, ob die Form, in der das bisher organisiert wurde, die richtige ist, oder ob es notwendig ist, an der Struktur des Nationalparkgesetzes etwas zu korrigieren. Ist es richtig, daß das **Nationalparkamt** eine Landesbehörde ist? Wäre es nicht besser, wenn es sich um eine gemeinsame Einrichtung der Westküstenkreise Dithmarschen und Nordfriesland handeln würde, die dann allerdings mit finanzieller und politischer Unterstützung des Landes diese große überregionale Aufgabe des **Schutzes des Wattenmeeres** ausüben könnte? Ich sehe aus dem Grinsen bei der SPD-Fraktion, daß Sie das als vollkommen abwegige und unmögliche Lösung ansehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es gibt in Schleswig-Holstein in der Landesgesetzgebung schon einen Parallellfall. § 2 Abs. 2 des Landesdenkmalschutzgesetzes sagt: „Die Aufgaben der oberen Denkmalschutzbehörde werden für den Bereich der Hansestadt Lübeck von deren Bürgermeisterin oder Bürgermeister wahrgenommen.“ Das heißt, im UNESCO-Weltkulturerbe Lübeck nimmt der Bürgermeister die Funktion der oberen Denkmalschutzbehörde

wahr. Ich meine, daß eine analoge Lösung für den Nationalpark Wattenmeer das zustande bringen könnte, was wir brauchen, nämlich eine Einheit im Fühlen und Handeln bei den Menschen vor Ort zugunsten des Nationalparks Wattenmeer. Darüber sollten wir einmal nachdenken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 erhält der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe hier in der Debatte einige Widersprüche festgestellt, und ich denke, diese sollte man noch einmal benennen.

Zum einen ist es in meinen Augen ein Widerspruch, wenn eine **ergebnisoffene Diskussion** gefordert wird, aber die Opposition einen Antrag vorlegt, der festschreibt, daß alles so bleibt, wie es ist. Es ist ein Widerspruch, wenn der Schutz der Fischerei gefordert wird, während zugleich die Erträge wegen Umweltverschmutzung und Überfischung zurückgehen und Sie sagen, man müsse nichts tun. Es ist ein Widerspruch, wenn Sie von der Erhaltung der einheimischen Wirtschaft reden und damit die fast industrielle Muschelfischerei durch holländische Schiffe meinen. Es ist in meinen Augen völlige Unkenntnis, wenn Sie von dichter Besiedelung des Nationalparks reden, obwohl dieser Nationalpark überhaupt nur eine einzige Siedlung umfaßt. Es ist in meinen Augen ein Armutszeugnis, wenn in absolutem Konsens ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben und dann in übelster Weise auf die Wissenschaftler eingepregelt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat das denn getan?)

Ich kann mir vorstellen, daß Sie sich lieber einen Umweltminister gewünscht hätten, der mit dem Hammer draufhaut, statt einen Dialog zu führen. Aber ich denke, wir sind für die Diskussion in den kommenden zwei Jahren gut gewappnet mit einem Dithmarscher Abgeordneten, mit einer

nordfriesischen Fraktionsvorsitzenden und mit einem ostfriesischen Minister. Insofern bin ich guter Dinge, daß wir einen guten Dialog hinbekommen.

Damit dieser Dialog noch besser wird, schlage ich vor, die Anträge an den Ausschuß zu überweisen, damit wir dort dann diese Diskussion weiterführen können, damit Sie nicht wieder sagen können: Es sind Tatsachen geschaffen worden, die die Welt überraschen. Die Tatsachen sind nicht geschaffen worden. Es ist ein **wissenschaftliches Gutachten** vorgelegt worden, und nun würde ich mir wünschen, daß Sie endlich einmal anfangen, sich inhaltlich mit diesem Gutachten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, das von Ihnen genannte Beispiel hätte nun gerade nicht kommen dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Denn - ich weiß nicht, ob Sie das wissen - die Denkmalschutzbehörde ist deswegen in **Lübeck** geblieben, weil Lübeck seinerzeit durch das Großhamburg-Gesetz im Dritten Reich seine Selbständigkeit verlor. Es ist jedenfalls ein Rudiment alter Selbständigkeit der Hansestadt Lübeck.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das war sinnvoll!)

- Das mag sinnvoll sein.

Ich gebe Ihnen durchaus auch recht, wenn Sie sagen, daß wir uns überlegen müssen: Wie soll die **Zusammensetzung der Kuratorien** in Zukunft aussehen? Wie soll die **Struktur des Nationalparkamtes** aussehen? All dies können und müssen wir erörtern.

Aber ich sage Ihnen eines - und dafür stehe ich hier, dafür setze ich mich mit dem ganzen Gewicht meiner Persönlichkeit ein, und das ist beträchtlich -:

(Heiterkeit)

Ich stehe für die Interessen der **Westküste**, ich stehe für die Interessen der Menschen, die dort wohnen, und ich stehe für ihre Zukunft ein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich sage Ihnen auch: Wir sollten an dieser Stelle nicht anfangen, die Dinge zu zerreden, sondern wir sollten uns gegenseitig unseren guten Willen nicht abstreiten.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hentschel, ich wundere mich doch etwas, daß Sie hier die Frage stellen, weshalb wir uns noch nicht inhaltlich mit dem **Synthesebericht** auseinandergesetzt haben. Der Start der Bekanntgabe dieses Papiers - das, glaube ich, ist in der Debatte doch deutlich geworden - ist dilettantisch danebengegangen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie lange liegt es vor?)

Es gibt eine ganze Reihe von **Resolutionen**, in die Sie offenbar nicht hineingesehen haben. Hier werden zahlreiche Fragen gestellt, und die Menschen erwarten Antworten auf diese Fragen. Ich habe heute keine einzige dieser Fragen beantwortet bekommen.

Ich sage deshalb noch einmal ganz deutlich: Die heutige Debatte war wichtig, damit Sie endlich begreifen, daß Sie auf die Menschen zugehen müssen, ihre Ängste und Befürchtungen ernst

nehmen müssen und auf die gegebenen Fragen die Antworten geben müssen, die erwartet werden.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, die Anträge an den Ausschuß zu überweisen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Nein! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben Abstimmung in der Sache beantragt!)

- Es ist von zwei Seiten beantragt worden, die Anträge an den Ausschuß zu überweisen. Dann mag sich das Plenum dazu bitte anders äußern. Aber wenn Überweisung beantragt ist, wird über die Überweisung abgestimmt. Sind sich die Fraktionen einig? - Herr Maurus, zur Geschäftsordnung.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Was heißt „einig“? Dann wird darüber abgestimmt!)

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Überweisung an den Ausschuß bringt uns in der Debatte nicht weiter. Die Bevölkerung erwartet Antworten. Daher muß es hier heute eine Sachentscheidung geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das der Dialog?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich sehe, es gibt keine Einigkeit.

Zur Geschäftsordnung, bitte, Herr Abgeordneter Gerckens!

Peter Gerckens [SSW]:

Wir vom SSW lehnen auch den Antrag auf Überweisung ab. Eine Überweisung hilft uns in der Sache nicht weiter.

Es wird hier so dargestellt, als wenn an der **Westküste** nur SSW, CDU und F.D.P. gegen eine Änderung seien und nur in diesen Reihen Befürchtungen bestünden. Aber, liebe Sozialdemokraten, im **Kreistag Nordfriesland** stand Ihre Fraktion geschlossen hinter dieser Resolution.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daß das natürlich schwierig für Sie ist, das verstehe ich. Aber ich glaube, wir sollten hier eine Abstimmung in der Sache vornehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir die Anträge an den Umweltausschuß überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist mit 36 Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk so beschlossen.

(Widerspruch von CDU und F.D.P. -
Reinhard Sager [CDU]: Ich möchte das vollständige Ergebnis!)

- Wenn das Ergebnis angezweifelt wird, dann wird nachgezählt. Das Ergebnis wird angezweifelt. Dann bitte ich noch einmal um das Handzeichen. Wer ist für die Überweisung? - Gegenstimmen? - Die Auszählung ergab übereinstimmend: 35 Stimmen für die Überweisung, 33 Stimmen dagegen. Damit sind die Anträge an den Ausschuß überwiesen worden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 9 auf:

Entschließung zur Kleientnahme zur Deichverstärkung im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges

Antrag der Fraktionen der F.D.P. und der CDU
Drucksache 14/345

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich darum bitten, wenn Sie den Saal verlassen, das ruhig zu tun, damit wir die Tagung zügig und in Ruhe fortsetzen können?

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Maurus.

(Unruhe)

- Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, daß Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan die Aussprache beginnt. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Abgeordnete.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Noch einmal zur Westküste! Wir fordern die Landesregierung auf, die notwendige Deichverstärkung im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges zügig durchzuführen. Dies ist eine wichtige Maßnahme des Küstenschutzes, die überfällig ist. Um den Abbau von Klei und Sand aus dem **Vorland** des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges zu ermöglichen, fordern wir die Landesregierung auf, entsprechende Ausnahmeregelungen vom Landesnaturschutzgesetz zu erlassen.

Ohne Zweifel ist die Entnahme von Sand und Klei ein Eingriff. Im Synthesebericht wird dargestellt, an wie vielen Stellen im Watt dies in den vergangenen Jahrzehnten schon geschehen ist. Die Punkte auf der Karte 28 liegen dicht beieinander. Hätte man alle Kleientnahmen aus den vergangenen Jahrhunderten dargestellt, wäre die gesamte Küstenlinie durch Punkte gezeichnet gewesen.

Im **Synthesebericht** wird aber auch beschrieben, daß sich das Watt von einem solchen Eingriff wieder regeneriert. Das ist die eine Seite; das wird so dargestellt.

Der Weg, der nun von der Landesregierung beschränkt werden soll, führt dagegen zu einer extremen Belastung der Bevölkerung im Hinterland, und zwar nicht nur der Bevölkerung. Wir haben Baustellenverkehr zu erwarten, Gefährdungen der dort lebenden Kinder, Lärmbelästigungen,

zusätzliche Emissionen. Der Synthesebericht führt aus, daß 70 % der atmosphärischen Stickstoffbelastung im Wattenmeer vom Straßenverkehr herrühren. Mit der **Kleientnahme** aus dem **Binnenland** wird diese Belastung verstärkt. Fahrten von Baufahrzeugen über rund 500 000 km sind regional nicht zu vernachlässigen; sie stellen eine zusätzliche Emissionsquelle dar, die vermeidbar wäre.

Ein Weiteres kommt hinzu: Die Emissionen sind vermeidbar, wenn sie denn aber erfolgen, sind sie nicht rückholbar. Sie werden bestehenbleiben, und auch dies widerspricht der Forderung nach Nachhaltigkeit, wie sie immer wieder - auch von der linken Seite des Hauses - erhoben wird.

Die bei der Kleientnahme im Binnenland entstehenden Wasserflächen sind ebenfalls ein Eingriff. Damit ist ein Anstieg der Fraßschäden zu erwarten, und dies sind Schäden für die Landwirtschaft, die gerade einmal zu 20 % der Schadenssumme durch Entschädigungen ausgeglichen werden. Auch dies ist in Regierungserklärungen deutlich gesagt worden.

Wenn jetzt gesagt wird, aus den Brackwasserseen soll ein Ferienpark entstehen, dann sind dies ungelegte Eier. Dieser Gedanke ist einfach einmal so dahingesagt worden; ob er Realisierungschancen hat, weiß niemand.

Ein dritter Punkt wird in der Diskussion immer wieder genannt, das sind die Kosten. Solange wir aber keine Gegenüberstellung der Kosten haben, keine ehrliche Berechnung der Kosten, die auf die eine oder die andere Weise entstehen, können wir letztlich nicht entscheiden, ob wir höhere Kosten zu erwarten haben oder nicht.

Kern des Dissenses ist also ein reparabler Eingriff im Watt gegen eine dauerhafte Belastung des Binnenlandes, die teilweise nicht reparabel ist. In dieser Situation ist es nach meiner Meinung angebracht, eine Ausnahmeregelung vom Landesnaturschutzgesetz zu beschließen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Minister Hans Wiesen am 15. Februar dieses Jahres in Neukirchen mit den Worten „ich möchte, daß die Leute hier ruhig schlafen können“ erklärte, daß die Deichverstärkung im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog im Jahre 1997 beginnen könne, war Ihnen, Herr Minister, der Dank der Menschen hinter diesem Deich gewiß, denn bereits 1978 hatte die Gemeindevertretung der Gemeinde Lübke-Koog den schlechten Zustand des von 1953 bis 1955 errichteten Deiches beklagt. Deshalb liegt allen Beteiligten an einem baldigen Baubeginn und an einer schnellen Durchführung der Baumaßnahme. Dabei hat eine Abwägung zwischen den ökologischen Belangen und den Schutzinteressen der Bevölkerung stattzufinden.

Die Mitte des Jahres im Zuge des Planfeststellungsverfahrens öffentlich gewordenen Pläne zur Durchführung der Baumaßnahme stoßen auf die berechtigte Kritik und den Widerstand der Betroffenen. Das für die notwendige Außendeichverstärkung erforderliche Material, Klei und Sand, insgesamt über 1 Million m³, soll nämlich aus dem **Koog** selbst - also aus dem **Hinterland** des Deiches - entnommen werden. Damit wird mit einer jahrhundertealten Tradition des Deichbaus gebrochen - und dies ohne Not, da nachgewiesenermaßen eine ökologische Beeinträchtigung bei der Materialentnahme aus dem Vorland zeitlich begrenzt ist. Dem landschaftspflegerischen Begleitplan mit integrierter Umweltverträglichkeitsstudie ist zu entnehmen, daß sich die von der Entnahme betroffenen Wattflächen langfristig wieder in ähnliche Strukturen entwickeln wie vor der Entnahme. Betrachtet man diesen Sachverhalt, so ist es kein Wunder, daß die Bevölkerung das Abweichen von alten Deichbaupraktiken nicht mehr nachvollziehen kann.

Sie bemühen in Ihrer Argumentation das Naturschutzgebiet „Nordfriesisches Wattenmeer“ und den Nationalpark. In der bereits vorhin einmal zitierten Studie heißt es dazu:

„Ab 600 m vom Deich beginnt die Zone I des Nationalparks. Die Baumaßnahmen greifen nicht in das Gebiet des Nationalparks ein.“

Die mit untersuchte potentielle Wattsandentnahme und die dafür erforderlichen Spülrohrleitungen würden dagegen im Nationalpark, jedoch außerhalb der Zone 1 liegen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da nützt das gar nichts!)

Um dem Landesnaturschutzgesetz Rechnung zu tragen, das dann tangiert ist, könnten die zeitlich begrenzt auftretenden ökologischen Beeinträchtigungen zum Beispiel durch bereits von der Landesregierung angekaufte Flächen binnendeichs ausgeglichen werden.

Vergleicht man hiermit die Bodenentnahme im Binnenland, so fällt einem zunächst die Aussage der Untersuchung auf; dort heißt es - ich zitiere erneut - :

„Kommt es zu Bodenentnahmen im Binnenland, so werden diese dauerhaft verändert bleiben. Bodenstrukturen werden zerstört.“

Dies meint man dann in Kauf nehmen zu können, da ja neue Feuchtbiotope entstehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Nur, bei der Bevölkerung mag die Freude über diese Biotope nicht so recht aufkommen, Frau Fröhlich, da sie erfahrungsgemäß willkommene Rastplätze für Enten und Gänse darstellen und damit Fraßschäden auf den benachbarten landwirtschaftlichen Flächen vorhersehbar sind.

Aber dies sind nicht die einzigen Auswirkungen der Maßnahmen auf die Menschen. Die **Umweltverträglichkeitsstudie**, die Sie in Auftrag gegeben haben, Herr Minister, mit ihren rund 100 Seiten widmet 98 Seiten allen möglichen Tier- und Pflanzenarten und Biotopen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das nun einmal!)

Lediglich zwei Seiten sind den Menschen gewidmet. So kann man sehr wohl den Vorwurf der Bürgerinitiative „Deichverstärkung“

nachvollziehen, die von einer ökologischen Schiefelage der Betrachtungen in dem Papier spricht.

(Beifall bei der CDU)

Immerhin wird auch dort noch angeführt, daß Lärm, Staub und Abgasfreisetzen sowie Erschütterungen während der drei bis fünf Jahre dauernden Bauphase durch den Transport von Klei und anderen Baustoffen auftreten werden. Daneben wird festgestellt, daß die Lebensqualität der Menschen in dieser von Natur aus ruhigen Gegend erheblich beeinträchtigt wird.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Von Natur aus ruhige Gegend“ - und dann „im dichtbesiedelten Gebiet“! Danke!)

- Liebe Frau Fröhlich, Sie brauchen hier gar nicht nachzukarten; Sie haben ja die Möglichkeit, nachher hierzu zu sprechen. Ich nehme dann gern die Gelegenheit wahr, anschließend noch einmal auf Ihre Worte zu reagieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bevölkerung muß in diesem Raum mit mehr als 60 000 LKW-Fahrten, die insgesamt über 500 000 km zurückzulegen haben, rechnen. Dabei werden etwa 330 000 l Diesel verbraucht und 650 000 kg Kohlendioxid, 3000 kg Stickoxide, 2500 kg Kohlenmonoxid, 150 kg Schwefel und noch weitere, im einzelnen nicht näher aufgelistete Stoffe ausgestoßen. Die Belastung der Einwohner und auch der Touristen durch eine Binnendeichbodenentnahme ist nicht akzeptabel und so auch nicht hinnehmbar. Die Alternative kann hier wirklich nur heißen: Sand- und Kleientnahme aus dem Vorland. Neben der Verringerung der Belastung für die Bevölkerung hätte sie zudem den Vorteil, daß die Baumaßnahme in kürzerer Zeit realisiert werden könnte.

Diese angeführten Gründe müßten ausreichend sein, um eine Bodenentnahme im Vorlandbereich im Rahmen einer Ausnahmeregelung zuzulassen. Selbst im Synthesebericht für den Nationalpark ist auf Seite 321 nachzulesen, daß Kleientnahmen aus dem Deichvorland in besonderen Fällen möglich sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die SPD, die im Augenblick kaum noch im Saale vertreten ist - bis auf sechs Abgeordnete -, ist mit dem Anspruch angetreten, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören, also ihre Interessen zu berücksichtigen. Von diesem Anspruch hat sich die jetzige Landesregierung deutlich entfernt. Nicht die Menschen stehen im Mittelpunkt, sondern die Umsetzung selbstgesetzter politischer Vorgaben.

Die Auseinandersetzung um die Deichverstärkung im Bereich des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koogs ist ein neuer Beleg für die Unfähigkeit dieser Landesregierung, die Menschen in die Politik einzubeziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Forderungen der Betroffenen im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog sind keineswegs unberechtigt. Sie sind im wesentlichen wie folgt zusammenzufassen: Erstens. Die Bodenentnahme soll im Vorland erfolgen. Zweitens. Die Bauzeit soll deutlich verkürzt werden. Drittens. Der Deich soll dem Stand der Technik entsprechen. In der Planausführung sind andere Neigungswinkel vorgesehen, als sie eigentlich üblich und sinnvoll sind.

Sozialdemokraten haben die Regierung mit dem Anspruch übernommen, ein neues Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Regierung zu schaffen. Dies gelingt ihnen in Nordfriesland zunehmend: Stück für Stück entfernt sich Regierungshandeln von den Menschen, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tatkräftig unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Fröhlich, Sie erwähnten vorhin Ihr Schreiben. Ich will Ihnen einmal darstellen, wie dieses Schreiben von der Bevölkerung aufgenommen worden ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Bürgerinitiative!)

Es wurde dort als ein Schreiben aufgenommen, das in seiner abweisenden Kälte nur schwer zu übertreffen ist. Dieses Schreiben, Frau Fröhlich, macht die Distanz zu den Menschen deutlich.

Vor Jahren war im Wahlprogramm der SPD zu lesen: Wir werden nicht über, sondern mit den Menschen und der Bevölkerung regieren. - Es wäre schön, wenn die Bevölkerung davon auch etwas merken würde. Ich bitte Sie: Bewegen Sie sich ein Stück auf die betroffenen Menschen zu. Nehmen Sie ihre Sorgen und auch ihre Ängste ernst. Schöpfen Sie bei der Bewertung des Sachverhalts Ihren Ermessensspielraum aus und stimmen Sie dem gemeinsamen Antrag zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erhält Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zu drei Aspekten im Zusammenhang mit der Frage der Deicherhöhung Stellung nehme, folgendes sagen:

Frau Happach-Kasan, Sie sind um meinen Terminkalender offenbar sehr bemüht. Ich kann Ihnen nur sagen - das wußte die Bürgerinitiative auch -, daß mein Terminkalender gerade an dem Tag, an dem diese Diskussion stattfand, einen anderen, für mich nicht aufschiebbaren Termin vorsah. Wir haben in der Fraktion versucht, eine Regelung herbeizuführen, was uns nicht gelungen ist. Das ist sehr bedauerlich.

Im übrigen weiß das die Bürgerinitiative; wir haben das eingehend erörtert. Es wäre besser, wenn solche Termine mit allen abgesprochen werden würden. - Waren Sie denn persönlich da?

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Nein, es war der Fraktionsgeschäftsführer da!)

- Aha!

Auch ich bedauere, daß sich die Reihen des Saales gelichtet haben, übrigens nicht nur auf seiten der SPD, sondern auch auf seiten der CDU. Es waren übrigens elf Abgeordnete der SPD anwesend, Herr Maurus. Auch in kleinen Dingen sollte man genau sein.

Nun zu den drei Aspekten, zu denen ich Stellung nehmen möchte. Dies ist einmal die aktuelle Situation, dann die Frage, wie wir mit Gesetzen umgehen, sowie Fragen des Küstenschutzes.

Ich kann verstehen, wenn die Landwirte im Koog selbst und in den umliegenden Gemeinden beunruhigt sind, wenn sie sich Sorgen machen. Sie haben als Landwirte heutzutage schon Sorgen genug. Ich kann die Sorgen verstehen, wenn auch nicht in jedem Fall teilen, die die Landwirte haben, wenn weniger Fläche für das Aufbringen von Gülle vorhanden sein wird, wenn sie fürchten, daß neue Biotopverbundachsen entstehen, wenn sie **Fraßschäden** auf ihre Äcker zukommen sehen.

Ich kann verstehen, wenn sich ein junger Landwirt ärgert, daß die Flächen, die er eigentlich für seine Betriebserweiterung brauchte, anderweitig verkauft und in ein Feuchtbiotop verwandelt werden. Ich kann verstehen, wenn man sich im Koog gegen Lärm und Abgase wendet, die beim Bau des Deiches entstehen werden. All das - ich sagte es bereits - kann ich verstehen und in vielerlei Hinsicht auch teilen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Dann stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Dennoch kann ich nicht anders, als festzustellen, daß die gesetzliche Situation eindeutig ist: Wenn eine **Kleientnahme binnendeichs** möglich ist, dann darf sie außendeichs nicht vorgenommen werden, und sie ist binnendeichs nun einmal möglich.

Die juristische Hilfskonstruktion, die mir vorgetragen worden ist - wir haben mit der Bürgerinitiative gesprochen -, spricht für juristische Phantasie, hält aber der Realität nicht stand.

Gleichzeitig muß auch anerkannt werden, daß das ALW und das Ministerium alles getan haben, um die Auswirkungen der Maßnahme auf die Koogbewohner so gering wie möglich zu halten. Das fängt bei der Baustraße an. Dazu gehört aber auch die Tatsache, daß die Uferschutzzone am Rhynschloot - für diejenigen, die es nicht wissen: das ist der Graben parallel zum Deich, der verbreitert werden wird - auf landeseigenem Gelände eingerichtet wird, also die Landwirte nicht betreffen wird. Hierfür gebührt der Verwaltung übrigens auch einmal Dank.

Nicht verschwiegen werden darf die Tatsache, daß die Ansichten in den betroffenen Gemeinden keineswegs einheitlich sind. Es gibt durchaus Menschen, die sich von der Maßnahme positive Auswirkungen erhoffen, gerade auch für den Tourismus, die diese Maßnahme sogar als einen Glücksfall betrachten. Auch das muß gesehen werden.

Es ergibt sich also - bei allem Respekt vor der Meinung und dem Engagement der Mitglieder der Bürgerinitiative - ein differenziertes Bild. Das bedeutet, daß es nach geltendem Recht bei der Entscheidung bleiben muß.

Ich komme dann zu der Frage: Wie gehen wir mit Gesetzen um? - Mit wachsender Sorge betrachte ich, wie zunehmend Gesetze zur Disposition gestellt werden, wie sich der Umgang mit ihnen für einige immer beliebiger gestaltet. Wenn ein Gesetz verabschiedet worden und in Kraft ist, ist es eben nicht mehr Aufgabe des Landtages, Ausnahmen zu beschließen, dann ist das Gesetz außerhalb seiner Einflußnahme. Es hat zu gelten, und zwar für alle, auch für den Landtag selbst. Es ist Aufgabe der Gerichte, über die Auslegung zu beschließen. Deswegen haben wir Gewaltenteilung.

Diese weitgehend festzustellende mindestens laxen Haltung gegenüber Gesetzen stört mich. Es gibt auch nicht zwei Arten von Gesetzen: solche, die eingehalten werden müssen, und solche von SPD-Regierungen, die offenbar von minderer Qualität zu sein scheinen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das, was ich gesagt habe, gilt so lange, wie der Landtag seine Gesetze nicht ausdrücklich ändert. Auch Gesetzesänderungen können nicht einfach über die Theke geschoben werden, nach dem Motto: „Wie hätten Sie es denn gern?“, selbst wenn es sich um einen ernststen Anlaß handelt.

Andererseits aber - auch das sei einmal sehr deutlich gesagt - erleben wir an diesem Fall als Gesetzgeber durchaus, welche praktischen Auswirkungen unsere Gesetze haben, wie sie auf die Menschen vor Ort durchschlagen und ihr Leben bestimmen. Wir haben also allen Grund, bei der Abfassung unserer Gesetze genau zu sein und alles

gründlich zu bedenken; denn wir tragen Verantwortung für die Menschen, aber auch für das, was unser Leben als Menschen erst möglich macht: die Natur. Das unterscheidet mich dann allerdings von den anderen, die in ihrem unbeschränkten Wissenschaftspositivismus eher an das Reagenzglas glauben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Quatsch!)

- Herr Dr. Klug, Sie mögen das für Quatsch halten; dies sei Ihnen unbenommen. Aber ich habe eben auch zu bewerten, was Sie so sagen und wie Sie mit Menschen umgehen.

Aber selbst wenn wir vor der Frage stünden, ob das Gesetz geändert werden soll, müßten wir Farbe bekennen und deutlich abwägen, für welche Rechtsgüter wir uns unter Betrachtung aller Umstände und nicht nur der vor Ort einsetzen würden. Das ist in der Tat ein schwerer Prozeß. Aber ich meine, durch ihn wird der Schutz des Wattenmeeres als weltweit einzigartiger Lebensraum Anerkennung finden, bei allem Verständnis für die Betroffenheit im Einzelfall und sicherlich unter der Kautel, daß eine Kleientnahme binnendeichs möglich ist.

Herr Jensen-Nissen, es geht mir so, daß ich sagen muß: Hier stehe ich; ich kann nicht anders. Ich muß mich dazu bekennen.

Dritte Anmerkung: Küstenschutz. Es ist immer wieder behauptet worden, der Deichbau früherer Zeiten habe sich stets des Kleis außendeichs bemächtigt, das sei Teil des traditionellen Deichbaus. Das ist so nicht richtig. „Pütten“ und „Späthinge“ sind durchaus auch alte Kleientnahmestellen. Wir finden sie etwa bei Tönning oder auf Pellworm. Kleientnahme binnendeichs ist eine durchaus bekannte, angewandte und alte Technik an der Westküste.

Etwas anderes aber macht mir Sorgen: Wir streiten um die Frage, ob eine **Deicherhöhung binnendeichs** oder **außendeichs** zu erfolgen habe. Wir streiten nicht darum, daß die Erhöhung möglichst schnell kommen muß. Wir tun, ob wir alle Zeit der Welt hätten. Dabei wissen wir, daß der Blanke Hans jederzeit kommen kann. Wir wissen, daß der Deich im Lübke-Koog nicht das ausreichende Bestick hat. Wir wissen, daß der

Deich erhöht werden muß, und wir haben auch Geld dafür. Mich beschleicht das unguete Gefühl, daß wir hier Zeit vertun - wie gesagt, bei allem Verständnis für die Probleme im Einzelfall. Aber es könnte eine Zeit sein, die wir nicht mehr haben. Deswegen teile ich ausdrücklich die Meinung des Amtsausschusses des Amtes Wiedingharde, der am 21. August 1996 beschloß: „Das Sicherheitsbedürfnis der hinter dem Deich lebenden Menschen muß absoluten Vorrang vor allen anderen Interessen haben.“

(Beifall bei der SPD)

Genau dieser Satz hat an der Küste immer gegolten, und er muß auch weiterhin gelten - übrigens auch im Nationalpark. Von ihm abzuweichen, ist gefährlich und hat sich immer gerächt.

Deswegen teile ich auch eine weitere Feststellung des Amtsausschusses: „Der ... geplante Beginn der Deichbauarbeiten darf sich unter keinen Umständen verzögern.“

So bitte ich die Bürgerinitiative sehr herzlich, sich diesem Votum anzuschließen, und den Landtag, den Antrag von CDU und F.D.P. - bei allem Verständnis für die Betroffenen - abzulehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich mit meiner Rede beginne, ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern.

Herr Maurus, Sie möchten gern zügige Planung und zügigen Bau, schlagen aber einen Weg vor, der ganz sicher Planung und Bau verzögern würde. Ihr Weg würde außerdem alles verteuern.

Was Ihre sehr eindrucksvollen Zahlen bezüglich der Immissionen durch die **LKW-Fahrten** betrifft, bitte ich Sie, einmal auszurechnen, was auf der A 20 zusätzlich an Stickoxiden, CO₂ und so weiter

produziert würde. Ich bitte Sie, mit uns gegen dieses Projekt zu sein.

Im übrigen ist Ihnen vielleicht entgangen, daß auch bei einer Entnahme im Watt Transport nötig wäre. Der Transport über Spülrohre ist nach meinen Informationen technisch nicht möglich.

(Heinz Maurus [CDU]: Falsch gelesen!)

Alles in allem ist dies ein schlechtes Beispiel dafür, was passieren würde, wenn im Nationalpark nicht die Ökologie Vorrang hätte.

Eigentlich brauchten wir uns überhaupt nicht über das Thema zu unterhalten, denn - das sagten schon meine Vorredner - nach Recht und Gesetz gibt es überhaupt keine andere Möglichkeit, Klei für die geplante Deicherhöhung am Lübke-Koog zu gewinnen, als es die derzeitigen Planungen vorsehen. Das gilt sowohl in bezug auf Landesrecht, und zwar Landesnaturschutzgesetz und Nationalparkgesetz, als auch in bezug auf EU-Recht. So verbietet die FFH-Richtlinie, Material aus dem Wattenmeer zu entnehmen, wenn eine Alternative besteht.

Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat in einem ähnlich gelagerten Fall - hier ging es um eine Deichverstärkung im Bereich Jade-Busen - erst in diesem Jahr sehr deutlich entschieden. Nach einer bereits erfolgten Materialentnahme im Außenbereich, gegen die der BUND geklagt hatte, wurde unter Berufung auf eben diese EU-Richtlinie festgesetzt - hören Sie bitte genau hin -, daß diese Eingriffe rückgängig zu machen sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das rechtskräftig geworden?)

Ich möchte hier auch nicht versäumen zu betonen, daß nach Recht und Gesetz in diesem Lande nicht immer bedeutet - so wie in diesem Fall -, daß bei Baumaßnahmen im Sinne des Naturschutzes gehandelt wird. Ich erinnere zum weiteren Male nur an die gigantischen Straßenbauvorhaben, die angeblich alle nach Recht und Gesetz geplant und durchgeführt werden. Was das allerdings in der Praxis bedeutet, konnten Interessierte in den letzten Wochen bei den Anhörungen zur Planung der A 20 in Lübeck live miterleben.

Kurze Rede, kurzer Sinn: Eigentlich könnte ich diese Rede hier beenden.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] - Zuruf von der CDU: Machen Sie das einmal!)

Nun hat aber offensichtlich die Opposition ihr Herz für Bürgerinitiativen entdeckt - siehe auch Bovenau -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

und will - was opportun ist - dann auch schon einmal an Recht und Gesetz vorbeigehen.

Eigentlich ist es überflüssig, dies extra zu betonen, aber um Mißverständnissen vorzubeugen, sage ich: Auch wir setzen uns für **Küstenschutz** ein, und die Deicherhöhung ist erforderlich, ganz besonders im Hinblick auf den durch die Klimaveränderung zu erwartenden Anstieg des Meeresspiegels. Unstrittig ist auch das Material und die Menge. Ich wiederhole das nicht; das haben meine Vorredner ausgeführt. Die Frage ist nur: Woher nehmen?

Rein rechtlich - das sagte ich schon - ist diese Frage längst entschieden. Historisch ist sie auch beantwortet, und zwar anders als in ihrer Begründung behauptet. Eine Kleientnahme fand bisher überwiegend im Binnenland statt. Natürlich gibt es auf der berühmten Seite 28 im **Synthesebericht** eine ganze Reihe von Punkten. Aber genau an diesen Stellen kann man sehen, was die Entnahme Außendeichs für Folgen hatte. Sie sind zum Teil 20 Jahre und länger sichtbar. Sie haben zu veränderten Prielverläufen und so weiter geführt.

Daß im Binnenland Klei über Jahrzehnte und länger hinweg entnommen worden ist, davon zeugen zum Beispiel die Pellwormer „Pütten“, die ebensogern als Ausflugsziel genutzt werden wie entsprechende Feuchtbereiche jüngerer Datums etwa bei Büsum.

Bei der **Kleientnahme im Wattenmeer**, wo zudem eine beträchtlich größere Fläche beeinträchtigt würde, weil im Wattenmeer die Schichtdecke nämlich nur etwa 80 cm beträgt, während sie binnenlands 2 bis 3 m aufweist, wäre die beeinträchtigte Fläche deutlich größer. Beeinträchtigungen im Wattenmeer sind - das steht

ebenfalls im Widerspruch zu Ihren Behauptungen - gerade deutlich und sehr lange sichtbar.

Bei einer Entnahme im Binnenland würden von den angegebenen 60 ha tatsächlich nur etwa 25 ha direkt betroffen sein. Der Rest gliedert sich in Pufferzonen und Ausgleichsfläche. Im Gegensatz zu den oben bereits erwähnten negativen Auswirkungen im Wattenmeer findet hier durch den Eingriff eine derartige Verbesserung statt, daß die so entstehenden Feuchtbiotope direkt als Ausgleichsflächen genutzt werden können.

Nun zu den Befürchtungen der betroffenen Bürger, die sich zum Teil in der Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben! Meine Damen und Herren, es wird Sie sicherlich nicht verwundern, daß gerade meine Partei die Anliegen von Bürgerinitiativen sehr ernst nimmt und daß wir uns mit ihren Argumenten auseinandersetzen, auch wenn diese in der Grundtendenz unseren Zielen zuwiderlaufen.

Der Befürchtung, durch den starken **LKW-Verkehr** über längere Zeit belästigt und - was insbesondere die Kinder betrifft - gefährdet zu werden, wurde bei den vorliegenden Planungen dadurch Rechnung getragen, daß der Baustraßenverlauf in Folge der Einwendungen jetzt nach außerhalb der Wohnbebauung verlegt wurde. Das verzögert natürlich die Planungen, ist aber im Sinne der Betroffenen.

Zudem dürfte sich die Anzahl der notwendigen LKW-Fahrten dadurch verringern, daß ein Teil des benötigten Materials direkt am Deich gewonnen werden kann.

Es ist nicht zu vergessen - das sagte ich vorhin -, daß auch bei einer Entnahme im Wattenmeer weite Wege per LKW über Baustraßen zurückgelegt werden müßten, da ein Transport per Pipeline wegen der Konsistenz des Transportgutes technisch nicht möglich wäre.

Hinzu käme eine weitere Belastung durch den Trockenvorgang. Flächen müßten zur Verfügung gestellt werden und durch zusätzliche, niedrige Deiche vor dem Überfluten geschützt werden. Alles in allem nicht weniger lästig, aber aufwendiger und deutlich teurer!

Man fragt sich natürlich angesichts der großen Sorge der Opposition um den Schutz der betroffenen Bürger vor unnötigen LKW-Fahrten in der Nähe ihrer Wohngebiete: Wo war eigentlich Ihr Aufschrei zu hören, als es um Tausende unnötige LKW-Mülltransporte von Harrislee nach Schönberg ging?

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Nun noch einige Bemerkungen zu den Befürchtungen aus der Landwirtschaft! In der Tat werden durch Kleientnahme - das gleiche gilt für Sand - im Binnenland Flächen für die **Landwirtschaft** verlorengehen. Das wollen wir auch nicht schönreden.

Dem einzelnen Landwirt wird es auch bitter aufstoßen, wenn er mit dem Argument der EU-weiten Überproduktion abgespeist wird. Vielleicht gehört auch der eine oder andere Landwirt nicht zu denen, die ohnehin große Flächen stillgelegt haben beziehungsweise stilllegen wollen. Hier wäre es in der Tat wichtig, großzügig und unbürokratisch zu helfen.

Erwähnen möchte ich hier allerdings, daß nicht alle Landwirte grundsätzlich gegen einen Verkauf eigener Flächen sind. So ist ein „Wunschgrundstück“ an der Südspitze des Lübke-Kooges, das a) wegen des kurzen Weges und b) wegen der Mächtigkeit der Kleischicht von über 3 m - ich erinnere an 80 cm im Watt - besonders begehrt gewesen wäre, von seinem Besitzer zwar angeboten, aber nur deswegen nicht gekauft worden ist, weil die Behörde nicht bereit war, den geforderten Preis, der um das 2- bis 3fache über dem tatsächlichen Wert lag, zu bezahlen.

Zu der zweiten Sorge, daß durch die neu entstehenden Feuchtbiotope weitere ungeliebte Pfeifenten angelockt werden könnten. Durch die Ausgestaltung der Entnahmestellen, zum Beispiel durch eine Umbuschung, kann deren Attraktivität für Pfeifenten herabgesetzt werden. Außerdem dürfte nach Einschätzung von Naturschützern auch in Zukunft der benachbarte Rikkelsbüller Koog die Pfeifenten wie bisher stark und unverändert anziehen.

Das heißt, wenn nicht nach Recht und Gesetz längst entschieden wäre, gäbe es auch keinen plausiblen Grund, Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der Opposition, zuzustimmen. Wie von Ihnen sicherlich nicht anders erwartet, lehnen wir daher Ihren Antrag ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben bei der Debatte um den Nationalpark deutlich gemacht, daß der Küstenschutz für den SSW an erster Stelle steht. Darüber sollte fraktionsübergreifend Einigkeit herrschen, und das tut es, glaube ich, auch. Die Sicherheit der Menschen vor Ort muß Vorrang haben. Insofern teile ich auch die Einschätzung des Wedinghardener Amtsausschusses, der sagt, aus Sicherheitsgründen sei diese Maßnahme zügig durchzuführen. Für den Bereich des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges ist eine **zügige Deichverstärkung** unerlässlich. Denn wir haben es hier, im letzten Schwachpunkt dieser Deichlinie, mit einem Abschnitt zu tun, der bei der nächsten Sturmflut mit Sicherheit in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Wenn also irgendwo der Deich brechen würde, dann dort. Aus diesem Grunde ist darauf zu achten, daß es hier besonders um die Sicherheit der Bevölkerung gehen muß.

Ein Kräfteressen unter den Parteien ist somit in dieser Frage nicht angebracht. Wir müssen vielmehr zu Lösungen kommen, die möglichst schnell umgesetzt werden können. Unumstritten ist dabei, daß die geplante **Klei- und Sandentnahme** aus dem Hinterland und die damit verbundenen Transporte nicht nur zur Belastung der Bevölkerung im Koog, sondern auch zur Belastung der Urlaubsgäste führen werden.

In der Vergangenheit hätte eine Kleientnahme aus dem Vorland gerade dieses Kooges der grundsätzlichen Praxis entsprochen. Frau Kollegin Winking-Nikolay, es ist richtig, man hat hier und da aus dem Hinterland entnommen, aber nur, wenn im Vorland nicht genügend vorhanden war. Das

können Sie zum Beispiel am Simonsberger Koog ganz deutlich sehen. Dort sind dadurch, daß man Klei entnommen hat, Freizeitflächen geschaffen worden. Aber auch dort stellt man fest, daß die Kleientnahme im Vorland heute völlig durch die Natur ausgeglichen ist. Also, es regeneriert sich wieder.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay?

Peter Gerckens [SSW]:

Okay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich denke, wir brauchen nicht in Streit darüber einzutreten, was früher mehr oder weniger gemacht wurde. Würden Sie mir aber zustimmen, daß es für die Umwelt und auch für die Menschen günstiger ist, wenn man eine 3 m dicke Schicht abbaut, die sich direkt am Deich, dort wo man bauen will, befindet, im Gegensatz dazu, daß man Wattfläche, die nur eine 80 cm mächtige Kleischicht hat, zerstört, zumindest für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre?

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Kollegin, ich würde sagen, auch in solchen Fragen sollte die Vernunft walten.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine nicht, daß wir in solchen Fragen das Gesetz vorrangig so darstellen sollten. Es verhindert uns ja. Insbesondere im nördlichen Bereich der Baumaßnahme gibt es Klei, die aus dem Vorland entnommen werden könnte.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung!

Peter Gerckens [SSW]:

Das soll jetzt nicht zur Fachdiskussion werden. - Im südlichen Abschnitt ist es nicht möglich, aber im nördlichen ist es möglich.

Ich fahre fort. Die Erfahrungen, die uns aufgrund dieser früher selbstverständlichen Vorgehensweise vorliegen, zeigen, daß sich das Vorland in aller Regel in einem absehbaren Zeitraum wieder regeneriert. Ich führe nochmals das Beispiel Simonsberger Koog an.

Grundsätzlich sind Salzwiesen als Biotop schützenswert. Zu prüfen ist im Falle des Friedrich-Wilhelm-Lübke-Kooges allerdings, ob eine Ausnahme von dem grundsätzlichen Verbot zuzulassen ist, ob mit anderen Worten eine Ausnahme aus überwiegenden **Gründen des Allgemeinwohls** erforderlich ist. In § 15 a des Naturschutzgesetzes gibt es diese Ausnahmemöglichkeit. Also sollte man sich damit auch befassen. Es kann doch wohl nicht so sein, daß wir hier die Vernunft ausschalten.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Die Erteilung einer **Ausnahmegenehmigung** würde dem Ansinnen der Bevölkerung an der Westküste entgegenkommen und die Belastungen im Hinterland so gering wie möglich halten.

Für den SSW beantrage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der F.D.P.,

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir hören zu!)

die Überweisung des Entschließungsantrages in den Ausschuß, und zwar insbesondere zur Beratung der Frage, ob im nördlichen Bereich die Möglichkeit besteht, gemäß § 15 a abzuweichen.

Zur Bürgerinitiative möchte ich auch noch etwas sagen. Natürlich ist es auch für uns an der Westküste bedauerlich, wenn Parteien nicht vertreten sind. Auch wir anderen stehen schlecht da. Dazu möchte ich noch einmal sagen, lieber Kollege von Hielmcrone: Es war eine ausgesprochen

sachliche und ruhige Diskussion, die dort stattgefunden hat. Insofern war es wirklich bedauerlich, daß ihr nicht da ward.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin Herrn Gerckens sehr dankbar, daß er noch einmal auf die Notwendigkeit des Küstenschutzes in diesem Bereich hingewiesen hat. Wir stimmen ebenfalls einer Ausschußüberweisung zu. Sie haben gute Gründe hierfür genannt.

Herr von Hielmcrone, ich finde es schon bemerkenswert, was Sie zum Umgang mit Gesetzen gesagt haben, und ich finde Ihre Worte zu diesem Thema auch bedenkenswert. Ich möchte Sie aber ganz herzlich bitten: Das, was Sie hinsichtlich des Landesnaturschutzgesetzes vom Landtag anmahnen, müßte natürlich auch von SPD und Grünen gegenüber Bundesgesetzen so gehandhabt werden. Dieses Verhalten vermisse ich aber gerade bei der SPD. Ich erinnere an Diskussionen, die wir zur Gentechnik, zum Transrapid und zu ähnlichem geführt haben -

(Beifall bei der CDU)

alles Dinge, die in Bundesgesetzen geregelt werden. Ich bitte Sie, Herr von Hielmcrone, doch darauf hinzuwirken, daß, wenn der Bundestag bestimmte Gesetze beschlossen hat, akzeptiert wird, daß diese von den Behörden des Bundes umgesetzt werden, wie wir akzeptieren müssen, daß wir im Lande ein beschlossenes Naturschutzgesetz haben. Ich bitte also herzlich darum, nicht nur bei Landesgesetzen solche netten Worte zu finden, sondern auch bei anderen.

Nun zu dem, was Herr Gerckens dargelegt hat! Ich meine, daß man sehr wohl diskutieren kann, ob nicht in diesem speziellen Fall eine **Ausnahmemöglichkeit nach § 15 a Landesnaturschutzgesetz** gegeben ist. Ich sehe wie er die enormen Belastungen des Hinterlandes, der Bevölkerung, durch diese Kleinentnahme binnenlands, die ja von der Dimension her

wesentlich größer ist als alles, was zuvor stattgefunden hat.

Ich frage mich auch, warum wir in öffentlichen Diskussionen immer wieder die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens einfordern, wenn es dann aber zum Schwur kommt, Nachhaltigkeit gar nicht mehr zur Debatte steht. In diesem Fall haben wir einen Eingriff außendeichs, der reparabel ist. 20 Jahre sind da keine überdimensionierten Zeiträume, Frau Winking-Nikolay. Das **Wattenmeer** hat die Kraft der Regeneration. Wenn wir aber ins **Binnenland** hineingehen, bekommen wir eine unveränderbare Änderung der Bodenstruktur, und wir bekommen über den Lastkraftwagenverkehr Emissionen, die nicht wieder rückholbar sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es kann doch nicht sein, daß wir in Erklärungen immer wieder sagen, man solle Verkehr vermeiden, und wenn es dann darauf ankommt und es tatsächlich eine Möglichkeit gibt, dann wird die Verkehrsvermeidung wieder kleingeschrieben und hintangestellt, weil im öffentlichen Bewußtsein die **Vermeidung von Verkehr** noch nicht den Stellenwert hat, die sie haben müßte, und weil auch bei Ihnen auf der linken Seite, die das noch mehr betonen, noch nicht erkannt worden ist, daß dies das Zukunftsproblem ist -

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie
transportieren Sie aus dem Watt?)

und nicht der Eingriff außendeichs, der innerhalb von 20 Jahren regeneriert sein wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei Planungen des Küstenschutzes muß es nach den küstenschutztechnischen Anforderungen sowie nach den Belangen der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit der Maßnahmen gehen, und zwar alles im Rahmen absoluter Legalität.

Ich mache dazu ein paar Bemerkungen. Wir brauchen uns nicht darüber zu streiten, ob die **Verstärkung des Deiches** im Bereich des Lübke-Kooges dringend erforderlich ist oder nicht. Das geht aus dem Generalplan „Deichverstärkung, Deichverkürzung, Küstenschutz“ hervor. Wir sind darauf eingestellt - man muß ja schon beinahe „gewesen“ sagen -, dort 1997 mit dem Deichbau zu beginnen. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir diskutieren, statt zu bauen. Das kann ja manchmal Sinn machen - so glaube ich -, aber es macht keinen Sinn zu sagen, es muß möglichst schnell gebaut werden, und dann die einschiebige Lösung danebenzusetzen, den Klei außendeichs zu entnehmen.

Ich bitte, an diesem Punkt besonders den Landrat des Kreises Nordfriesland ernst zu nehmen. Landrat Bastian hat zu Recht darauf hingewiesen, daß man dann, wenn man den Klei außendeichs entnehme, **Klagen von Naturschutzorganisationen** zu erwarten hätte, die eine solche Deichverstärkung auf nicht absehbare Zeit nach hinten verschieben würden. Ich halte eine solche zeitliche Verschiebung für nicht akzeptabel, nehme aber die Argumentation des Landrates Bastian ernst; denn ich habe mich bei der Abwägung an die gesetzlichen Gebote zu halten. Das gilt übrigens natürlich auch für meine Mitarbeiter. Hier geht es auch nicht um Regelungen nach dem Nationalparkgesetz, sondern um Regelungen nach **§ 15 a des Landesnaturschutzgesetzes**. Unabhängig davon, daß das jetzige Verfahren der Entnahme binnendeichs billiger wird, müssen wir bei der Abwägung dazu kommen, daß überwiegende Gründe der Allgemeinheit, die eine Ausnahmeregelung in Richtung einer Entnahme außendeichs zuließen, in diesem Fall nicht vorliegen. Das heißt, daß wir sonst bei Gericht schlechte Karten hätten.

Ich bin der Meinung, wir haben in einer ganzen Reihe von Forderungen - -

(Wortmeldung des Abgeordneten
Peter Gerckens [SSW])

- Nein, ich möchte meine Ausführungen nicht bis ins Unendliche machen. Ich schlage vor, Sie reden nachher, wenn Sie das wollen. Ich möchte jetzt keine Zwischenfrage zulassen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW])

- Nee ist nee, Herr Gerckens! So ist das!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage, ob man sich etwa wegen einer Kostendifferenz von etwa 650 000 DM umorientieren müßte, lasse ich hier einmal weg. Für mich ist der entscheidende Punkt: Ich möchte möglichst bald eine hinreichende Sicherheit für die Menschen, die hinter dem Deich im Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog wohnen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann ich mit Materialentnahme binnendeichs machen, aber nicht mit einer Entnahme außendeichs mit der Folge, daß ich dann solche Gerichtsverfahren bekäme.

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den **Bedenken der Bürgerinitiative** Rechnung zu tragen. Ich nenne hier nur, daß wir den Transport nicht durch die Dörfer führen, sondern auf einer eigens angelegten Baustraße. Auch gehört dazu, daß wir zum Beispiel Maßnahmen ergreifen wollen - Frau Winking-Nikolay hat einige genannt -, um die Befürchtung der Landwirte, es könnten dort dann verstärkt Zuggänse und -enten einfallen, zu mindern. Im übrigen - das kann ich hier sagen - erwarten die Ornithologen bei einem in diesem Land gar nicht untypischen Eingriff binnendeichs eher Röhrichtvögel und andere Seevögel, die mit den Zugvögeln, die bei uns die Fraßschäden hervorrufen, gar nichts zu tun haben, was den Lebensraum angeht. Dies wäre nach Auffassung der Ornithologen eher der Typus für eine Besiedlung.

Ich komme jetzt zu dem Argument, es würde hier erstmals Klei binnendeichs entnommen. Es ist richtig, Herr Gerckens: Die Menge ist relativ groß. Deswegen sind wir auch dabei zu versuchen, mit technischen Maßnahmen noch eine weitere Eingriffsminderung zu erreichen, das heißt, den Materialbedarf abzusenken. So wird man sagen können, wir haben alles getan, um den Bedenken der Bürgerinitiative Rechnung zu tragen, aber nicht durch endlose Prozesse den Baubeginn verzögert, der sich eben nicht mit dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen vertragen würde. Und für dieses

Anliegen, nämlich dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen Rechnung zu tragen, stehen wir hier ja alle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das heute morgen schon festgestellt. Deshalb sollten wir das auch so tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt die Frau Abgeordnete Todsén.

(Zurufe)

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Vielleicht können Sie die interne Debatte nachher draußen fortsetzen; ich möchte jetzt nämlich nicht alle noch zulange von der Mittagspause abhalten.

(Konrad Nabel [SPD]: Das tun Sie aber!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas zur rechtlichen Situation sagen. Herr Minister, wir sind uns mit Sicherheit alle völlig einig darin, daß die Deichverstärkung, die **Deicherhöhung** so schnell wie möglich kommen muß. Darüber und über rechtliche Konsequenzen sollten wir im Ausschuß noch intensiv debattieren und wirklich abklären, wie dort die Situation - eventuell auch im Hinblick auf eine Verbandsklage - zu bewerten ist.

Aber eines ist erst einmal klar: Nach **§ 15 a des Landesnaturschutzgesetzes** ist selbstverständlich eine Ausnahme möglich, wenn denn Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern. Ich glaube, wir sind uns alle einig darin, daß die Sicherheit der Menschen hinter dem Deich unter diese Überschrift „Gemeinwohl“ fällt.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, daß danach eine Ausnahme gemäß § 15 a möglich wäre.

Das ist aber natürlich nicht die einzige rechtliche Grundlage, sondern die Eingriffsregelung, die in den §§ 8 ff. festgeschrieben ist, spielt hier natürlich eine ganz entscheidende Rolle und bereitet ein Stück weit auch eine Schwierigkeit. Hier ist ja schon klar gesagt worden: Wenn andere Flächen zur Verfügung stehen - die Situation haben wir hier ja angeblich -, dann muß man sehen, ob man nicht auf die ausweichen muß. Das, was hier aber in der gesamten Debatte bisher fehlt, ist eine wirkliche Diskussion darüber, an welcher Stelle denn der Eingriff für die Natur schwergewichtiger ist.

Dazu sage ich einmal deutlich - in einigen Beiträgen ist das ja auch schon klar geworden -, daß die **Entnahme im Vorland** eine bisher immer üblich gewesene Art und Weise gewesen ist, sich das nötige Material für den Deichbau oder für die Deichverstärkung zu besorgen. Die Natur war bisher auch sehr wohl in der Lage, diesen Eingriff relativ schnell auszugleichen.

Das, was mich aber erstaunt, ist, daß man heute plötzlich so tut, als wäre der Eingriff im Rahmen einer Entnahme binnendeichs gar nicht so schlimm. Wer weiß, wie problematisch es ist, Bodenabbaumaßnahmen im Binnenland durchzuführen - das gilt für den Abbau von Kies oder von Klei gleichermaßen -, welche unendlich sorgsam Prüfungen zur Frage erfolgen, welchen Eingriff das in die Natur darstellt, wer weiß, wie viele Ausgleichsmaßnahmen dafür erforderlich sind, der kann doch hier heute nicht einfach so tun, als wäre diese Maßnahme, die in erheblicher Weise in diese aus meiner Sicht ganz besondere Landschaft an der Westküste eingreift, noch eine Verbesserung. Diesen Punkt sollten wir im Ausschuß wirklich noch einmal nachdrücklich vertieft diskutieren. Vielleicht bekommt das Ganze dann eben doch ein anderes Gesicht, und wir können uns wirklich auch unter sachgerechten Argumenten mit den Wünschen und den Anliegen der Vertreter der Bürgerinitiative auseinandersetzen. Ich gehe ja davon aus, daß die Bürgerinitiative dort eine Menge Menschen vor Ort vertritt. Ich habe mir die Situation angeguckt. Ich denke, daß wir denen dann in ihren Wünschen auch so folgen können und daß wir einmal mehr deutlich machen, daß wir im Interesse der Menschen handeln und ihnen das nicht einfach aufdrücken wollen,

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars
[CDU])

daß wir uns vielmehr mit ihren Argumenten ernsthaft auseinandersetzen. Das erhoffe ich mir von den Beratungen im Ausschuß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag in den Agrarausschuß zu überweisen.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Und beteiligt in den Umweltausschuß!)

- Mitberatend in den Umweltausschuß! Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Gegenstimmen!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nicht zu fassen!)

- Enthaltungen? - Damit ist die Ausschußüberweisung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas Ruhe, damit wir den Abstimmungsvorgang beenden können.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU, Drucksache 14/345, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir treten in die Mittagspause ein und fahren um 15.00 Uhr mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 11 a - das ist der Dringlichkeitsantrag - fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13.21 Uhr bis 15.02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, wir treten in die Nachmittagsitzung ein. Zunächst möchte ich auf der Tribüne den Verein Deutscher Studenten, die Volkshochschule Flensburg und die Gleichstellungsbeauftragte Schleswig mit dem Kurs „Frauen unter sich“ begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 a auf:

Erhalt des Marinestützpunktes Kiel

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU
Drucksache 14/370

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 13/375

Ich darf darum bitten, daß wir uns auf die Sitzung konzentrieren und Gespräche draußen führen. Das gilt für beide Seiten des Hohen Hauses.

Wird das Wort zur Begründung der Anträge gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will zu Beginn betonen, daß die schnelle öffentliche Reaktion des Herrn Landtagspräsidenten, sich für den Erhalt des Marinestützpunktes Kiel auszusprechen, sehr erfreulich war.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Um so erstaunlicher finde ich es allerdings, daß die SPD-Fraktion erst nach zweitägiger Beratungsdauer in der Lage war, etwas zu dem Thema zu sagen - besonders überraschend, nachdem sich ihr Wunschkandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Kiel schon eindeutig geäußert hat. Die Unterstützung seiner Haltung wäre doch eigentlich ganz einfach gewesen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Eben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Sie alle auf, sich heute zu dem Marinestützpunkt ohne Wenn und Aber zu bekennen - und das nicht nur aus

wirtschaftlichen Gründen, auch wenn 600 Arbeitsplätze für Kiel ein erhebliches Argument darstellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es wird den Soldaten und den Zivilbediensteten nicht gerecht, sie nur als Wirtschaftsfaktor zu behandeln. Das habe ich schon vor gut einem Jahr gesagt, als wir alle gemeinsam für die Erhaltung von Standorten in Schleswig-Holstein gekämpft haben. Es wird auch der Stadt Kiel und den Kielerinnen und Kielern nicht gerecht, die drohende Schließung des gesamten Marinestützpunktes ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Die Marine ist für diese Stadt, die nicht gerade reich an Identifikationsmöglichkeiten ist, mehr.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay
[SPD])

Man mag das bedauern oder begrüßen. Aber jahrzehntelang war der Name **Kiel** gleichbedeutend mit **Marinestadt** - obgleich sich hiesige Kommunalpolitiker von SPD und Grünen wirklich nach Kräften bemüht haben, die Bundeswehr und ausländische Truppenbesuche zu vergraulen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Leider!)

Die eindeutige Aussage des Kollegen Martin Hentschel vom 19. November, er begrüße, daß Kiel endlich militärfrei werde, zeigt einmal mehr, wie realitätsfern und - das muß ich sagen - auch menschenverachtend Sie Ihre Politik betreiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pfui!)

Kein Wort von den 600 Menschen mit ihren Familien, die Kiel dann verlassen mußten,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Heuchelei! Das wissen Sie doch!)

kein Gedanke an die Bürger dieser Stadt, die den Bedeutungsverlust neben den wirtschaftlichen Einbußen hinnehmen sollen, und keine Ahnung davon, was die Präsenz der Marine auch für die Kieler Woche bedeutet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin mit der Bundeswehr großgeworden! Ich kenne den Fall!)

Ich habe mich beim Thema Truppenreduzierung schon in der Vergangenheit immer dafür eingesetzt, in den Forderungen verteidigungspolitisch realistisch zu bleiben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das wünsche ich mir auch!)

Diesen Weg verlassen wir nicht mit unserem Antrag; denn selbst der Spezialist Norbert Gansel hat gesagt, die Präsenz der Marine in der Ostsee aufzugeben, sei strategisch und sicherheitspolitisch falsch. Er sollte dann aber auch dafür Sorge tragen, daß seine Genossen im Kieler Rathaus endlich aus den Startlöchern kommen und ein Konzept zur **gemeinsamen Nutzung der Hafenanlagen** vorlegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn der Hafendirektor, Herr Rüdell, heute erklärt, das sei nur mit Privatinvestoren möglich, dann ist dagegen nichts einzuwenden. Das muß ohnehin der Weg in der Hafenwirtschaft sein; das wissen wir alle. Schade nur, daß der Stadtbaudirektor dieser Stadt Investoren ständig abschreckt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die notwendige Erweiterung des Ostuferhafens und damit die längst überfällige Entscheidung der Landesregierung zum **Abriß des Bunkers** sind davon übrigens nicht betroffen; denn weder Scheerhafen noch Tirpitzmole bieten die Fläche für ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten, ganz zu schweigen von der fehlenden Hinterlandanbindung.

Wichtig ist, daß sich die Bürger und Politiker dieses Landes und der Landeshauptstadt einstimmig und rechtzeitig für ihren Standort einsetzen. Wenn das nicht geschieht oder irgendwelche Zweifel ausgedrückt werden, wie das bedauerlicherweise in Ihrem Alternativantrag zum Ausdruck kommt, wird der Landtag erleben, daß auch sein berühmtes Patenschiff, die Gorch Fock, unter vollen Segeln aus Kiel aus- und nach Flensburg einläuft.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das kommt nicht in Frage!)

- Frau Erdsiek-Rave, die Flensburger freuen sich schon, das haben sie zum Ausdruck gebracht.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die freuen sich zu früh!)

Ich kann das zwar verstehen, aber als Kielerin und als Kieler Landtagsabgeordnete kann ich das auf keinen Fall unterstützen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nein, ich auch nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, der bisherige Verlauf der Debatte über die Erweiterung des Kieler Hafens und den **Abriß der Bunkerruine Kilian** - eine Entscheidung gibt es ja bekanntlich bis heute nicht - hat erneut deutlich gemacht: Die Landesregierung hat mit der Landeshauptstadt nicht viel am Hut.

(Thorsten Geißler [CDU]: Stimmt!)

Das Kabinett hielt sein Versprechen nicht ein, im November dieses Jahres über das für den Kieler Hafen existentielle Bunkerthema zu entscheiden. Vielmehr ist zu erwarten, daß die aktuelle Diskussion über den **Marinestützpunkt** in Kiel ein willkommener Vorwand ist, die Entscheidung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu vertagen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Das ist besonders ärgerlich, weil Kiel damit seine Position im Hafenwettbewerb verlieren wird. Auch die Äußerungen des Hafendirektors Rüdell in der heutigen Ausgabe der „Landeszeitung“ lassen ein aktives Engagement zur Stärkung des Hafens vermissen.

In der Sache sind sich doch alle Fachleute einig, daß nur im Ostuferhafen bei Beseitigung der Bunkertrümmer die Möglichkeit besteht, in naher Zukunft eine Hafenfläche von über 10 ha Größe zu schaffen. Dies alles ist unter Beteiligung der Denkmalschützer sehr sorgfältig überlegt worden, auch unter Einbeziehung der Möglichkeiten im Bereich des Marinestützpunkts.

Ich fordere die Landesregierung erneut auf, über das Thema U-Boot-Bunker Kilian noch in diesem Monat, wie zugesagt, zu entscheiden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es muß noch einmal deutlich gesagt werden: Kiel hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Schleswig-Holstein, und fast jeder zehnte Schleswig-Holsteiner wohnt in Kiel. Die Probleme dieser Stadt sind auch die Probleme dieses Landes. Diese sind wieder schärfer sichtbar geworden, seitdem der **Bundeswehrbonus** schmilzt. Dieser Bonus ist immer noch beachtlich. Bei einem Bevölkerungsanteil Schleswig-Holsteins von 3,3 % an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland haben wir einen Bundeswehranteil von etwa 10 %. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb kommt es darauf an, am Ball zu bleiben, Entwicklungen zu verfolgen und sich vor allem aktiv einzusetzen.

Ich bin noch etwas skeptisch. Heute sind die Zeitungen voll von der Nachricht, daß wir alle an einem Strang ziehen. Allerdings sehe ich das durch den SPD-Antrag nicht voll unterstützt.

Im rot-grünen Schleswig-Holstein geschieht doch das Gegenteil. Da demonstriert der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Kieler Rathaus, Tovar, im Schlauchboot gegen den Flottenbesuch amerikanischer Verbündeter. Da beschließt ein SPD-Parteitag im September 1993 eine weitere Reduzierung der Verwendung freiwerdender Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Da erklärt in einer Landtagsdebatte 1993 Herr Selzer, der noch bis vor wenigen Monaten hier Mitglied der SPD-Fraktion war: „Falsch wäre übrigens der Leitgedanke, Kiel und Schleswig-Holstein seien ohne die Marine nicht vorstellbar.“ Ein ehemaliges SPD-Fraktionsmitglied dieses Hohen Hauses!

Dazwischen wird keine Gelegenheit - Welch ein Widerspruch! - ausgelassen, die Verbundenheit mit

den Streitkräften zu betonen. Das ist ein ebenso törichtes wie gefährliches Spiel. Es gefährdet Arbeitsplätze. Was davon zu halten ist, zeigt sich, wenn es um konkrete Entscheidungen geht.

Diese Entscheidungen sehen dann so aus: Nach jahrelanger Reduzierungsdiskussion bietet sich mit den neuen großen Einsatzgruppenversorgerschiffen endlich einmal die Chance, Arbeitsplätze in größerer Zahl nach Kiel zu holen. Es geht um Schiffe von fast 20 000 t mit dem entsprechenden Personal und der zugehörigen Infrastruktur an Land.

Die CDU-Fraktion hat im September dieses Jahres einen Antrag eingebracht, damit sich die Stadt Kiel für dieses Projekt ausspricht. Das Ergebnis: von einer rot-grünen Rathauskoalition abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Der derzeitige SPD-Fraktionsvorsitzende im Rathaus war es, der schon vor langer Zeit gegen das Auftreten der Bundeswehr auf dem Wilhelmsplatz kämpfte. Und die Landesregierung schaut desinteressiert zu, so wie sie es bei der Hafenerweiterung tut, nach dem Motto: Wir werden unsere Meinung klar sagen, wenn alles entschieden ist.

Einer solchen **Politik des Nichthandelns**, der Passivität und, man muß es wohl sagen, der Schlafmützigkeit hat das Verteidigungsministerium jetzt die gelbe Karte gezeigt. Wenn die Rot-Grünen in Stadt und Land, die mehr mit sich selbst beschäftigt sind als mit ihren Aufgaben, nicht in Gang kommen, dann wird der Marinestützpunkt Kiel in wenigen Jahren geschlossen. Das betrifft bekanntlich nicht nur die Marine, sondern auch eine große Zahl ziviler Arbeitsplätze, von den Arsenallehrestellen bis zum Bäcker, der den Stützpunkt beliefert. Diesen Menschen ist es eben nicht zuzumuten, daß da mit einem Federstrich einfach die „**militärfreie Stadt**“ gefordert wird; so am 9. November der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen in der Landtagsfraktion und seine Kollegin Angelika Beer im Bundestag. Wer das fordert, will eben auch ein militärfreies Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir fragen die Landesregierung - Herr Hentschel, man muß Ihnen zugestehen: Sie sind wenigstens ehrlich -: Ist das, was die rot-grüne Koalition im Kieler Rathaus betreibt, auch die Politik der rot-grünen Regierungskoalition im Land?

Teilt die Landesregierung die Auffassung ihres Koalitionspartners, daß die Schließung des Marinestützpunkts Kiel zu begrüßen wäre?

Wir fragen weiter: Was hat die Landesregierung getan, um im Dialog mit dem Verteidigungsministerium den Standort Kiel zu sichern? In dem Schreiben des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium vom 13. November an den Oberbürgermeister der Stadt Kiel heißt es:

„Die mit der Stadt Kiel geführten Gespräche mit dem Ziel, sowohl im Übergangszeitraum bis 2003 als auch für die Zeit danach ein Konzept für eine gemeinsame zivil-militärische Nutzung zu entwickeln, haben bis heute zu keinem Ergebnis geführt.“

Wen wundert es, daß dem Verteidigungsministerium nach fast drei Jahren der Kragen platzt?

Meine Damen und Herren, das war kein Böllerschuß. Es ist unübersehbar, daß für den Standort Kiel eine bedrohliche Situation entstanden ist.

Herr Kollege Astrup, Kollegen Ihrer Fraktion beziehungsweise Ihrer Partei in der Stadt, die in dieser Frage vernünftig argumentieren, sehen es genauso, daß hier längst eine Entscheidung hätte getroffen werden müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Öffentliche Erklärungen reichen nicht aus. Es muß gehandelt werden, und zwar unverzüglich. Nur unter dieser Voraussetzung haben wir im Bund Erfolg. Dem dient unser gemeinsamer Antrag mit der F.D.P.

Der Antrag der SPD ist ein reiner Tarnantrag. Sie beziehen keine Position zum Erhalt des Marinestützpunkts und stellen sich aus der Verantwortung.

(Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Wir lehnen den Antrag ab.

Wenn der Kollege Gansel heute sagt, daß er, was ich ihm abnehme - Herr G. aus M., wie ihn Frau Simonis immer bezeichnet, weil sie nicht mehr mit ihm und über ihn sprechen möchte -, klar an unserer Seite dafür kämpft, daß der Marinestützpunkt erhalten bleibt, dann habe ich immer noch meine Zweifel, was die Sozialdemokraten im Land und in der Stadt betrifft, ob die das nämlich genauso klar befürworten, wie es Herr Gansel vor einer halben Stunde wiederholt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zur Sache komme, nehme ich Gelegenheit, zu drei Punkten, die meine Vorrednerinnen angesprochen haben, etwas zu sagen.

In einem Punkt kann ich Ihnen natürlich beitreten, Frau Aschmoneit-Lücke. Natürlich bin auch ich dafür, daß wir hier den Blick auf die „Gorch Fock“ nicht verlieren.

(Zurufe von der CDU)

Zweitens möchte ich an dieser Stelle keine vorsorgliche Bunkerdebatte führen.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich weiß gar nicht, was daran so heiter ist. - Ich gehe davon aus, daß wir die Bunkerdebatte in Bälde führen.

Drittens möchte ich allerdings auch noch einmal dies sagen: Es ist zwar relativ langweilig, auf die ständige Litanei der **Bundeswehrfeindlichkeit der Sozialdemokratie** einzugehen, aber dennoch will ich dazu einen Satz sagen, damit es im Protokoll steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch für uns!)

In unserer Volkspartei haben sowohl Pazifisten als auch Bundeswehrgeneräle Platz, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt zum eigentlichen Thema dieses Tagesordnungspunktes kommen. Die SPD-Fraktion bekräftigt ihre Absicht, für den **Erhalt des Bundeswehrstandorts Kiel** einzutreten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dazu zählt insbesondere die Sicherung des Marinestützpunkts Kiel, zumindest auf der Grundlage des typenbezogenen Stützpunktkonzepts der Marine von 1993. Entsprechende Resolutionen zur Sicherung von Bundeswehrstandorten hat der Schleswig-Holsteinische Landtag zunächst im September 1993 und dann im März 1995 verabschiedet. Er hat sie allerdings verabschiedet - das füge ich hinzu -, ohne daß die vom Landtag formulierten Forderungen in Bonn entsprechendes Gehör gefunden haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Das Land Schleswig-Holstein insgesamt und die Stadt Kiel im besonderen sind vom Abbau beziehungsweise von der Verlagerung von Bundeswehreinrichtungen weit überproportional betroffen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört! Hört!)

Das Land Schleswig-Holstein insgesamt und die Stadt Kiel im besonderen sind von dem damit einhergehenden Abbau von Arbeitsplätzen überproportional betroffen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Durch das aggressive Verhalten Ihrer Partei in der Stadt Kiel!)

Damit nicht genug! Der Bund stiehlt sich bis heute aus seiner Verantwortung bei der Finanzierung des erforderlichen Konversionsanschubs in der Region. Die EU zahlt, das Land zahlt, aber ein **Konversionsprogramm** aus Bonn bleibt eine bis

heute nicht eingelöste Zusage. Auch daran darf man vielleicht einmal erinnern.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Warten Sie ab, ich werde gleich noch ein paar lobende Worte über die Bundesregierung sagen. Dann können Sie sich auch einmal freuen. Eine Sekunde noch.

Damit noch nicht genug, das Bundesverteidigungsministerium betreibt zwar recht zügig die Freigabe von Liegenschaften, die für eine zivile Nutzung zur Verfügung stehen sollen. Das muß ohne Umschweife hier gesagt und zugestanden werden. Aber was dann die Oberfinanzdirektion mit den Kommunen und anderen Kaufinteressierten treibt, ist oft nichts weiter als eine Konversionsverhinderungspolitik. Das muß aufhören.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der zerrütteten Bonner Staatsfinanzen ist es natürlich illusorisch zu glauben, daß Konversionsprogramme aus Bonn kommen. Wir wollen diese Illusion auch nicht nähren. Damit werden wir leben müssen. Daß die neuerliche Gefährdung des Marinestützpunktes Kiel weder mit Sicherheitspolitik noch mit Strukturpolitik und auch nichts mit politischen „Beziehungskisten“ zwischen der Stadtvertretung und Bonn zu tun hat, sondern einzig und allein mit der Haushaltslage in Bonn, ist evident. Daran können wir uns nicht vorbeistehlen.

Soweit so unerfreulich, aber soviel erwarten wir zumindest in der jetzigen Situation: Es muß **Planungssicherheit** in dem gesamten Komplex der Bundeswehrentwicklung geben. Das ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Kooperation von Bund, Land und Kommunen, sondern es ist auch eine selbstverständliche Einlösung eines Anspruchs, den die Angehörigen der Bundeswehr und die Mitarbeiter der Bundeswehr haben.

Jetzt sage ich auch einmal etwas Positives. Ich nehme es als durchaus positives Zeichen, daß mit dem Brief des Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium an den Oberbürgermeister eine frühzeitige Information über die Probleme bei der Aufrechterhaltung des Stützpunktes Kiel erfolgt ist. Ich nehme es auch als

ein positives Zeichen, daß darin der Wunsch nach Fortsetzung - ich zitiere aus dem Brief, wie Sie, Frau Volquartz - des intensiven und konstruktiven Dialoges auf allen Ebenen formuliert ist. Auch das nehme ich als ein positives Zeichen.

Die Kieler Ratsversammlung, die heute abend zusammentritt, wird unter anderem über einen SPD-Antrag zu befinden haben, der die Einsetzung einer **Arbeitsgruppe** verlangt mit dem Ziel, in Abstimmung mit den örtlich zuständigen Repräsentanten der Bundeswehr ein Konzept für eine zukünftige gemeinsam zivil-militärische Nutzung des Marinestützpunktes Kiel beziehungsweise der entsprechenden Liegenschaften kurzfristig - ich unterstreiche das Wort kurzfristig - zu erarbeiten.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Wir begrüßen das und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß alle Beteiligten dies mit der nötigen Ernsthaftigkeit wirklich verfolgen.

Auch hier muß das Rad nicht neu erfunden werden, meine Damen und Herren. Bereits im März 1995 verabschiedete die Kieler Ratsversammlung einstimmig mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SUK einen Appell an die Bundesregierung, die Arbeitsplätze und die Einrichtungen der Bundeswehr in Kiel zu erhalten.

(Holger Astrup [SPD]: Davon hat Frau Volquartz gar nichts erzählt!)

Vor nicht einmal zwei Monaten wurde dieser Beschluß der Ratsversammlung ebenfalls einstimmig bekräftigt.

(Holger Astrup [SPD]: Das hat Frau Volquartz auch unterschlagen!)

Das darf doch in diesem Hohen Hause auch einmal erwähnt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war vor Hentschel!)

Meine Damen und Herren, an Resolutionen mangelt es uns nicht, und das gilt nun auch für unser Hohes Haus. Jetzt müssen aber auch langsam Ergebnisse her. Ein solches **Projekt einer zivilen wie**

militärischen Nutzung der Flächen vom Scheerhafen bis zur Tirpitzmole bietet ohne Frage eine Perspektive für die Stadt Kiel wie auch für die Bundesmarine.

Mir ist es aber wichtig, noch einmal folgendes zu unterstreichen. Die wirtschaftliche Nutzung freiwerdender Flächen der Marine muß zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Dafür sind Modelle und Konzepte erforderlich. Wie sie konkret einmal aussehen werden, ist an anderer Stelle zu entscheiden. Wir brauchen deswegen eine zügige Freigabe der entsprechenden Flächen.

Es kann freilich nicht darum gehen, hier im Landtag im Detail Ratschläge an die Stadt Kiel zu erteilen, aber es sei mir vielleicht folgende Anmerkung erlaubt: Stünde es nicht auch der Landeshauptstadt gut zu Gesicht, sich Gedanken über ein zweites Technologiezentrum mit dem Schwerpunkt maritime Technologien zu machen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau! - Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.], Martin Kayenburg [CDU] und Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Das könnte, denke ich, eine vernünftige Sache sein, die entwicklungsfähig ist.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ein Quatsch ist das! Sprechen Sie einmal mit der GKSS!)

Andere Länder machen uns vor, wie das geht und wie daraus Arbeitsplätze entstehen.

Ich fasse zusammen: Wir wollen keine militärische Vorratspolitik, wir wollen aber auch keine Verdrängungspolitik mit ungewissen und ungesicherten Zukunftsperspektiven. In der Marine gibt es eine starke Tendenz, Kiel als Tiefwasserhafen für die Marine zu erhalten. Wir sollten daher bei dieser Debatte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Forderungen sind hier nicht an die Marine, sondern an die beteiligten politischen Gremien zu richten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Bundesregierung!)

Deswegen, meine Damen und Herren, doch noch ein paar kurze Hinweise. Entscheidungen über

Standorte und Stützpunkte sollten logischerweise an sicherheitspolitischen und damit verbunden auch an regional- und strukturpolitischen Bedingungen ausgerichtet sein.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Auch wenn hier fraglos nicht Ort und Zeit ist, eine sicherheitspolitische Debatte zu führen, muß der Hinweis darauf gestattet sein, daß es durchaus fragwürdig ist, die **Präsenz der Marine in der Ostsee** weitgehend aufzugeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Sicherheitspolitisch - da bin ich auch der Auffassung des Kollegen Gansel - macht es heute durchaus Sinn, die Präsenz der Marine in der Ostsee zu erhalten, jedenfalls mehr Sinn als die Präsenz etwa im Persischen Golf oder anderswo.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört!
Hört!)

Es wäre ein Fehler, sich nicht auf eine neue Situation einzustellen. Deswegen fordern wir nicht mehr und nicht weniger, als soviel an Marinestützpunkt zu erhalten, wie verteidigungspolitisch begründbar ist.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Der Landtag sollte die Bemühungen der Stadt Kiel um den Erhalt des Marinestützpunktes und seiner Arbeitsplätze unterstützen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Er sollte dabei auch die Bundesregierung an ihre Pflichten und Versprechungen erinnern. Das gehört dazu.

(Beifall bei der SPD)

Da dürfen Sie auch klatschen, meine Damen und Herren von der F.D.P.!

(Beifall des Abgeordneten
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir verbinden damit die Erwartung, daß sich auch die Mitglieder des Bundestages aus Schleswig-Holstein dafür einsetzen. Das gilt übrigens auch für das Kieler Mitglied am Bonner Kabinetttisch. Aus

dieser Richtung habe ich bisher noch nichts gehört. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

(Beifall der Abgeordneten Frauke
Walhorn [SPD])

Ich habe Ihnen diese Position für die Fraktion der SPD vorgetragen und bitte, den differenzierten Änderungsantrag, den wir vorgelegt haben, zu unterstützen. Ich sage das als Sozialdemokrat und keinesfalls als Hauptgefreiter der Reserve der Marine, der ich nebenbei auch bin.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und nun hoch das Pult! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Herr Kubicki, wir betreiben die Sache mit System.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will ich hoffen! - Heiterkeit)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube und hoffe, daß alle hier in diesem Hohen Hause den Wegfall der Ost-West-Konfrontation begrüßt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Alle haben sich gefreut, daß die Mauer in diesem Land gefallen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, zumindest die meisten haben sich auch darüber gefreut, daß wir nun darangehen können, die Milliardenbeträge, die in diesem Lande Jahr für Jahr in die Rüstung gesteckt wurden und noch werden, endlich verringern und zur Förderung friedlicher Zwecke verwenden zu können, wie

61

beispielsweise für die Ausbildung unserer Kinder, für die Förderung der zivilen Wirtschaft und für den Schutz unserer Umwelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber jedem, der sich darüber freut, mußte auch klar sein, daß diese Entwicklung für die Standorte der Bundeswehr und für die Rüstungsindustrie mit großen strukturellen Problemen einhergehen würde, von denen viele Menschen und ihre Familien in unserem Lande betroffen sein würden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Mir war das jedenfalls klar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Uns auch!)

Ich komme ja aus einer alten Bundeswehrfamilie und muß deswegen staunen, wenn darüber geklagt wird, daß die Bundeswehrsoldaten nun eventuell umziehen müssen.

Bis zu meinem Abitur habe ich elfmal die Schule gewechselt. Ich weiß, was das heißt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das merkt man! - Thorsten Geißler [CDU]: Jetzt verstehen wir manches!)

Ich finde, da sind Krokodilstränen geflossen. Deshalb ist es mir unbegreiflich, daß ein großer Teil der politisch Handelnden - und dies gilt ganz besonders für die Opposition in diesem Haus - vor den Konsequenzen die Augen zugemacht hat und immer wieder so tut, als könnte man alles so erhalten, wie es war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der heutige Antrag kam von den Sozialdemokraten!)

Mir ist es auch unbegreiflich, daß das Thema **Konversion** in den Wahlprogrammen der beiden Oppositionsparteien einfach nicht vorgekommen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bei der Bundeswehr wurde uns beigebracht: Wenn eine Atombombe geworfen wird, dann sollen wir die ABC-Schutzpläne überziehen und uns hinter einer Mauer ducken. Mir kommt die Opposition, wenn sie wieder einmal fordert, die Marine solle in Kiel bleiben, so vor, als glaubte sie, man müßte sich nur hinter die Mauer des Landtags ducken und die Pläne überziehen, dann ginge alles vorbei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Weber hat sich gerade dafür ausgesprochen!)

Die richtige Antwort stand gestern als Schlagzeile in den „Kieler Nachrichten“ zu lesen: **„Rückzug der Marine** bietet auch Chancen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Freies Areal natürlich!)

Ich gebe gerne zu: Noch selten konnte ich mich mit einer Schlagzeile der „Kieler Nachrichten“ so identifizieren wie gestern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer wachen Auges und ohne Schutzpläne durch dieses Land marschiert, weiß doch, daß der Truppenabbau fortgesetzt wird. Worauf die betroffenen Menschen in Kiel und in Schleswig-Holstein einen Anspruch haben, sind aber nicht Schutzplänen, sondern Alternativen und - in der Sprache der „Kieler Nachrichten“ - Chancen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Worauf sie Anspruch haben, sind Konversionsprogramme und -konzepte, wie sie von dieser Koalition hier im Lande in dem vielzitierten Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worauf sie Anspruch haben, sind auch Übergangskonzepte für eine schrittweise Umwandlung der militärischen Liegenschaften und Hafenanlagen in zivile Nutzung, wie sie seit Jahren

von der Kieler Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingefordert wurden. Wir bedauern es zutiefst, daß diese Forderungen immer wieder abgelehnt wurden und daß auch die Beschlüsse der Kieler Ratsversammlung, eine hafenwirtschaftliche Konzeption für den Bereich Scheermole/Tirpitz-Hafen zu entwickeln, von dem Wirtschaftsdezernenten Dr. Peter Kirschnick - kein Grüner, sondern von der CDU - bis heute nicht umgesetzt wurden.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne.

Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel, wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Äußerung des Hafendirektors Rüdel, daß es ihm viel zu riskant sei, zusätzliche Mittel für die Hafенflächen auszugeben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sozialdemokrat!)

und daß er nach wie vor auf die Bundeswehr setzt?

- Ich werde darauf im Laufe meines Referates zurückkommen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sagen sie alle, und dann tun sie es nicht!)

Ich sehe das völlig anders.

Worauf die Menschen auch Anspruch haben, sind langfristige Planungen, damit sich die Städte und Regionen rechtzeitig auf die Entwicklung einstellen können.

„Warum war es nicht möglich, von Anfang an ein Konzept mit klaren Linien zu entwickeln?“ fragte ein Hauptmann der Bundeswehr am 15. März 1995.

(Zuruf von der CDU: Wo?)

- In den „Kieler Nachrichten“ - „Unverständlich ist für uns aber das ständige Hin und Her, das uns völlig verunsichert hat,“ sagt ein Oberarzt.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

„Das x-te Reformpaket, der Frust in der Truppe ist nicht mehr zu überbieten,“ so ein anderer Offizier.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt leider auch! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch richtig!)

Dem brauche ich nichts hinzuzufügen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das begreifen die Grünen auch nie, daß man das nicht braucht!)

Am 24. Mai sagte die Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch hier - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin -:

„Wir spielen hier nicht im Sandkasten. Standortentscheidungen der Bundeswehr müssen in erster Linie unter strategischen Gesichtspunkten getroffen werden.“

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sagt Herr Gansel auch!)

Wer sich wie Ihre Partei ständig für Out-of-Area-Einsätze einsetzt, muß sich nicht wundern, daß die Marine nicht mehr in der Ostsee gebraucht wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War es nicht Joschka Fischer, der gesagt hat, der Bosnieneinsatz müsse weitergeführt werden?)

Hören Sie endlich auf, sich und den Menschen in die Tasche zu lügen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War es Joschka Fischer oder nicht?)

Was sollen denn die Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Marinearsenal von der Politik denken, wenn sich ständig Politiker hinstellen und versprechen, daß alles beim alten bleibt, und das jeweilige Versprechen in Bonn schon beim nächsten Haushaltsloch wieder nicht gilt?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Worauf die betroffenen Menschen auch Anspruch haben, sind Mittel aus dem Bundeshaushalt, um diesen Prozeß zu unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Es kann nicht sein, daß der Bund die Milliarden aus dem Rüstungshaushalt nur einspart, während die viel gescholtene EU und auch das Land Schleswig-Holstein längst Konversionsprogramme aufgelegt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie müssen noch viel lernen, Herr Hentschel!)

Der Bund ist in der Pflicht, zumindest für einen Übergangszeitraum einen Teil der eingesparten Mittel für **Konversionsmaßnahmen** zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deswegen wiederhole ich hier die Forderung nach einem nationalen Konversionsprogramm.

Es ist nämlich richtig, was in den „Kieler Nachrichten“ stand:

(Meinhard Füllner [CDU]: Ist das die Bibel für Sie?)

Der Rückzug ist eine Chance. Die Liegenschaften Scheermole und Tirpitz-Hafen und das Marinearsenal sind Filetstücke an der Förde. Sie sind hervorragend durch die Eisenbahn angebunden und eignen sich so für hochwertigen Güterumschlag. Beide Liegenschaften gehören zum Ziel-2-Fördergebiet Kiels und haben gute Chancen

auf Unterstützung aus Brüssel bei entsprechenden Nutzungsplanungen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, all das kommt in Ihrem Antrag nicht vor. Statt dessen stellen Sie wieder einmal einen Antrag, der sich im Kern an die doch von Ihren Parteien gestellte Bundesregierung wendet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Fällt Ihnen denn nichts ein, was hier im Land getan werden kann?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Jetzt sagen Sie einmal etwas zum Antrag der SPD!)

Da ist die Bundesregierung längst weiter, denn sie fordert in ihrem Schreiben, daß die Nutzung der Flächen auch betriebswirtschaftlich betrachtet werden muß.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was für ein Ritual!)

55 ha auf dem Arsenal, 5,5 ha Fläche in der Wik, dazu die Möglichkeiten für neue zivile Anlagen sind ein Kapital, das genutzt werden sollte, egal ob die Marine abzieht oder nicht.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich mit Erlaubnis meines alten Lateinlehrers Cicero zitiere: „Weiche die Rüstung dem Friedensgewand und der Lorbeer der löblichen Handlung.“

Das heißt für mich: Fangen wir endlich an, auch in Kiel die zivile Nutzung der Liegenschaften zu planen. Fangen wir endlich an, daran zu arbeiten, die Arbeitsplätze der Zukunft für diese Stadt zu schaffen. Das wäre eine löbliche Handlung, an der wir gerne mitwirken und die wir gemeinsam in Angriff nehmen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wie oft haben wir uns eigentlich seit 1990 mit dem Thema Truppenreduzierung befaßt,

(Holger Astrup [SPD]: Bis zum Überdruß!)

nicht nur auf Landesebene, sondern auch in den Kreisen und den Kommunen? Ich denke, viele von uns sind bei den vielen Diskussionen und den vielen Gesprächen dabeigewesen. Viele Menschen haben sich auch große Mühe gegeben, haben argumentiert, haben appelliert, sind auf die Straße gegangen und haben runde Tische gebildet, und manchmal hat es sogar etwas genützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dennoch wissen wir alle, wie schwierig es gewesen ist, auf der Hardthöhe ein offenes Ohr für Schleswig-Holstein zu finden. Vielleicht kam dem einen oder anderen sogar der Gedanke, daß man nur drankam, wenn man im voraus das Paßwort kannte. Frau Volquartz, Ihre Aussage, die etwas mit Strafraktion zu tun hatte, deutet doch auch ein bißchen darauf hin. Ich weiß, daß ja auch Herr Börnsen in Flensburg, als es dort um die letzte Truppenreduzierung ging, ähnliches gesagt hat. Aber, wie gesagt, wir hatten alle gute Gründe.

Die haben wir auch, wenn es um den Erhalt des Marinestützpunktes Kiel geht. Bemerkenswert ist - und das finde ich wirklich bemerkenswert -, daß das Bundesverteidigungsministerium der Stadt mitgeteilt hat, daß der Standort aus wirtschaftlichen Gründen - also nicht aus sicherheitspolitischen Gründen - nicht allein weiterbetrieben werden könne. Wenn es zu keiner gemeinsamen zivilen und militärischen Nutzung komme, drohe nach 2003 die völlige Schließung des Stützpunktes, heißt es da. Der **Kieler Marinestützpunkt** könne wegen des bereits vollzogenen und wegen des geplanten Abzugs größerer Einheiten in Zukunft von der Marine nicht mehr voll ausgelastet werden. Eine Schließung des Stützpunktes wäre nach Angaben des Verteidigungsministeriums mit dem Verlust von etwa 600 Arbeitsplätzen verbunden.

Durch die Umstrukturierung der Bundeswehr hat Kiel in den letzten Jahren schon einiges hinnehmen

müssen, genau wie andere Städte in Schleswig-Holstein auch. Der „Abstieg auf Raten“ geht also weiter, wie es in der Presse gestern hieß.

Für den SSW gilt, daß Truppenreduzierungen aller Art unter dem Gesichtspunkt der **Konversion** betrachtet werden müssen. Wir wollen uns gern für die Erhaltung des Marinestützpunktes einsetzen - natürlich! -; auf lange Sicht sprechen alle Erfahrungen jedoch dafür, daß andere inhaltliche Konzepte her müssen. Darum begrüßen wir ausdrücklich, daß die Stadt Pläne für gemeinsame militärische und zivile Nutzung des Stützpunktes, für die frei werdenden Liegenschaften und so weiter erarbeiten will. Schlimm wäre es, wenn die Interessen der Stadt Kiel anderer Interessen wegen hin- und hergeschoben würden. Ich denke dabei auch an einen Artikel aus den „Kieler Nachrichten“ von gestern; in diesem Artikel wurden Zitate verschiedener Politiker und einer Politikerin wiedergegeben. Mir kam es zuletzt so vor, als hätten wir es weniger mit der Stadt Kiel, sondern viel eher mit verschiedenen Wahlen zu tun.

Das erste Szenario: Oberbürgermeisterwahl in Kiel! Herr Kelling bekam schnell noch einmal den Schwarzen Peter zugeschoben; das gleiche galt auch für Herrn Gansel. Frau Volquartz bekam noch Gelegenheit, sich zu äußern. Man kann das alles in der Zeitung nachlesen.

Zweites Szenario: Wahl des CDU-Landesvorsitzenden! Zwei der vier Hauptpersonen hatten Gelegenheit, dazu etwas zu sagen. Frau Volquartz und Herr Austermann äußerten sich.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ein Schwachsinn!)

Also, Herr Hennig, dieser Gedanke kam mir so beim Lesen der „Kieler Nachrichten“ von gestern.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So ein Schwachsinn!)

Ich sage das ja nur so.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Kandidieren Sie denn auch für das Amt des Oberbürgermeisters?)

Wie gesagt, die Rettung des Stützpunktes könnte noch klappen, wenn die gegenseitigen

Schuldzuweisungen aufhören würden. Sie muß klappen angesichts der jetzigen Arbeitslosigkeit von 11,8 % in Kiel. Auch das ist klar.

Wir könnten vielleicht sogar dem F.D.P.-Antrag zustimmen, aber er sagt zuwenig über die Situation aus. Deshalb bin ich der Meinung, der SPD-Änderungsantrag ist viel realistischer, ist viel differenzierter.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der CDU: Natürlich, er ist besser!
- Reinhard Sager [CDU]: Passen Sie bloß auf, daß Sie nicht mal ausrutschen! - Beifall bei der SPD)

- Ja, das ist zu blöde. Ich will Ihnen gern einmal sagen, warum ich diesen Antrag für viel realistischer halte.

Man kann natürlich sagen: Wir bekennen uns zum Marinestandort Kiel und wollen uns dafür einsetzen, daß der Standort erhalten bleibt. Und „so what“ ? Wenn man mehr erreichen will, dann muß man sagen: Sozialverträglich muß das Ganze geschehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo spielen Sie denn? Mein Gott!)

Konversionsmaßnahmen müssen her, und man muß dann auch sehen, daß man die Pläne der Stadt Kiel unterstützt.

Wie gesagt, wir werden den Änderungsantrag der SPD unterstützen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe wahrscheinlich selten in meinem Leben soviel Herumgeeiere mitbekommen wie eben gerade durch den von mir sonst sehr geschätzten Kollegen Weber, aber auch den Kollegen Hentschel von den Grünen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Rossmann, Sie gehören zu jener Kategorie von Politikern, die nichts anderes im Kopf haben als zu beklagen, ohne sich einmal konkret dafür einzusetzen, daß etwas auch umgesetzt wird. Ich stelle mir gerade vor, was passieren würde, wenn hier jemand aus Bonn wäre und sich fragte: Wollen die jetzt eigentlich den **Marinestützpunkt Kiel**, oder wollen sie ihn nicht? Was für einen Eindruck würde er hier von uns erhalten? Er würde den Eindruck gewinnen: Ja, die Sozialdemokraten wissen das noch nicht so ganz genau - im Prinzip ja, aus langer Tradition, aber so richtig einsetzen wollen sie sich dafür gar nicht.

Und wenn es dann besser ist, dann wollen wir die Liegenschaften haben - der Bund soll sie uns dann möglichst noch schenken, damit Sie dann Ihre unsinnigen Planungen darauf vollziehen können.

Herr Hentschel äußert sich hier - ich weiß gar nicht, wie. Sind Sie nun dafür, daß Kiel Marinestützpunkt bleibt, oder nicht? Ihre Presseerklärung war ja eigentlich viel deutlicher; hier haben Sie so getan, als sei das Schnee von gestern, als hätten Sie hier heute einen neuen Marinestandort eingenommen.

Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Partei einmal an die Debatten, die wir hier um die Standortverlagerungen des letzten Jahres geführt haben. Ich frage mich, ob es Olpenitz noch gäbe, wenn damals ein solches Geeiere abgelaufen wäre wie heute beim Marinestützpunkt Kiel. Ich kann mich daran erinnern, wie Teile der Landesregierung und auch der sozialdemokratischen Fraktion gesagt haben: Gott sei Dank haben wir uns in voller Breite und ganz massiv - sehr kurz und sehr knackig - für Olpenitz eingesetzt, und wir alle gemeinsam haben damit auch etwas erreicht.

Meine Befürchtung ist, daß die koalitionspolitische Räson von Rot-Grün hier dazu führen wird, daß falsche Signale ausgesandt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich würde das sehr ernst nehmen. Man kann natürlich darüber lachen, aber ich würde das sehr ernst nehmen; als Sozialdemokrat würde ich das sehr ernst nehmen, weil ich meine, daß gerade die

Klientel der Sozialdemokraten die Fragestellung berührt, wie ernst und wie konsequent sich eigentlich Sozialdemokraten für die Erhaltung des Marinestandorts Kiel einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

- Meine Feststellung ist - Herr Rossmann, Sie kommen doch gar nicht von hier; Sie kommen doch aus dem Hamburger Randgebiet und wissen doch gar nicht, was Schiffe hier bedeuten, mein Gott! -, meine Wahrnehmung ist einfach - und diese Wahrnehmung wird sich wahrscheinlich bestätigen -, daß Sie auch hier, weil Sie sich wechselseitig blockieren, keine eindeutigen und richtungweisenden Signale aussenden und Kiel deshalb das Nachsehen haben wird. Das werden wir anschließend alle beklagen. Die Sozialdemokraten werden sagen: „Die Bonner sind schuld!“ Nur, die Sache ist dann weg.

Wenn ich dann immer höre, was für wunderbare Konversionsprogramme hier gefordert werden, Frau Spoorendonk, ich finde das alles ja ganz toll. Aber was passiert dann daraus? Wir schaffen kleine Vulkan-Betriebe, die von öffentlichen Mitteln leben wie beispielsweise DST, die kein eigenes unternehmerisches Konzept haben und die anschließend beim Bundesverteidigungsminister anklopfen und darum betteln, daß man ihr Überleben dadurch sichert, daß sie Rüstungsaufträge bekommen. So stellen wir uns Konversion nicht vor.

Streuen Sie - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin, darf ich wenigstens meinen Satz zu Ende bringen?

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ja, ich warte seit fünf Minuten darauf, aber Sie reden, ohne einen Satz wirklich zu beenden.

(Heiterkeit - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wo gibt es denn so etwas! - Meinhard Füllner [CDU]: So geht es nicht! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das finde ich nicht so toll! - Zuruf von der SPD: Mein Gott, jetzt ist er beleidigt!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Nein, ich bin nicht beleidigt, aber man muß vielleicht auch einmal die Frage stellen - das werde ich demnächst im Ältestenrat tun -, ob die Art und Weise der Führung dieses Parlaments hin und wieder richtig ist.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Hans Wiesen [SPD]: Sie brabbeln doch den ganzen Tag dazwischen; ich kriege das doch immer mit! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kubicki, bitte, beenden Sie Ihren Satz, und sagen Sie, ob Sie die Zwischenfrage des Herrn Kollegen Weber zulassen.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin, ich gestatte die Zwischenfrage. Herr Kollege Weber!

Jürgen Weber [SPD]: Kollege Kubicki, ich habe vorhin ausgeführt: „Die SPD-Fraktion bekräftigt ihre Haltung, für den Erhalt des Bundeswehrstandorts Kiel einzutreten.“ Wie bringen Sie diesen Satz mit Ihrer Aussage in einen Zusammenhang, daß unsere Haltung unklar sei?

(Beifall bei der SPD)

- Das bringe ich im Kontext mit den sonstigen Formulierungen dieses Antrages zusammen, Herr Kollege Weber, weil dieser Antrag sehr viele Bedingungen - viele Wenn und Aber - enthält. Sie haben diesen zentralen Satz, der an sich der einzige entscheidende Satz ist, der die Leute draußen

interessiert - und der übrigens auch den Bundesverteidigungsminister interessieren wird -, in Watte eingepackt, damit er möglichst unbemerkt untergeht.

Wir sagen: Wir brauchen eine klare, eindeutige, nicht bedingte Aussage, wenn wir etwas erreichen wollen - und ich denke, wir wollen etwas erreichen -, als Signal von diesem Haus an die Landesregierung und vor allem an den Bund, etwas zu unternehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was erwarten Sie eigentlich von schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten der SPD, der CDU oder der F.D.P., was die bei der Haltung, die sie hier mitbekommen, in Bonn tun sollen? Was erwarten Sie von Ihrem Genossen Norbert Gansel, was er tun soll, und was erwarten Sie von Jürgen Koppelin, von Austermann und anderen? Die sollen sich massiv dafür einsetzen, daß der Bundeswehrstandort Kiel erhalten bleibt, wenn wir hier feststellen, daß die Regierungsfractionen in dieser Angelegenheit völlig unterschiedliche Haltungen einnehmen? Herr Hentschel sagt uns, „wir wollen das gar nicht, weil wir“ - wie er in der Presse formuliert hat - „ein militärfreies Schleswig-Holstein wollen“. Glauben Sie wirklich, daß dies die entscheidend richtigen Botschaften sind?

Ich glaube dies nicht. Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Antrag von F.D.P. und CDU, der eindeutig und klar ist, der nicht verwässert ist, und ich bitte die Präsidentin - wenn sie das jetzt wahrnimmt -, diese Anträge alternativ zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel. - Herr Abgeordneter Kubicki, ich habe eben zwei Minuten lang abzuwarten versucht, bis Sie einen Satz beendet haben würden, um Sie zu fragen, ob Sie die Zwischenfrage zulassen. Meine Bemerkung ging dahin, daß ich durchaus auf das Ende eines Satzes warten wollte, weil es nicht meine Art ist, einen Redner in einem Satz zu unterbrechen.

Herr Hentschel, Sie haben das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es imponierend, daß hier immer das Wort „Eierei“ gebraucht wird. Wo zur Zeit in dieser Republik aber am meisten geeiert wird, das braucht man überhaupt nicht mehr zu sagen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja, bei den Grünen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie mal etwas ganz Klares, Herr Hentschel!)

Es geht darum, daß der Antrag der Oppositionsparteien hier schlicht das Thema verfehlt hat.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Es ist schlicht und einfach das Thema verfehlt worden, denn es geht darum, daß schon seit Jahren große Flächen in Kiel - in bester Lage - einfach nicht genutzt werden, herumliegen. Seit Jahren fordern die Grünen: Nutzt diese Flächen, fangt endlich mit der **zivilen Umgestaltung** an!

Gehen Sie mal hinüber auf die andere Seite der Förde und gucken Sie sich das an. Das gilt auch für die Flächen bei der Tirpitzmole. Gucken Sie sich das an! Die Nutzung der militärischen Flächen in Kiel ist nur noch zu einem geringen Teil gegeben. Sie ist immer mehr zurückgegangen, und man hat noch nicht damit angefangen, in die Konversion, in die zivile Nutzung einzusteigen. Es geht darum, diesen Prozeß in Gang zu bringen. Genau das hat ja interessanterweise die Bundesregierung eingefordert. Sie hat nämlich gesagt: Wenn ihr nicht endlich anfangt, das mit zu nutzen - denn das ist für uns zu teuer -, dann hauen wir ab. - Genau das ist gesagt worden.

Anstatt auf diese Frage einzugehen und diese Frage durch eine Resolution hier im Landtag zu beantworten, wird eine lächerliche Resolution mit dem Inhalt gemacht: Wir wollen die Marine hierbehalten. - Das ist schlicht am Thema vorbei. - Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Volquartz.

(Angelika Volquartz [CDU]: Nein, ich hatte eine Zwischenfrage an Herrn Hentschel!)

- Es tut mir leid. Das ist nicht deutlich geworden.

Dann hat Herr Abgeordneter Stritzl das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Volquartz hat für uns das Wesentliche gesagt.

Herr Hentschel, anstatt hier einen solchen Wortschwall zu verbreiten, sollten Sie klipp und klar die Frage beantworten: Wollen Sie, daß **Kiel** als **Marinestandort** erhalten bleibt, ja oder nein?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht die Entscheidung, die der Landtag zu treffen hat!)

- Es ist die Frage, ob Sie sich politisch dafür einsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Wissen Sie, ich bin es langsam leid: Sie treiben einen nach dem anderen aus der Stadt, schreien hinterher: „Haltet den Dieb“, und zeigen nach Bonn. So geht es nicht.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch, was mit den Flächen passieren soll!)

Frau Ministerpräsidentin, ich bitte Sie: Kommen Sie hierher, und sagen Sie uns - auch als Kieler Ostufer-Abgeordnete -, wie Sie dies sehen. Es ist für uns - auch für das Arsenal - natürlich wichtig, ob wir in Kiel die Möglichkeit erhalten, standortnah Marineschiffe zu haben. Es ist für das Arsenal und

damit natürlich auch für den Standort und die Arbeitsplätze auf dem Ostufer von entscheidender Bedeutung, ob aktive Marineeinheiten in Kiel liegen. An dieser Gretchenfrage kommen Sie nicht vorbei.

Das ist die Frage, die Sie heute mit Ja oder mit Nein beantworten müssen. Mit einem Vielleicht kommen wir nicht weiter; Sie mögen intern Kompromisse finden. Den Arbeitsplätzen aber erweisen Sie damit einen Bärendienst. Damit erweisen Sie auch der Stadt einen Bärendienst. Damit schaden Sie dem Land und das können wir nicht zulassen. Also, kommen Sie hierher, und sagen Sie: Jawohl, wir sind für einen vernünftigen Kurs in bezug auf die Marineeinheiten, um Arbeitsplätze und Zukunftspotential in dieser Stadt und im Land Schleswig-Holstein zu erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich für einen Drei-Minuten-Beitrag zu Wort gemeldet, weil ich kurz einige Bemerkungen machen möchte.

Zunächst zu Ihnen, Frau Volquartz. Sie haben hier heute wirklich Bemerkenwertes gesagt.

(Rhythmisches Klatschen bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kindergarten!)

- Ich warte gern noch länger. - Sie haben hier etwas gesagt, vor dem ich den Bundesverteidigungsminister und die Herren im Bundesverteidigungsministerium, die ich als sachliche Gesprächspartner kennengelernt habe, einfach in Schutz nehmen muß. Sie haben nämlich gesagt, denen in Bonn sei sozusagen der Kragen geplatzt und der Brief, der jetzt an Kiel gerichtet worden ist, sei gewissermaßen die rote Karte für die Stadt Kiel gewesen.

(Zurufe von der CDU: Die gelbe!)

- Die gelbe Karte, gut; das ist ja die Vorstufe. Ich korrigiere mich gern: die gelbe Karte.

Ich hoffe immer noch darauf, nein, ich bin mir sicher, daß die Entscheidungen in der Bundeswehr zu Standorten nach sachlichen und strategischen Kriterien gefällt werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Zweite Bemerkung. An die Debatte um den **Standort Olpenitz** erinnere ich mich sehr gut; das war in der letzten Wahlperiode. Man sollte hier mindestens so ehrlich sein zu sagen, Herr Dr. Hennig, daß uns damals die Führung der Bundeswehr, insbesondere der Marine, hier im Lande davor gewarnt hat, so zu entscheiden, weil dies, so haben sie damals gesagt, mit Folgen für den Standort Kiel verbunden ist. Ich glaube, das müssen wir heute der Ehrlichkeit halber einräumen. Das ist auch in Gesprächen, die ich vorgestern beim Bundeswehrverband geführt habe, wiederholt worden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Von Ihnen, wahrscheinlich!)

- Nein, nicht von mir. Ich will jetzt nicht aus Vier-Augen-Gesprächen zitieren. Aber es ist so, daß das von seiten der Bundeswehr kam. Ich finde, dies muß der Ehrlichkeit halber gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will heute nicht die Entscheidung von damals in Frage stellen. Sie war strukturpolitisch sicherlich richtig, und sie war notwendig. Aber man kann nicht alles in Kiel behalten wollen

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Alles nicht, aber das, was wir haben!)

- ich komme dazu noch -, wenn es in Olpenitz so konzentriert ist, wie es damals der Fall war. Es war richtig, damals so zu entscheiden.

Dritte Bemerkung. Ich finde, man macht es sich verdammt leicht, wenn man von einem bundeswehr- und marinefeindlichen Verhältnis der SPD in Kiel spricht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das kennen Sie doch selber!)

- Hören Sie doch einmal einen Augenblick zu! Wenn Sie einmal eine ruhige Stunde haben, dann lesen Sie einmal nach, oder denken Sie einmal darüber nach, woran das liegt. Das ist keine platte Bundeswehr- oder Marinefeindlichkeit, sondern das hat etwas damit zu tun, daß diese Stadt als **Reichskriegshafen** aufgebaut wurde und zu Blüte und Wohlstand gekommen ist, aber eben auch völlig zerstört worden ist. Damit hat es etwas zu tun. Das ist nicht einfach so platt abzutun. Darüber kann man gelegentlich vielleicht einmal nachdenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was hat das mit der Bundesmarine zu tun?)

- Wenn Sie doch einmal bis zu Ende zuhören würden, dann könnten Sie die dritte Bemerkung vielleicht dem zuordnen, was ich eben gesagt habe!

Die Bundeswehr, die Marine von heute ist nicht mehr die Reichswehr und nicht mehr die Wehrmacht von damals, nein. Deswegen hat auch die SPD in Kiel ihr Verhältnis zur Marine neu definiert. Das fällt manchen noch schwerer als anderen. Aber ich akzeptiere und respektiere, daß dies so ist. Ich sage: In dem Maße, wie die Ostsee das Meer des Friedens geworden ist, ist die Bundeswehr, ist die Marine zu Teilen verzichtbar geworden. Aber das, was jetzt noch da ist, soll in Kiel bleiben.

Ich sage als letztes: Natürlich gehört die Gorch Fock zu Kiel wie die Flottenbesuche zur Kieler Woche.

Wenn Sie noch ein Bekenntnis hören wollen - Sie haben es ja immer so gerne, daß wir hier Bekenntnisse ablegen -, dann sage ich Ihnen: Ich bin dafür - das sage ich für die gesamte SPD-Fraktion -, daß wir uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß **Kiel Marinestützpunkt** bleibt. Ich frage mich ernsthaft, was Sie dagegen haben können, daß dies sozial abgefedert wird, so, wie es in unserem Antrag steht. Ich frage Sie ernsthaft, was man dagegen haben kann, daß begleitend Konversionsmaßnahmen durchgeführt werden. Ich

frage Sie wirklich, was man gegen eine kombinierte zivil-militärische Nutzung, wie es hier noch einmal ausgeführt ist, haben kann. Im Grunde könnten Sie unserem Antrag zustimmen; aber das wollen Sie nicht. Ich fordere Sie auf, darüber noch einmal nachzudenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin Simonis!

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Stritzl, Ihrer Aufforderung, ich solle hier ans Pult treten, bedarf es keineswegs. Vielmehr warte ich, wie es sich gehört, bis ich durch das Präsidium das Wort erteilt bekomme. Anders als der Kollege Kubicki habe ich es als alte Parlamentarierin gelernt, daß die Spielregeln in einem Parlament durch das Präsidium festgelegt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Heiterkeit, die seit ungefähr einer Stunde auf der rechten Seite herrscht, mag etwas mit dem gelungenen „KN“-Empfang zu tun haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist selbst unter Ihrem Niveau!)

Den 600 Betroffenen aber müßten, wenn sie Sie in der letzten Stunde erlebt hätten, eigentlich die Haare ausfallen.

Ich habe es noch nie erlebt, daß sich jemand bei der Debatte über einen so wichtigen Punkt wie diesen so vor Lachen ausschüttet, wie Sie es angesichts des Hinweises von Herrn Hentschel getan haben, daß Bundeswehrangehörige in ihrem Leben bis zu elfmal umziehen müssen. Sie konnten sich gar nicht genug darüber ausschütten vor Lachen, was es für manche Leute bedeutet, elfmal die Heimat zu verlieren. Ich habe Ihnen zugeschaut. Es war interessant. Man hätte es auf Video aufnehmen sollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch bei der CDU)

Der Ehrlichkeit halber sei gleich festgehalten, daß ich die politische Meinung von Herrn Hentschel nicht ganz teile. Aber es ist eine andere Geschichte, wie man die Meinung eines anderen aufnimmt.

Solange es eine demokratisch bestimmte und vom Bundsparlament kontrollierte Bundeswehr gibt, ist Kiel ohne Marine für mich nicht vorstellbar. Das hätte ich gesagt, Herr Stritzl, auch ohne daß Sie hier oben im Tone eines verunglückten Don Juan geschrien hätten: Kommen Sie an diesen Platz hier!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Heiterkeit - Martin Kayenburg [CDU]: Dürfen wir darüber wenigstens lachen? - Heiterkeit)

Die **Marine** hat in **Kiel** eine sehr lange Tradition, wengleich diese nicht immer glücklich war. Aber sie hat sich in der Friedenszeit inzwischen einen Ruf erworben, der es uns allen ermöglicht, sich mit ihr zu identifizieren.

Sie ist immer noch ein wichtiger Arbeitgeber, Ausbilder, direkter und indirekter Steuerzahler und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In dieser Funktion muß und sollte sie der Stadt erhalten bleiben. Auch die „Bürger in Uniform“, egal aus welchem Truppenteil sie kommen, sind Bürger unseres Landes und unserer Kommunen, die wir gern bei uns behalten wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Diskussion - daran müßte sich Herr Dr. Hennig noch erinnern - haben wir eine ganze Zeit geführt, als wir uns an anderer Stelle über die **Truppenreduzierung** unterhalten haben. Dabei hat sich niemand von uns den notwendigen Veränderungen verschlossen, die damit einhergehen, wenn sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Feindbilder und Bedrohungspotentiale ändern. Das bedeutet: Wenn die **militärische Bedrohung** unseres Landes abnimmt, sind wir froh. Dann haben wir uns darüber Gedanken zu machen, ob die militärische Präsenz noch so notwendig ist wie früher. Das muß irgendwo Konsequenzen haben, auch für die Stärke unserer Streitkräfte. Wie

das aus sicherheitspolitischen Gründen im einzelnen zu gestalten ist, gehört in den Aufgabenbereich des Bundes und ist nicht Gegenstand dieser Debatte.

Gegenstand dieser Debatte muß es sein, daß Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt bereits die Hauptlast des Truppenabbaus zu tragen haben. Nach den bisherigen Planungen werden in ganz Schleswig-Holstein 43 % der Arbeitsplätze für Soldaten und ziviles Personal abgebaut, die wir noch 1991 hatten; in Kiel sind es sogar 59 %. 7000 Arbeitsplätze gehen verloren; über die Hälfte davon gibt es bereits nicht mehr.

Kiel hat sich trotz dieser Situation damals zu dem Opfer für Olpenitz bereit erklärt, weil man gesagt hat: Die Landeshauptstadt hat größere Chancen, damit regionalpolitisch fertig zu werden, als Olpenitz.

Wenn der **Marinestützpunkt** geschlossen wird, sollen noch einmal 600 weitere Arbeitsplätze gestrichen werden - und das, wenn man Frau Volquartz glauben darf, aus einem schlichten Racheakt der SPD gegenüber. Das nenne ich Sicherheitspolitik. Ich muß Ihnen sagen: Es würde mir den Schlaf rauben, wenn Herr Rühle wirklich so handelte. Da ich weiß, daß er nicht so handelt, können wir einigermaßen sicher sein, daß unsere Sicherheitspolitik in vernünftigen Händen ist.

Daß der Marinestützpunkt Kiel nach den jetzigen Planungen im Jahr 2003 eine betriebswirtschaftlich kritische Größenordnung erreicht, wurde uns von militärischen Kennern bereits mehrfach gesagt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aha!)

- Ja, das wurde uns gesagt. Wir alle haben damals trotzdem der Verlagerung nach Olpenitz zugestimmt, weil wir gesagt haben: Olpenitz geht unter, wenn sie das nicht bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Da waren Sie dabei, Herr Dr. Hennig, Sie und Ihre Fraktion. Sie haben sich in Kappeln und Olpenitz feiern lassen, als wir damals diesen Beschluß gemeinsam begrüßt haben. Lesen Sie einmal Ihre eigenen Reden nach, wenn Sie schon nicht die von anderen nachlesen.

(Holger Astrup [SPD]: Wenigstens das!)

Was wird denn aus dem versprochenen Erhalt des **Marinearsenals**, wenn die Marine in Schleswig-Holstein und in Kiel stückchenweise, salamistückchenweise abgezogen und nach Cuxhaven und Wilhelmshaven verlagert wird? Was soll aus einem der wichtigsten **Ausbildungs- und Arbeitsplätze** bei uns in Kiel und in Schleswig-Holstein werden?

Es ist gut, daß die Landeshauptstadt Kiel - vielleicht ein bißchen spät, aber immerhin - konstruktiv auf das Angebot der Bundeswehr eingehen will, die Schließung des Stützpunktes durch ein gemeinsames **Konzept für eine zivil-militärische Nutzung** zu verhindern. Das heißt: Jetzt muß es aufhören mit dem gegenseitigen Schuldzuschieben, jetzt muß gemeinsam an einem Strang gezogen werden, und vor allem in eine Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist bereit mitzuhelfen. Die Stadt kann auf unsere Mitarbeit zählen. Dabei ist es vollkommen unwichtig, wer welcher Partei angehört, wenn er uns einen vernünftigen Vorschlag macht, um die zivil-militärische Nutzung dieses freiwerdenden Geländes ab 2003 sicherzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das **Wirtschaftsministerium** hat eine Stelle, die man anlaufen kann. Der Wirtschaftsminister ist ein Ansprechpartner. Soweit ich das in der Vergangenheit beobachten konnte, ist sowohl das Militär als auch der zuständige Minister ein Ansprechpartner für Probleme, die im Zusammenhang mit der Truppenreduzierung auftreten können, gewesen.

Wir müssen mit einem neuen Nutzungskonzept nicht nur die 600 bedrohten Arbeitsplätze retten, sondern wir müssen uns darauf einstellen, daß damit unter Umständen eine langfristig anlaufende notwendige Umstrukturierung des **Tirpitzhafens und der Scheermole** einhergehen. Dieses neue Nutzungskonzept würde sich gut in die neue Strategie der Landesregierung einfügen, die im übrigen von der Landeshauptstadt Kiel zusammen mit uns verfolgt wird.

Eckpunkte dieser Strategie sind der dritte Fährterminal, die Hörsanierung, der Gewerbepark in Kiel-Wik und das Kieler Innovations- und Technologiezentrum. Allein damit sind Investitionen in Höhe von 140 Millionen DM verbunden. Hinzu kommen Landes- und EU-Mittel für die Konversion in Rüstungsunternehmen.

Wenn wir uns bereit erklären, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir hier Konversion betreiben, bedeutet das, daß wir Bonn insgesamt ungern aus seiner Verantwortung entlassen wollen. Uns sind Konversionshilfen zugesagt worden, die bis heute nicht eingegangen sind. Bonn steht aus meiner Sicht immer noch in der Verpflichtung, die 1991 versprochenen **Konversionsprogramme** vorzulegen und mit uns zu diskutieren.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung steht immer noch in der Pflicht, die Streitkräfte gerecht und für alle Beteiligten sozialverträglich zu reduzieren und nicht in einem Land wie Schleswig-Holstein zu der Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen beizutragen, die auf 100 % gegangen wäre, wenn die ursprünglichen Pläne durchgesetzt worden wären. Ich bin dankbar, daß Kollegen aus der Opposition mitgegangen sind und gemeinsam mit uns vor Ort in den vier bedrohten Standorten diskutiert haben. Sie haben vergessen, daß die damals dabei waren, weil es heute darum geht, einen Punkt zu machen in der Hoffnung, es erinnert sich keiner daran, daß wir zusammen schon einmal ein ganzes Stück weiter waren, als Sie heute freiwillig zugeben wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die Haltung der Grünen hat diese Einigkeit zurückgeworfen!)

- Die Bonner sind nicht so dumm, wie Sie sie gern darstellen wollen. Sie wissen, daß sie sich auf ein Wort, das die Landesregierung gibt, verlassen können.

Wenn wir sagen, wir werden uns mit für eine Truppenreduzierung einsetzen und für Verständnis

werben, wenn wir Mittel bekommen, alternative Arbeitsplätze anzubieten, kann man sich auf uns verlassen. Ich möchte gern, daß dies im Protokoll ausdrücklich vermerkt wird.

Einen Hafen dichtzumachen, ist eine einfache Lösung. Mit dem Schicksal von 600 Mitarbeitern und deren Familien fertig zu werden, die wieder umziehen müssen, ist nicht so einfach. Die Aufgabe, das zu erklären, wird freundlicherweise meist uns überlassen. Das bedeutet, wir müssen uns eine gemeinsame künftige **Nutzung des Kieler Marinestützpunktes** einfallen lassen. Wenn der zuständige Hafendirektor Rüdel sagt, auf Bonn sei kein Verlaß, befürchte ich, daß ich mich dazu hinreißen lassen könnte, eines Tages zu sagen: „Wo der Mann recht hat, hat er recht.“ Investitionen sind nur schwer zu tätigen, wenn man einen Partner hat, auf den man sich nicht verlassen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wir wollen, daß die Marine in Kiel bleibt. Wir wollen, daß das Marinearsenal in Kiel bleibt. Wir wollen den politisch notwendigen Truppenabbau. Wir wollen ihn aber zusammen mit der Bundesregierung als Chance begreifen, das Entwicklungspotential dieser Stadt auszubauen.

Natürlich wird auch das Schicksal des Bunkers entschieden, Frau Volquartz.

(Angelika Volquartz [CDU]: Wann?)

Wie Sie wissen, gibt es im Denkmalschutz ein Abwägungsgebot. Es gibt ein Gerichtsurteil über den Denkmalschutz des **Bunkers Kilian**. Im Rahmen dieses Abwägungsprozesses muß natürlich angesichts der neuen Entwicklungen zumindest noch einmal nachgefragt werden, ob der oberste Denkmalschützer bei seiner Meinung bleibt oder zu einem anderen Ergebnis kommt. Sobald die Antwort vorliegt, werden wir im Licht der neuen Erkenntnisse, der Möglichkeiten, die uns aus Bonn geboten werden, und der Möglichkeiten einer militärischen und privaten Nutzung ein gemeinsames Nutzungskonzept erarbeiten. Es wäre schön, wenn der Wahlkampf um den Oberbürgermeister in Kiel nicht hier, sondern an einer Stelle stattfände, an der sich 600 Leute wehren können.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Volquartz.

(Konrad Nabel [SPD]: Sie möchte gern Ehrengenerälin werden!)

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, ich glaube, hier muß einiges klargestellt werden.

(Widerspruch bei der SPD)

Erstens hat die Stadt, das heißt haben sich die Sozialdemokraten und die Grünen in der Stadt nicht mit Nachdruck für den **Erhalt des Marinestandorts** eingesetzt. Sonst hätten sie im September dieses Jahres der Resolution der CDU zugestimmt, die **Einsatzgruppen-Versorgerschiffe** nach Kiel zu holen.

Zweitens haben Sie zugesagt, daß im November dieses Jahres durch das Kabinett eine Entscheidung darüber fällt, was den **Abriß der Bunkerruine** betrifft. Ich bitte Sie, sich nicht weiter auf die Denkmalschützer zurückzuziehen, sondern eine politische Entscheidung zu treffen - so, wie es hier im Parlament auch vereinbart war.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Drittens zu dem salamistückchenweisen Abzug der Marine aus Kiel, wie Sie es ausgedrückt haben! Wer hat denn in all den Jahren dazu beigetragen? Das waren doch nicht die Christdemokraten! Wir haben hier in Kiel immer zur Marine gestanden, aber die Sozialdemokraten nicht.

(Widerspruch bei der SPD)

Dazu muß daran erinnert werden, was die sozialdemokratischen Kollegen in Stadt und Land zum Marinestandort und zu den Streitkräften insgesamt gesagt haben.

Noch eines! Ich glaube, Sie verschätzen sich ein bißchen mit Herrn Rühle und dem gesamten **Verteidigungsministerium**. Ich habe gestern abend noch einmal telefoniert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Konrad Nabel [SPD]: Die erste Qualifikationshürde ist genommen! Telefonieren kann sie!)

- Okay! - Seit 1994 wartet das Verteidigungsministerium auf ein **Konzept der Stadt Kiel**. Im Januar werden fast drei Jahre vergangen sein. Bis heute ist kein Konzept von der Stadt Kiel nach Bonn gegangen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Es ist so, wie ich es gesagt habe, Frau Erdsiek-Rave: Den Bonnern platzt der Kragen, wenn nicht bald etwas kommt.

Ein Letztes zur Pressemitteilung der Sozialdemokraten, was die Konversionsmittel anbetrifft!

(Holger Astrup [SPD]: Welches Datum?)

Nach Beschluß der Bundesregierung und der Länder wurde die **Mehrwertsteuer** um zwei Prozentpunkte angehoben. Das ergab Mehreinnahmen von 9 Milliarden DM. Diese Einnahmen waren der **Ausgleich für die Truppenreduzierung**.

(Holger Astrup [SPD]: Diese Rechnerei haben Sie doch letztes Jahr schon nicht verstanden!)

Das müßten Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen.

Frau Erdsiek-Rave, ein Letztes zu Ihnen. Wenn Sie so klar, wie Sie es hier gesagt haben, ja sagen zum Erhalt des Marinestützpunktes Kiel, dann hätten Sie dem Antrag von CDU und F.D.P. ohne Wenn und Aber zustimmen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Er ist ein bißchen zu schlicht!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der rot-grüne Teil dieser Debatte hat dem Anliegen nicht geholfen.

(Ursula Kähler [SPD]: Der andere auch nicht!)

Es wäre einfach notwendig gewesen, sich heute hinzustellen und zu sagen: Wir sind alle unisono für den **Erhalt des Marinehafens in Kiel**, wir fordern dies, und wir beschließen dies gemeinsam.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber genau dazu sind Sie nicht in der Lage, weil die einen „hü“ und die anderen „hott“ sagen, und Sie, Herr Hentschel, am allermeisten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es nicht verstanden!)

Zweiter Punkt: Wenn die Frau Ministerpräsidentin sagt - das ist ja eine ganz neue Erkenntnis aus ihrem Munde -, die Bonner sind gar nicht so dumm, dann sollte sich das durchgehend bei ihr als eigene gute Erkenntnis verbreiten. Nur, dann müßte sie zwei Drittel ihrer Reden in Zukunft völlig anders halten, als sie dies bisher getan hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Drittens: Die **Konversionsmittel** - das hat Angelika Volquartz klargestellt - sind geregelt. Oskar Lafontaine hat sich im Bundesrat dafür bedankt, daß der Steueranteil entsprechend um zwei Prozentpunkte angehoben worden ist, und zwar als Ausgleich für diese Konversionsregelung. Sie wissen das sehr genau und behaupten immer wieder wahrheitswidrig das Gegenteil.

Viertens: Ich kann mich sehr gut an die „Kieler Woche“ vor - sagen wir einmal - fünf Jahren erinnern. Da gab es einen Flottenbesuch aus Amerika. „Ohio“ hieß das große Schiff. Man mußte sich auf dieses Schiff geradezu schleichen, weil es

von der Kieler SPD und der rot-grünen Stadtregierung boykottiert wurde.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es gab nicht einen einzigen Besucher der Sozialdemokraten auf diesem Schiff. Die Amerikaner haben einen vernichtenden Eindruck von der Bundeswehr und der Alliiertenfreundlichkeit der Kieler Stadtregierung bekommen.

Dies alles, meine Damen und Herren, steckt auch der **Bundeswehr** in den Knochen, und dies über Jahrzehnte hinweg. Und wenn man dies in Rechnung stellt, fällt der dumme Satz, dies sei ein Racheakt. Nein, Frau Ministerpräsidentin, dies ist einer von zehn Maßstäben, nach denen in Deutschland stationiert wird. Es ist ein ganz sachlicher Maßstab, daß die entsprechende Akzeptanz der Bevölkerung und der jeweiligen Kommune vorhanden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist ein sachliches Kriterium, das Ihre rot-grünen Freunde hier in Kiel in den vergangenen Jahren nie erfüllt haben.

Vorletzter Punkt, Olpenitz! Die Entscheidung für **Olpenitz** war eine gemeinsame, und sie war eine richtige Entscheidung. Sie heute anzuführen, zeigt, daß Sie von dem Thema wirklich überhaupt nichts begriffen haben.

(Unruhe bei der SPD)

- Ich nehme Ihnen das nicht übel. Ich nehme es Ihnen wirklich nicht übel. - Es war aus strategischen Gründen richtig, daß die Schnellboote draußen in der Ostsee bleiben, wo wir eine Milliarde in einen Einödstandort investiert haben, der sonst eine Marina geworden wäre und überhaupt keinen Sinn machte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Entscheidung war richtig. Sie hat aber gar nichts damit zu tun, daß wir den verbleibenden Rest jetzt in Kiel behalten wollen. Dafür - das ist der letzte Punkt, Herr Präsident -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß!

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

ist es notwendig, daß wir uns - und zwar gemeinsam - für den Erhalt des Marinehafens hier einsetzen. Dafür ist es notwendig, daß die Stadt Kiel nach drei Jahren endlich ihre Schularbeiten macht. Dafür ist es notwendig, daß Sie die rot-grünen Zwistigkeiten an dieser Stelle beenden, um überhaupt Glaubwürdigkeit verbreiten zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Heiße Luft!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erstens! Man muß es leider offenbar immer wieder wiederholen, obwohl es eigentlich gar keinen Grund dafür gibt: Für die Sozialdemokraten hier und für die Sozialdemokraten in der Stadt gibt es keinen Zweifel daran, daß wir uns mit allem Nachdruck, den man entfalten kann, dafür einsetzen,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist überhaupt nicht wahr! Sie haben sich im Zusammenhang mit Olpenitz noch nicht einmal mit einer Postkarte eingesetzt!)

daß der **Marinestützpunkt** erhalten bleibt. Wer mich kennt, weiß, ich mag Polemik nicht so sehr. Aber ich habe langsam wirklich den Eindruck, daß Sie es schlicht und einfach nicht abkönnen, daß sowohl hier im Hause als auch - ich sage einmal zeitgleich - heute in der Ratsversammlung in Kiel Einvernehmen herrscht,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

in sehr unterschiedlicher Bandbreite, aber eben Einvernehmen herrscht. Da sage ich: Seien wir doch

froh darüber, daß in der Stadt mit jenem Nachdruck exakt diese Position erreicht wird.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist doch bei Ihnen kein Einvernehmen!)

Zweitens zum **Bunker!** Jeder kennt meine persönliche Meinung zum Bunker.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie überschätzen sich! Ich kenne sie noch nicht!)

- Sie kennen sie nicht? Ich habe sie öffentlich dargelegt, sie stand in der Zeitung. Ich habe immer wieder formuliert, daß wir hier im Interesse der Stadtentwicklung etwas für die **Hafenerweiterung** tun müssen und daß diese Spuren der Geschichte von der Bevölkerung nicht wirklich als Spuren wahrgenommen werden. Das ist meine Abwägung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen ist auch eine politische Entscheidung erforderlich.

Aber ich füge hinzu: Ich respektiere nicht nur, daß es Gesetze gibt, sondern ich respektiere es auch, wenn es Abwägungen zu treffen gilt, und daß man, wenn in den verschiedenen Waagschalen Pfunde liegen, wenn es auch neue Situationen und neue Erkenntnisse gibt, noch einmal neu abwägt und daß man all das, was an neuen Ideen und auch an neuen Entwicklungen - und vielleicht auch an neuen Möglichkeiten, unterschiedliche Interessen zusammenzubringen - vorhanden ist, mit einbezieht. Wenn das alles auf den Tisch kommt, sollte man es ordentlich und ohne Hektik abwägen, aber so, daß wir irgendwann einmal zu dem Ergebnis der Hafenerweiterung kommen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Möglichst bald!)

Ich sage Ihnen: Die **Ratsversammlung** der Landeshauptstadt **Kiel** hat hier in gleicher Weise exakt durchdekliniert, welches die Voraussetzungen sind. Da können Sie nicht immer den Sozialdemokraten etwas ans Bein binden und von Wirtschaftsfeindlichkeit und Bundeswehrfeindlichkeit sprechen.

(Zurufe von der CDU)

Ein Drittes und Letztes! Ich glaube, es ist zehn, vielleicht 14 Tage her, da habe ich im Wahlkreis Nord eines dieser Grundstücke, von denen Herr Hentschel völlig zu Recht sagt, es seien Perlen, es seien Filetstücke, die wir für die Stadtentwicklung brauchten, besucht. Dort bin ich mit den Vertretern der Eigentümer, der Bundeswehr, herumgegangen und habe mir das angesehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Rolf Schroedter [SPD]:

Ich sage Ihnen: Man bekommt glänzende Augen. Aber man ärgert sich dann gleich wieder, wenn man von allen Seiten unterschiedliche Schriften über die Frage bekommt, wann das Bundesverteidigungsministerium denn bereit ist, diese oder jene Fläche zu übergeben.

Das heißt, **Stadtentwicklung** bemüht sich sehr, aber sie krankt auch ein wenig daran, daß **Planungsunsicherheit** besteht

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum Schluß!

Rolf Schroedter [SPD]:

und daß alle vier Wochen unterschiedliche Antworten auf die Frage gegeben werden, wann diese oder jene Perle freigegeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Hennig, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie das

Beispiel des Schiffes - „Iowa“ hieß es übrigens - angeführt haben.

(Holger Astrup [SPD]: Ich weiß das, er aber nicht!)

Die Stadtpräsidentin dieser Stadt hat sich damals tatsächlich hervorgetan und gegen diesen Besuch demonstriert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Standortfreundlichkeit einer Bevölkerung und der Kommunalpolitiker in Bonn eine Rolle spielt.

Frau Erdsiek-Rave, hier im Landtag war in dieser Woche eine Besuchergruppe. Von Ihrer Fraktion war Herr Plüschau dabei. Das waren Staboffiziere aus Hannover, die genau das gesagt haben. Es ist völlig klar, daß das Image eines Standortes bei den Entscheidungen in Bonn natürlich mitberücksichtigt wird. Das müssen wir nun einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich einmal etwas Positives, was ich aus dieser Debatte mitgenommen haben, sagen. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, und ich finde das richtig gut, daß die SPD, und zwar alle, die hier gestanden haben, sich ganz eindeutig für den **Marinestützpunkt Kiel** ausgesprochen haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bedanke mich dafür. Ich finde es gut für Kiel, daß das so ganz klar geworden ist. Aber eines ist bei dieser Debatte auch klar geworden: daß es das Problem der Grünen hier in diesem Landtag und der Grünen in dieser Landesregierung ist, daß wir eben nicht einstimmig zu dieser Aussage kommen können. Ich bedauere das zutiefst.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der war doch schon einmal nach § 56 Abs. 4 an der Reihe!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, daß wir Grünen die Frage der Bundeswehr nicht primär unter dem Aspekt Standortpolitik und Regionalwirtschaft betrachten. Wir haben aber immer deutlich gemacht - das sage ich auch -: Wenn man **Truppenabbau** betreibt, muß man sich Gedanken darüber machen, wie man den Menschen gerecht wird, muß man auch die Fragen einer **regionalen Gewichtung** durchaus beachten. Das haben wir immer deutlich gemacht - sowohl im Kieler Rat als auch hier im Landtag.

Ich wollte aber jetzt noch auf einen Punkt eingehen, nachdem Herr Hennig hier eine Reihe von Punkten aufgezählt hat, von denen nur ein einziger überhaupt ein sachliches Thema berührt hat;

(Holger Astrup [SPD]: Höchstens!)

alle anderen Punkte lagen ja auf der metaphysischen Ebene.

Der einzige sachliche Punkt, um den es ging, war die Aussage, daß es für die Länder bereits KONVER-Mittel gibt, nämlich 2 % von der Umsatzsteuer. Dazu muß ich sagen, daß diese Mittel Gelder im Rahmen des Solidarpaktes „Deutsche Einheit“

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Quatsch!)

und im Rahmen des Länderfinanzausgleichs sind, den wir jetzt alle für die fünf neuen Länder zu zahlen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Einen spezifischen Ausgleich für Bundeswehrstandorte, die ja völlig unterschiedlich sind, weil die Bundesländer davon völlig unterschiedlich betroffen sind, hat es bis heute nie gegeben. Ein solcher spezifischer Ausgleich wird deswegen von uns weiter eingefordert. Das ist eine Sache, die niemals in irgendeiner Weise erledigt wurde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist alternative Abstimmung beantragt worden. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich stelle zunächst den Antrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Ich stelle dann den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nein, es ist ein SPD-Antrag!)

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Es ist ein SPD-Antrag! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist ein dankenswerter Hinweis, Herr Präsident! - Holger Astrup [SPD]: Das ist ein SPD-Antrag, Herr Präsident!)

- Wenn es eine Korrektur meiner geschäftsleitenden Bemerkungen gibt, müssen Sie mir das sagen.

(Zuruf: Das ist ein SPD-Antrag!)

- Ich korrigiere mich. Ich stelle jetzt den Änderungsantrag der SPD zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest: Dieser Änderungsantrag hat die Mehrheit gefunden. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Gerckens [SSW]
Drucksache 14/271

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Gerckens [SSW]
Drucksache 14/356

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksachen 14/287 und 14/371

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Maurus, das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Drucksache 14/254 hat der **Präsident** des Schleswig-Holsteinischen Landtages den **Bericht** über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten vorgelegt. Am 25. September 1996 hat sich der Landtag mit diesem Bericht sowie mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes befaßt. Dieser liegt Ihnen mit der Drucksache 14/271 vor und wurde im Plenum erläutert. Es geht hierbei um die **Erhöhung der Diäten** um 1,5 %.

Der Landtagspräsident hat bei seinen Ausführungen damals deutlich gemacht, daß es sich dabei unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung um eine angemessene Erhöhung handelt. Der Innen- und Rechtsausschuß hat sich am 2. Oktober mit diesem Gesetzentwurf auseinandergesetzt und empfiehlt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesen Entwurf anzunehmen.

Zu diesem Ursprungsantrag gibt es den Änderungsantrag Drucksache 14/356. In diesem Änderungsantrag, mit dem sich der Innen- und Rechtsausschuß in seiner gestrigen Sitzung

beschäftigt hat und dessen Annahme er einstimmig empfiehlt, geht es um drei weitere **Änderungen des Abgeordnetengesetzes**.

Erstens: § 25 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes soll geändert werden. § 25 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes regelt den Zuschuß zu den Beiträgen zur **Kranken- und Pflegeversicherung** der Abgeordneten. Die empfohlene Änderung hat drei Ziele - ich nenne die etwas ausführlicher, weil wir das hier noch nicht besprochen haben -:

(Holger Astrup [SPD]: Das ist auch wichtig!)

Die Vorschrift soll der Entwicklung der Bundesgesetzgebung angepaßt werden. Pauschalen, die in Einzelfällen zu Ungerechtigkeiten führen können, sollen zugunsten differenzierter Regelungen aufgegeben werden, wie wir sie auch im SGB V finden. Des weiteren soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden. Sinn und Zweck des § 25 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes in seiner geltenden wie auch in seiner geänderten Fassung ist und bleibt: Abgeordnete, die von dritter Seite keinen Zuschuß zu ihren Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträgen erhalten, sollen so wie die Bürgerinnen und Bürger im Erwerbsleben gestellt werden. Von ihren Beiträgen zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung tragen sie selbst die eine Hälfte der Beiträge, die andere Hälfte trägt der Arbeitgeber.

Zweitens: Die zweite empfohlene Änderung bezieht sich auf § 44 Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes. Durch den einzufügenden Satz wird die geltende Regelung des Gesetzes nicht geändert, sondern nur klargestellt. Es geht hierbei um **Urlaubsregelungen**.

Drittens: Der § 47 des Abgeordnetengesetzes, der sich mit den **Zuschüssen zu den Fraktionskosten** befaßt, muß gestrichen werden, da er durch das Gesetz über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen vom 18. Dezember 1994 überholt ist.

Insgesamt empfiehlt Ihnen der Innen- und Rechtsausschuß, dem Änderungsantrag Drucksache 14/356 zuzustimmen und den Gesetzentwurf Drucksache 14/271 - das Abstimmungsergebnis zu dieser Empfehlung habe ich zuvor schon vorgetragen - ebenfalls mitzutragen.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir kommen gleich zur Abstimmung, weil eine Aussprache zu diesem Punkt nicht vorgesehen ist. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/356 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Sehe ich dort bei der CDU Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Ich wiederhole: Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Stimmenthaltungen ist der Änderungsantrag so angenommen worden.

Dann lasse ich über das Gesetz abstimmen. Hier wurde eine abschnittsweise Abstimmung - Abschnitt 1 und Abschnitt 2 - beantragt. Ich lasse zunächst über den Artikel 1 des Abgeordnetengesetzes, Abschnitt 1, abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß dieser Abschnitt 1 gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen einiger Abgeordneter der CDU angenommen worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und gegen die Stimme eines Abgeordneten der SPD!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Abschnitt 2. Wer Abschnitt 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Abschnitt 2 ist bei zwei Gegenstimmen von der CDU und vier Stimmenthaltungen und bei Enthaltung des Abgeordneten Herrn Plüschau angenommen worden.

Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf insgesamt, einschließlich der angenommenen Änderungen, zur Abstimmung. Wer dem so geänderten Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in der so geänderten Fassung angenommen worden mit den Stimmen von SPD, CDU, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, die fünf Stimmen von der CDU und die Stimme des Abgeordneten Plüschau.

(Unruhe)

- Na ja, das Protokoll wird das Abstimmungsergebnis wohl eindeutig wiedergeben.

(Heiterkeit)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung

Antrag der Landesregierung
Drucksache 14/339

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Anhaltende Unruhe)

- Ich bitte diejenigen, die hier herumstehen, Platz zu nehmen oder nach draußen zu gehen. Ich muß die Abstimmung wiederholen, da das Abstimmungsergebnis nicht eindeutig ist. Ich frage noch einmal, wer dem Antrag der Landesregierung seine Zustimmung geben will. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen worden. - Man muß nur so lange abstimmen lassen, bis das Ergebnis stimmt; auf diesen bösen Verdacht könnte man kommen.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Kuratorium für politische Bildungsarbeit

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/344

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 14:

Bericht zur Ablagerung von Hamburger Hafenschlick in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 31. Oktober 1996
Drucksache 14/331

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/352

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/354

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/368

Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für
Umwelt, Natur und Forsten.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur
und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und
Herren! Ich bemühe mich, in Anbetracht der
fortgeschrittenen Zeit Redezeit einzusparen; der
Bericht liegt Ihnen schriftlich vor.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

Ich möchte mich auf drei Bemerkungen
beschränken, insbesondere zum weiteren Vorgehen.

Erstens_ Pacta sunt servanda. Die Regierung wird
sich in ihrer Politik an diesem Grundsatz
orientieren. Wir haben vertragliche Vereinbarungen
mit Hamburg, die nicht aufgehoben sind.

Zweitens: Die oberirdische Deponierung von
Hafenschlick an dieser Stelle ist für mich als
Umweltminister, aber auch insgesamt für die
Landesregierung die schlechteste aller
Entsorgungsmöglichkeiten. Deshalb zielt die Politik
der Landesregierung dahin, die **Deponie in
Bovenau** als Standort überflüssig zu machen.

Drittens: Die Aufbereitungstechnologie oder die
Deponierung an anderer Stelle, also in den
Kavernen von **Dow**, sind die Lösungsmöglichkeiten,
die ich zur Zeit realistisch sehe. Wir haben in dem
Bericht deutlich gemacht, daß wir dann, wenn es
nicht gelingt, eine Verwertungstechnologie - was

ich persönlich favorisiere - zu finden, die vernünftig
ist, mit der man Arbeitsplätze schafft und durch
Herausfiltern der Schadstoffe aus dem Schlick
Baustoffmaterial gewinnt - das ist ein vernünftiges
Verfahren, das im weiteren Gang der Debatte um
Baggergutverklappung und so weiter eine Zukunft
hat -, wenn eine Verwertung nicht möglich ist, zu
einer Deponierung kommen müssen, und dann sind
die Salzkavernen von Dow der geeignetere Ort für
eine vernünftige Entsorgung des Hafenschlicks. Die
Priorität der Landesregierung liegt allerdings - wie
gesagt - bei der **Verwertung**. Wir haben ja auch
sehr viel Geld in diese Technologie investiert. Das
ist eine Zukunftstechnologie. Ich glaube, daß wir
hier auf dem richtigen Weg sind.

Allerdings können wir zum jetzigen Zeitpunkt - das
sage ich ganz ehrlich und offen -, bei dem jetzigen
Vertragstand noch kein grünes Licht für die
Aufgabe des Standortes Bovenau geben. Ich sage
aber ganz deutlich - auch dazu, was letztes Mal von
der CDU beantragt worden ist -, daß es das Ziel der
Landesregierung ist, Bovenau überflüssig zu
machen, andere Entsorgungsmöglichkeiten für den
Hafenschlick zu finden, möglichst eine Verwertung
zu realisieren. Die Deponierung ist die zweitbeste
beziehungsweise -schlechteste Möglichkeit. Das ist
für uns Grundlage der Politik. Ich glaube, daß wir
in dieser Frage relativ dicht beieinanderliegen, und
kann das insofern in zwei Minuten Redezeit
abhandeln statt in zehn Minuten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Eine gute Rede!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich auf
der Tribüne jetzt Gäste vom CDU-Ortsverein
Großenbrode und von der Volkshochschule Kiel
begrüßen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Nabel das
Wort.

(Zuruf von der SPD: Nur fünf CDU-
Abgeordnete sind anwesend!)

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich kann es kurz machen. Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede die Einschätzung bekräftigen, die ich zum Thema Ausstieg aus der Hafenschlickdeponie Bovenau bereits in der letzten Landtagsdebatte vor gut drei Wochen gemacht habe:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr peinlich!)

Es ist noch immer der falsche Zeitpunkt. Das Thema kann immer noch nicht endgültig abgehandelt werden. Es kann zu Bovenau immer noch nicht das letzte Wort gesprochen werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider, leider! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Antrag lautet doch ganz anders!)

Es hat sich seit der Oktober-Sitzung in dieser Angelegenheit nichts geändert. Es gibt keinen abschließenden Vertrag zwischen Hamburg und der Firma Dow. Der vom Umweltministerium gegebene Bericht kann daher auch keine über die bereits in der letzten Sitzung getroffenen Feststellungen hinausgehende Feststellungen treffen.

Die Absicht der Landesregierung, den vertraglich auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil des Hamburger Hafenschlicks ebenfalls in der Salzkaverne bei Stade unterzubringen, wird von uns unterstützt, ebenso die Absicht, landeseigene Lösungsvarianten durch mobile Aufbereitung voranzutreiben und zu fördern. Die Landesregierung ist damit auf dem richtigen Weg, an dessen Ende der **Ausstieg aus Bovenau** stehen kann, wenn - wie schon in der Oktober-Sitzung ausgeführt - auch wir unseren Anteil in der Stader Kaverne mit unterbringen können.

Bis zu einem Vertrag zwischen Hamburg und der Firma Dow, der dies abschließend regelt, wird es von seiten des Landes Schleswig-Holstein keinen Ausstieg aus dem Planungsvorhaben Bovenau geben können. Wir halten uns an die Verträge, die 1984 zwischen der damaligen CDU-Regierung und der Hansestadt Hamburg geschlossen wurden, und stehen zu unserer gemeinsamen Verpflichtung, die Elbe als wichtigen norddeutschen Verkehrsweg

schiffbar zu halten und den Hamburger Hafen funktionieren zu lassen. Dazu erwarten wir, daß der in der letzten Sitzung abgelehnte Antrag der Opposition in gleicher oder veränderter Form wieder vorgelegt wird.

Heute haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und wir entschlossen, mit einem eigenen Antrag deutlich zu machen, daß auch wir uns für eine Aufgabe des Planungsvorhabens einsetzen. Wie in anderen Abfallfragen auch setzen wir uns für die Grundsätze Vermeiden, Vermindern, Verwerten vor Ablagerung ein. Deshalb sollen die Möglichkeiten der technischen Aufarbeitung, Trennung und Entgiftung von Hafenschlick vorangetrieben und entsprechende Technologien gefördert werden, damit wir mittelfristig auf eigene Entsorgungskapazitäten setzen können.

Mit einer **mobilen Aufbereitungsanlage**, zum Beispiel dem Baggergutentsorgungsschiff, ist solch eine Technologie in der Erprobung. Wir setzen darauf, hier die zukünftige Entsorgung nicht nur für Baggergut aus der Elbe zur Verfügung zu haben. Wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um das Planungsvorhaben „Hamburger Hafenschlickdeponie Bovenau“ aufgeben zu können. Es sieht so aus, als könnten wir bald mit einem Erfolg in dieser Sache aufwarten. Wir freuen uns darauf, daß die Opposition dann mit einem Antrag die Landesregierung für ihre tüchtige Arbeit in dieser Frage loben wird. Den heutigen Antrag der CDU lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD - Herlich Marie Todsén [CDU]: Warum?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Steenblock, gestatten Sie zunächst eine Feststellung. Es gibt keinen Vertrag, sondern eine Rahmenvereinbarung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Ich denke, daß man den Spielraum, der dazwischenliegt, nutzen sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich wahnsinnig gefreut, als ich den Bericht bekam, weil er so schön dünn ist. Er hat fünf Seiten. Leider

Gottes habe ich feststellen müssen, daß er auch in Form und Inhalt dünn ist.

Ich habe noch einen kleinen Nachtrag zur letzten Debatte zu machen. Ich habe die vollmundigen Behauptungen aus der letzten Debatte zu diesem Thema ob der ach so großen technischen Schwierigkeiten bei der Salzkavernenlösung noch im Ohr. Sie, Herr Kollege Nabel, behaupteten, über so lange Strecken könne man nicht mit Pipelines vorgehen. Der Herr Minister setzte noch einen drauf und sprach mit leicht tragischem Unterton von schwer beherrschbaren Drücken und hohem Abrieb, so daß die Rohrleitungen alle zwei Jahre erneuert werden müßten.

Fakt ist, daß der Schlicktransport via Pipeline von Francop nach Ohrensen keineswegs an technischen Gegebenheiten gescheitert ist, sondern ganz einfach daran, daß die Alternative des Transports auf Schuten aus ökonomischen Gründen attraktiver ist.

Ich will das ein bißchen belegen. Die errechnete Wandstärke der Rohrleitungen beträgt bei einem Betrieb von zehn Jahren 18 mm. Der dabei entstehende Abrieb beträgt pro Jahr 0,2 mm. Das heißt, in zehn Jahren sind es 10 mm. Der benötigte Betriebsdruck, Herr Minister Steenblock, beträgt etwa 60 bar, der Prüfdruck 205 bar und der Berstdruck 220 bar. Technisch gesehen ist das keine Schwierigkeit.

Sie wollen uns hier doch wohl nicht allen Ernstes erzählen, daß die **Pipelinetechnik** eine neue Technologie sei. Es ist nicht meine eigentliche Aufgabe als Abgeordnete, technische Detailfragen zu klären. Aber ich meine doch, Herr Minister Steenblock, daß es einer sachlichen Debatte und der Findung von Lösungen dienlicher wäre, wenn solche Instrumentalisierungen nicht angewendet würden.

Letztlich wird damit nur peinlich deutlich, daß es eine sträfliche Fehlentscheidung der Landesregierung war, sich bei der Suche nach einer Alternativlösung nicht mit Hamburg und Niedersachsen zusammengeschlossen zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt um so mehr, als das **Elbschlickforum** in seinen abschließenden Empfehlungen deutlich formuliert hat, daß das gesamte

Produktionsaufkommen der **METHA** in Kavernen eingelagert werden sollte. Diese Aussage bezog sich immer auch auf den schleswig-holsteinischen Anteil. Es hätte eigentlich seit dem 15. Oktober ein Engagement der schleswig-holsteinischen Landesregierung in dieser Sache geben müssen. Das trifft nicht Sie, Herr Minister Steenblock, aber Sie sind nun einmal jetzt der zuständige Minister.

Die im Bericht der Landesregierung behauptete Funktionsgleichheit zwischen dem eingerichteten planungsbegleitenden Arbeitskreis und der Arbeit im Elbschlickforum ist schlicht falsch. Ich finde, es grenzt ein bißchen an Hochstapelei.

Wenn dann auch noch kritisch angemerkt wird - ich frage Sie, mit welchem Recht -, daß die Erarbeitung einer alternativen Transportlösung mehr Zeit in Anspruch genommen hätte, als zu erwarten gewesen wäre - tatsächlich hat das acht Wochen gedauert -, und daß dies sehr bedauerlich für die Bovenauer Bürger ist, dann fragt man sich ernsthaft: In welchem Bundesland liegt Bovenau eigentlich? In Hamburg, in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein?

Die Ministerpräsidentin ist nicht anwesend, aber ich frage die Frau Ministerpräsidentin: Könnte es sein, daß die Landesregierung in Schleswig-Holstein für die Interessen der Schleswig-Holsteiner und der Bovenauer Bürger zuständig ist? Könnte es weiter sein, daß es Aufgabe der Landesregierung ist, dafür zu sorgen, daß keine ökologisch und ökonomisch unsinnige Baggergutdeponie in Schleswig-Holstein entsteht?

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, immerhin läßt sich die Landesregierung in diesem Bericht dazu hinreißen, die **Kavernenlösung bei Stade** als so belastbar zu bezeichnen, daß sie sich dafür einsetzen will, auch den auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil des Hamburger Hafenschlicks in Salzkavernen in Niedersachsen unterzubringen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

- Das ist sehr gut, genau! Auch ich bin dieser Meinung. Bei dem Tempo kommt man glatt außer Atem.

Die CDU fordert die Landesregierung daher auf, alle Schritte einzuleiten, die für einen Ausstieg aus der Baggergutdeponie-Planung in Schleswig-

Holstein nötig sind. Dazu gehört unseres Erachtens auch, daß sich die Landesregierung aktiv an der Umsetzung der Kavernenlösung beteiligt.

Die CDU fordert darüber hinaus, den mit der Kavernenlösung möglich gewordenen Zeitgewinn - das ist ein Zeitgewinn - so zu nutzen, daß eine landeseigene Lösungsvariante sowohl technisch als auch ökonomisch - auch daran wird es hängen - als Alternative zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, Millionen DM aus Steuergeldern sind bereits in dieses Projekt geflossen. Ich denke, wir sind uns einig, daß dies zum Erfolg verpflichtet und es am Ende nicht heißen darf: Operation gelungen - Patient tot.

Herr Kollege Matthiessen, ich möchte daran erinnern: Wenn Sie Ihr Ziel erreichen wollen, Anspruch und Wirklichkeit miteinander zur Deckung zu bringen, wird reine „Flußlyrik“ nicht ausreichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Sie in der letzten Plenarsitzung Gelegenheit hatten, durch den Umweltminister ausführlich über die Chronologie der Standortsuche für eine Hafenschlickdeponie unterrichtet zu werden, verwundert es sicher einige, daß diesmal zur Abwechslung ein grün-roter Antrag praktisch zum selben Thema auf der Tagesordnung steht.

Es ist sicher medienwirksam, zu fordern: Weg mit dem Standort Bovenau! Dies gilt insbesondere angesichts der seit Jahren immer verworrenen Such- und Findeaktionen, an der seitens des MUN - man beachte: das war vor MUNF - auch noch festgehalten wurde, als sich längst die Möglichkeit einer Untertageverbringung in niedersächsischen Salzkavernen aufgetan hatte.

Aber wie so oft macht es sich die F.D.P. wieder ein bißchen einfach. In der Tat wäre die Fortsetzung

der Planung in Bovenau zum Beispiel mit den noch ausstehenden

Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, was alles mit erheblichen weiteren Kosten verbunden wäre, in der derzeitigen Situation wenig sinnvoll. Andererseits bieten auch die von **Dow Chemical** bereitgestellten **Salzkavernen** bei Stade nicht in alle Ewigkeit unbegrenzt Raum für Hafenschlick. Derzeit geht man von zehn Jahren aus.

Wenn die Irrsinnprojekte Elbvertiefung und Fehmarnbeltquerung zusätzliche Schlickmassen bringen würden, müßte man sich in absehbarer Zeit nach anderen Möglichkeiten der Verbringung von Schlick umsehen.

Zum anderen wäre Schlick in den Kavernen zwar aus den Augen, sollte aber nicht auch aus dem Sinn sein. Denn eine Grundwassergefährdung wäre auch hier ebenso wie in Bovenau nicht vollständig auszuschließen.

Es ist daher mehr als geboten, ja, nach § 1 unseres Landesabfallgesetzes - ich verweise hierbei auch auf das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - erforderlich, heutzutage nicht mehr gemäß dem Sprichwort „aus den Augen, aus dem Sinn“ zu planen und zu handeln, sondern die prioritären Gebote Vermeidung und Verwertung auch in Sachen Hafenschlickentsorgung endlich ernst zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, neben Vermeidung - Verzicht auf Projekte wie Elbvertiefung, Fehmarnbeltquerung und so weiter -, geht es vor allem darum, Möglichkeiten der Verwertung zügig zur Einsatzreife weiterzuentwickeln und entsprechend zu fördern. Dazu gehört auch, mittel- und längerfristig durch Minimieren des Schadstoffeintrags - besonders im Oberlauf - die Qualität des Schlicks so zu verändern, daß er eines Tages direkt, zum Beispiel in der Landwirtschaft, ausgebracht werden könnte. Das scheint zur Zeit allerdings noch fernste Utopie zu sein, wenn sich auch die Giftfracht in den vergangenen Jahren kontinuierlich verringert hat.

Unser Hauptaugenmerk muß daher derzeit für die wirklich unvermeidbar anfallenden Hafenschlickmengen auf einer optimalen

Aufbereitung und Verwertung aller im Schlick enthaltenen Rohstoffe liegen, als da sind in wechselnden Mengen je nach Herkunft des Gutes insbesondere zirka ein Drittel Sand, ein Drittel Kies und ein Drittel Tone. Natürlich muß zuvor gewährleistet sein, daß die Schadstoffe wie zum Beispiel Schwermetalle und chlororganische Verbindungen sicher und umweltfreundlich entfernt und entsorgt werden können.

Nach Angaben der Firma Balticon in Lübeck, der derzeit einzigen in Schleswig-Holstein und in der dort angewandten Vorgehensweise auch einzigen im gesamten Bundesgebiet, wäre eine entsprechende Aufarbeitung von Hafenschlick jeweils vor Ort, das heißt ohne große Transportwege, ab Ende 1997 möglich

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und sehr preiswert!)

- darauf komme ich noch -, und das mit einer zur Zeit 90prozentigen sekundärrohstofflichen Verwertung der Schlicktrockenmasse.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Finde ich sehr vernünftig!)

Durch die intensive Arbeit des niedersächsischen Elbschlickforums wurde zwar die Möglichkeit einer Verbringung des Hafenschlicks in Salzkavernen bei Stade eröffnet, ich möchte hier aber nicht versäumen, kritisch anzumerken, daß es völlig unverständlich ist, weshalb sich an den Diskussionen des Elbschlickforums, mit Ausnahme der sehr aktiven BI Bovenau, niemand, das heißt keine Behördenvertreter aus Schleswig-Holstein, beteiligte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und von Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Auf Behördenebene hielt man lieber jahrelang an der umweltunfreundlicheren und daher auch heftig umstrittenen Planung einer oberirdischen Ablagerung in Bovenau fest.

Sicherlich wäre die Entsorgung in Salzkavernen die deutlich bessere Lösung als eine oberflächliche Ablagerung mit allen negativen Begleiterscheinungen wie Landschaftsverbrauch,

Verdriftung von Schadstoffen und mögliche Belastungen benachbarter landwirtschaftlich genutzter Flächen. Aber diese Lösung ist, da nach Vermeidung zunächst Verwertung Vorrang hat, für den anfallenden Hafenschlick eben doch nur die zweitbeste Lösung. Ich denke, wir sollten die beste Lösung anstreben.

Wenn, wie von der Firma Balticon geplant, die verwertende Aufbereitungstechnik für Schlick bis Ende 1997 einsatzbereit ist, wäre dieses Verfahren selbstverständlich einer Einlagerung in Kavernen vorzuziehen. Das würde allerdings bedeuten, daß der am 2. Oktober 1996 von der **Dow Chemical** und der **Hamburger Wirtschaftsbehörde** Strom und Hafenausbau unterzeichneten **Absichtserklärung** - wie richtig bemerkt wurde, ist es noch kein Vertrag - für die Verbringung des Hamburger Hafenschlicks in die Salzkavernen bei Stade ein modifizierter Vertrag folgen müßte, der die maximal mögliche Verwertung durch die Firma Balticon mit einschließt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das heißt, daß nur eine erheblich reduzierte einzulagernde Schlickmenge festgeschrieben werden kann. Zu hoffen bleibt auch, daß die Firma Dow Chemical zu einer derartigen flexiblen Lösung bereit wäre und nicht, wie in der Presseerklärung der CDU vom 31. Oktober behauptet wird, nur einer Lösung zustimmt, in der die Gesamtmenge in den eigenen Kavernen abgelagert wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei optimalem Funktionieren des Schwimmdocks, einer Art schwimmender Schlickaufbereitungsfabrik, könnten auf diese Weise vor Ort 1,5 Millionen m³ Schlickgut pro Jahr verarbeitet und so im wahrsten Sinne des Wortes mit Ausnahme eines vergleichsweise kleinen belasteten Restes in ein wertvolles Gut recycelt werden.

Wenn dann auch noch ein Absatzmarkt geschaffen, das heißt in der Anfangsphase auch gefördert würde, könnte das die Verarbeitung von Hafenschlick von morgen und übermorgen sein,

vorausgesetzt, alle bisher am Hafenschlickgeschäft Beteiligten sind flexibel genug, um einmal eingeschlagene bequeme Wege zu verlassen und im Interesse von Mensch und Natur Wege mitzugehen, die zunächst ungewohnt und unbequem, aber zukunftsweisend sind.

Im folgenden möchte ich noch - wie vorhin angekündigt - auf die vielen Vorzüge der hier angesprochenen Entsorgungsmöglichkeit eingehen.

Zunächst zur Landdeponierung! Die Landdeponierung - das wissen wir alle - bringt viele Probleme: Landschaftsverbrauch, Verdriftung, wie ich vorhin schon sagte, mit den Konsequenzen unter Umständen für benachbarte Landwirte.

Die Aufbereitung in diesem Schwimmdock findet abgeschlossen statt. Das heißt, hier könnte keine Belastung der Umwelt stattfinden. Der Transport von Schlick beziehungsweise von diesem Schlickgemisch per Schiff oder per Pipeline entfällt ebenfalls, da eine Aufbereitung vor Ort möglich wäre.

Die so gewonnenen Rohstoffe sollen im übrigen ausschließlich über den Wasserweg zu den Abnehmern transportiert werden.

Durch das Aufbereiten der so gewonnenen Rohstoffe wird außerdem im Sinne einer Ressourcenschonung unnötiger Kiesabbau vermieden. Ähnliches gilt auch für die Tone. Ich verweise auf die Rede von Frau Todsén im Zusammenhang mit der Kleiproblematik und der Problematik des Kiesabbaus im Binnenland.

Dies ist neben der naturschutzrechtlichen Bedeutung auch deswegen von Belang, weil die Kies- und Tonvorkommen in den derzeit bereits genehmigten Abbauflächen in Schleswig-Holstein begrenzt sind. Für Sand und Kies reichen sie nur noch für fünf bis sechs Jahre, für Ton sogar nur noch für zwei Jahre.

Das hieße entweder weitere Naturzerstörung durch neue Ausweisung oder ein weiterer Transport, wenn von entfernteren Stellen diese Materialien nach Schleswig-Holstein geliefert werden müßten.

Wenn Absatzmärkte erschlossen sind, stehen den Abnehmern zudem dank der angewendeten Technik sehr homogene Fraktionen zur Verfügung. Das

bedeutet, daß es nur noch daran krankt, ausreichend Abnehmer zu finden.

Eigentlich dürften gegen diese Lösung des Rückgewinnens von Rohstoffen durch Aufbereitung nur Kiesgrubenbesitzer etwas einzuwenden haben.

Last, but not least könnten bei dieser Methode die verbleibenden 10 % konzentriert entgiftet werden beziehungsweise Schadstoffe wie Quecksilber gezielt zurückgewonnen werden. Die dann übrigbleibende kleine Menge wäre einfacher und sicherer zu entsorgen, als wenn ein Gesamtschlickgemisch belastet irgendwo deponiert werden müßte.

Nun noch einige Worte zur Wirtschaftlichkeit! Je nach Kontaminationsgrad kostet die Aufbereitung des Schlicks zwischen 30 DM und 50 DM. Leider handhaben die Firma Dow Chemical und auch die Hamburger Behörde den Preis der Deponierung in Salzkavernen als ein Geheimnis. Aber es dürfte klar sein, daß die Aufbereitung kaum teurer wird, zumal wenn diese angestrebten Absatzmärkte erschlossen werden.

Zusammengefaßt heißt das: Bovenau ist überflüssig. Salzkavernen sind die zweitbeste Lösung. Verwertung und Rückgewinnung der Rohstoffe müssen unser Ziel sein. Wir bitten daher, unserem Antrag zuzustimmen. Der Änderungsantrag der CDU bringt nichts Neues. Er setzt nur eine etwas andere Gewichtung bei der Entsorgung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Eben!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 22. Oktober 1996 hat die F.D.P.-Landtagsfraktion mit Drucksache 14/309 in diesem Hohen Haus einen Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat.

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine

Aufgabe des Planungsvorhabens ‚Hamburger Hafenschlickdeponie‘ in Bovenau einzusetzen.“

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich komme gleich noch dazu! Am 13. November 1996 haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD mit dem Antrag Drucksache 14/354 zu Wort gemeldet, nachdem sie am 31. Oktober 1996 den Antrag der F.D.P. abgelehnt hatten, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Aufgabe des Planungsvorhabens ‚Hamburger Hafenschlickdeponie‘ in Bovenau einzusetzen.“

Und nun möchte ich zitieren, was am 31. Oktober 1996 beispielsweise der von mir sehr geschätzte, weil fußballerisch begabte Kollege Matthiessen gesagt hat: „Den Antrag der F.D.P. bewerte ich an dieser Stelle nur insoweit, als er hauptsächlich populistisch ist.“

Der Umweltminister dieses Landes hat in der gleichen Debatte zu meinem Kollegen Klug gesagt, der jetzt gerade zu den Beamten dieses Landes spricht, weil die nur noch mit ihm und nicht mehr mit der Ministerpräsidentin reden: „Herr Klug, ich stimme überhaupt keinen Anträgen zu, die auf der Grundlage von soviel Unwissenheit und Unkenntnis formuliert sind wie Ihrer.“

Nun hat sich ja meine Fraktion in der letzten Legislaturperiode daran gewöhnt, daß unsere Anträge mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr und zum Schluß von einem halben Jahr von der damaligen Regierungsfraktion oder der Regierung aufgenommen und umgesetzt wurden. Aber daß die Verweilzeit unserer Anträge mittlerweile auf ein Mindestmaß von 14 Tagen bis drei Wochen reduziert worden ist, überrascht mich.

Ich empfehle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Sozialdemokraten dieses Landes, der dpa-Meldung von heute sehr große Aufmerksamkeit zu widmen, in der davon berichtet wird, daß in den USA eine Pille erfunden worden ist, die eine Leistungssteigerung des Kurzzeitgedächtnisses von

mehr als 100 % bewirkt. Das empfehle ich Ihnen in der Tat.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sicherlich mit Gentechnik entwickelt!)

- Die ist nicht gentechnisch manipuliert hergestellt worden, Frau Winking-Nikolay.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht darum, ob Sie die einmal benutzen! Das würde vielleicht uns allen helfen!)

Ich erinnere mich noch daran, was Sie vor drei Wochen gesagt haben, Sie selbst offensichtlich nicht mehr, denn sonst hätten Sie den Antrag nicht stellen können, den Sie jetzt hier gestellt haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie hätten auch nicht so formulieren können wie Herr Nabel oder Sie selbst in Ihrer Rede. Es hörte sich hier an wie vor drei Wochen. Ich habe mich gefragt, wie Sie denn den ersten Satz Ihres Antrags mittragen wollen, wenn Sie sagen, Herr Nabel oder Frau Winking-Nikolay, es sei unverantwortlich, jetzt aus der Planung auszusteigen. Gerade das fordern Sie doch jetzt von der Landesregierung, hier das Ausstiegsszenario zu beschreiten, wie wir das vor drei Wochen auch schon gefordert haben.

Ich sage noch einmal: Es mag ja aus Ihrer Sicht etwas Populäres zu sein, mit den Bürgerinitiativen vor Ort auch wieder ins Gespräch kommen zu können,

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir schon gemerkt!)

nachdem Sie überall sonst im Lande Ihre Gesprächspartner verlieren, Frau Winking-Nikolay. Aber das ist keine rationale und keine sinnvolle Politik.

Wir bitten darum, daß der Bericht und Ihr Antrag dem Ausschuß überwiesen werden, damit wir darüber sehr intensiv beraten können, vor allen Dingen auch über die Alternativen, die Sie hier

schon so feststehend darstellen. Ich stimme mit Ihnen überein: Es gibt ein Konzept der Firma Balticon aus Lübeck, das sehr vielversprechend und auch sehr interessant ist. Aber ob das nun der Königsweg ist, wissen wir auch noch nicht. Ich denke, das Thema insgesamt ist viel zu wichtig.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich verstehe davon vielleicht mehr, als Sie ahnen, Frau Winking-Nikolay. Aber darüber will ich Ihnen nicht mehr sagen.

Wir sollten darüber vielleicht noch ein bißchen mehr debattieren, vor allen Dingen auch, um festzustellen, ob der Sachstand, den Sie jetzt erreicht haben, tatsächlich der endgültige Sachstand ist oder ob es wieder nur eine kurzfristige Maßnahme ist, die Sie in drei Wochen wieder verändern werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Frage der **Deponie in Bovenau** fehlt jetzt nur noch ein Antrag des SSW. Dann wäre die Sammlung der Anträge aller Parteien zu diesem Thema komplett.

Betrachtet man die Anträge der letzten und der heutigen Sitzung zu diesem Thema einmal näher, dann erkennt man Unterschiede in den Formulierungen nur in Details. Die Unterschiede in den vorliegenden **Anträgen** bestehen darin, daß die **CDU** die Landesregierung dazu auffordert, aus dem Planungsvorhaben jetzt auszusteigen, während die **SPD** und die **Grünen** der Landesregierung abverlangen, sich für eine Aufgabe des Planungsvorhabens einzusetzen. Außerdem will die CDU das Verbringen des Hamburger Hafenschlicks in die Salzkavernen bei Stade aktiv betreiben. Die Fraktionen der SPD und der Grünen befürworten demgegenüber neben der Möglichkeit der Verpressung des Schlicks die Möglichkeit der technischen Aufbereitung von Hafenschlick. Beide

Anträge stimmen dann allerdings insoweit wieder überein, als sie sich für die Entwicklung geeigneter Technologien zur Aufbereitung von belastetem Schlick aussprechen.

Der SSW hält es für bedauerlich, daß wir nicht zu einer gemeinsamen Aussage des Landtags kommen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Richtig!)

Die Bürger in Bovenau hätten ein solches Signal hier und heute verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der SSW steht weiterhin dazu: Wir wollen die Deponie in Bovenau nicht, und wir wollen den Hamburger Hafenschlick nicht in Schleswig-Holstein. Natürlich befürwortet der **SSW** den Grundsatz, daß Verwertung einer Deponierung vorangehen muß. Das gilt sicherlich für alle Parteien hier im Landtag, denn der Wille zur langfristigen Realisierung dieses Grundsatzes geht aus allen Anträgen hervor. Für uns ist es aber wichtig, daß für die Bürger in Bovenau eine schnelle Entscheidung getroffen wird und klare Signale gegeben werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Im Bericht der Landesregierung zur Ablagerung von Hamburger Hafenschlick werden unserer Meinung nach zwei realistische **Alternativen** aufgezeigt, die den Standort Bovenau überflüssig machen: entweder eine Deponierung des Schlicks in den Stader Salzkavernen oder eine Aufbereitung des Schlicks mittels einer neuen Technologie. Ich verstehe insofern die Aussage des Berichts nicht, in dem es dann heißt: „Dies kann bedeuten, daß dann der Standort Bovenau als Baggertgutdeponie aufgegeben werden kann.“ Ich meine, hier hätte die Landesregierung eine verbindlichere Aussage machen können und machen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Deshalb sollten wir uns hier im Landtag einig werden können und erklären: Der Standort Bovenau

ist für die Ablagerung des Hamburger Hafenschlicks überflüssig und wird nicht mehr in Betracht gezogen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Eine solche gemeinsame Erklärung scheint jedoch hier nicht möglich zu sein. Deshalb wird sich der SSW - vielleicht auch zur Beruhigung der Kollegin Fröhlich - für den Änderungsantrag der CDU entschließen, Frau Fröhlich, denn darin wird eine deutlichere Sprache gesprochen. Hier sehen wir das klare Signal auch für die Bürger in Bovenau.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als die CDU-Fraktion in der vergangenen Sitzung einen **Bericht zur Ablagerung von Hamburger Hafenschlick** in Schleswig-Holstein beantragt hat, haben wir uns mehr davon versprochen als das, was jetzt vorliegt. Auf die Dünne in Inhalt und Umfang ist ja schon eingegangen worden. Man kann unter dem Strich feststellen: Von Klärung kann keine Rede sein.

Für mich gibt es eine auffällige Diskrepanz der **Äußerungen** des Umweltministeriums in dem **Bericht** und in der Öffentlichkeit. Denn während es in dem Bericht heißt, die Landesregierung werde sich dafür einsetzen, den auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil am Hafenschlick in Salzkavernen unterzubringen, wird gesagt - ich zitiere -: „Dies kann bedeuten, daß der Standort dann als Baggertgutdeponie aufgegeben werden kann“, geht der Pressesprecher von Herrn Steenblock schon weiter. In einem Leserbrief an die Landeszeitung vom 19. November schreibt er: „Beide Methoden“ - gemeint ist entweder die Deponierung in der Salzkaverne oder die Aufbereitung des Baggertguts - „sind ökologisch sinnvoller als eine oberirdische Ablagerung.“ Und weiter heißt es: „Deshalb hält das schleswig-holsteinische Umweltministerium nicht an dem Hafenschlick-Deponiestandort Bovenau fest.“ Damit wird in der Öffentlichkeit und den Bovenauern gegenüber der Eindruck vermittelt,

Herr Steenblock, die Landesregierung werde definitiv aus der Planung aussteigen. Die Aussagen in Ihrem Bericht, Herr Minister, geben das nicht wieder, und auch das, was Sie heute gesagt haben, gibt das nicht wieder.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben heute gesagt, Sie zielen darauf ab, die Deponierung überflüssig zu machen, aber Sie haben nicht gesagt, daß Sie aussteigen wollen. Wir haben den Bericht gefordert, um Klarheit zu erhalten. Das Gegenteil ist der Fall.

In einem weiteren Punkt ist von Klarheit keine Spur. Wir haben erwartet, daß Sie uns für den Fall, daß es zu einer Kavernenlösung kommt, ein Szenario anbieten. Wir haben erwartet, daß Sie uns sagen: Wie schnell kann der Ausstieg aus Bovenau erfolgen und unter welchen Bedingungen? Wie soll die künftige Zusammenarbeit mit Hamburg und die Zusammenarbeit mit dem Elbschlickforum aussehen? - Kein Wort darüber!

Genauso unklar wie der Bericht ist der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie, Herr Nabel, haben gesagt, mittelfristig wollen Sie aussteigen. Wir sagen, wir sollten jetzt aussteigen, und deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das nicht verstanden!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Todsen.

Vielleicht können die Beratungen an der Seite etwas dezenter geführt werden. - Damit meine ich auch Herrn Hentschel.

Herlich Marie Todsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Gercken, herzlichen Dank, daß Sie hier noch einmal unser Anliegen deutlich gemacht haben, nämlich eine klarere Sprache zu sprechen und die Forderungen klarer

und eindeutiger zugunsten der Menschen in **Bovenau** zu formulieren.

Deshalb konnte ich die etwas lapidare Ablehnung unseres Antrags, Herr Kollege Nabel, auch nicht so ganz nachvollziehen. Denn es gibt durchaus die Unterschiede.

Einer, der nicht genannt worden ist - alle anderen sind aus meiner Sicht genannt worden -, ist die klare Forderung an die Landesregierung, Herr Minister Steenblock,

(Der Abgeordnete Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Rainer Steenblock)

- ich glaube, ich bin im Moment dran; insofern finde ich es ein bißchen schade, daß hier vorne so gestört wird - sich endlich, und wenn es nur in der Endphase ist, am **Elbschlickforum** zu beteiligen, das heißt, dort konstruktiv mitzuarbeiten und sich einzubringen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Das bleibt nach wie vor unsere Forderung.

Ich habe gern, Frau Dr. Winking-Nikolay, Ihr eindeutiges Plädoyer für die Verwertung gehört, die wir ja, eigentlich fast gleichlautend in unseren Anträgen stehen haben. Aber auch da geht meine Aufforderung sowohl an die Landesregierung als auch insbesondere an die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dafür zu sorgen, daß diese Verwertung dann auch von der Landesregierung einheitlich und massiv unterstützt und auf den Weg gebracht wird.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn schon 1994 ist das Land Schleswig-Holstein an die Firma - damals hieß sie noch „Contamex“, inzwischen heißt sie „Balticon“ - herangetreten - das Land an die Firma! - und hat gebeten, **Lösungsansätze** für das Problem der **Verwertung von Hafenschlick** zu entwickeln. Das hat die Firma dann auch getan; sie hat auch investiert, in eine

eigene Studie, in einen großtechnischen Versuch, mit dem Möglichkeiten der Trennung, der Reinigung des Materials untersucht worden sind, und dann ist diese Firma aber im Umweltministerium immer wieder auf unterschiedliche Strömungen gestoßen. Die einen wollten das wohl, die anderen wollten es nicht.

Anfang dieses Jahres hat es nun offensichtlich eine stärkere Zustimmung gegeben. Die Firma erhält eine gewisse Unterstützung, wie jetzt auch deutlich geworden ist. So habe ich es auch Ihren Worten, Frau Dr. Winking-Nikolay, letztlich entnommen, und auch Herrn Minister Steenblock habe ich so verstanden, daß er dieses Projekt stärker fördern will. Aber es gibt immer noch Störfeuer, und zwar Störfeuer von seiten der Landesregierung aus dem Wirtschaftsministerium. Die Firma ist bei der weiteren Erarbeitung des Verfahrens - die Anlage soll im Herbst 1997 anlaufen - darauf angewiesen, daß sie auch klare Zusagen hinsichtlich der Mengen des zu verwertenden und wiederaufzubereitenden Hafenschlicks bekommt. Sie erhält da aus Mecklenburg-Vorpommern oder auch aus dem skandinavischen Raum klarere Signale als von dieser Landesregierung.

Deshalb fordere ich Sie hier eindeutig auf, innerhalb der Landesregierung Klartext zu reden. Ich bedauere, daß Herr Minister Steinbrück diese Aufforderung heute nicht mitnehmen kann, aber ich bin sicher, daß Sie dies miteinander besprechen werden. Die Firma braucht schnell Klarheit darüber, daß die gesamte Landesregierung hinter dem Projekt steht.

Dies möchte ich gern ergänzend zu dieser Debatte hinzufügen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich möchte noch einmal - auch wenn ich mich da in Teilen wiederhole - klarmachen, warum wir dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU nicht zustimmen. Ich hatte am Ende meines Beitrags ein

wenig Probleme mit der Redezeit; dadurch wurde die Darstellung etwas verkürzt.

Der Hauptgrund dafür ist, daß die Reihenfolge nicht stimmt. Wir legen das Schwergewicht auf die **Verwertung**. Wenn dann **Reste** übrigbleiben, haben wir nichts dagegen, daß sie in die Kavernen verbracht werden.

Natürlich finden wir es wichtig, daß eine Zusammenarbeit mit dem **Elbschlickforum** stattfindet. Auch dies ist in meiner Rede - so denke ich - deutlich geworden.

Der CDU-Änderungsantrag legt das Schwergewicht umgekehrt zunächst auf die Verbringung in die Kavernen

(Widerspruch bei der CDU)

und erst dann auch auf das Weiterentwickeln der Verwertungstechnologie.

Zu Ihren Ausführungen, Frau Todsen, zur Unterstützung der Landesregierung, was die Verwertung durch die Firma „Balticon“ angeht, kann ich nur sagen: Wir haben jetzt einen anderen Umweltminister. Von den Störfeuern aus dem Wirtschaftsministerium habe ich ebenfalls gehört. Ich war in der letzten Woche bei der Firma „Balticon“ und habe mich dort sehr intensiv über den Ablauf des Verfahrens und auch die bisherigen Vorgänge informieren lassen. Ich gehe davon aus, daß auch das Wirtschaftsministerium zusammen mit dem Umweltministerium im Interesse einer allgemein wünschenswerten umweltverträglichen **Entsorgung** diese Technologie fördern wird und daß in Zukunft keine Hemmnisse mehr entgegenstehen. Das wünsche ich mir in unser aller Interesse, wie ich annehme.

Aber ich glaube, daß es überflüssig ist, jetzt einen fast gleichlautenden Änderungsantrag anzunehmen. Eigentlich steht in unserem Antrag alles drin, und wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Todsen, würden auch Sie einer Verwertung den Vorzug geben. Dann gibt es doch - so möchte ich sagen - für die CDU-Fraktion eigentlich keine Probleme, unserem ausführlicheren Antrag mit dem Schwergewicht der Verwertung zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch gern den SSW bitten, entsprechend zu überlegen, ob man diesen Antrag nicht gemeinsam tragen kann.

Unter dem Strich heißt das ganz klar: Bovenau ist überflüssig!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsen [CDU]: Das haben Sie vorher nicht so deutlich gesagt!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen Abstimmungsanträge sowohl in dem Sinne vor, den Bericht wie auch die Anträge an den zuständigen Ausschuß zu überweisen, als auch Anträge, in der Sache abzustimmen. Deswegen teilen wir den Abstimmungsvorgang auf.

Wir kommen zunächst zur Beschlußfassung über den Bericht. Wer der Überweisung des Berichts an den zuständigen Fachausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Zurufe von der CDU: Was? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht einmal den Bericht überweisen?)

Stimmenthaltungen? - Dann muß ich das Abstimmungsergebnis wohl richtig dahin verstehen, daß eine Ausschußüberweisung des Berichts mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist ja unglaublich! - Meinhard Füllner [CDU]: Nicht zu fassen! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen in der Sache abstimmen!)

Jetzt komme ich zur Abstimmung über die Anträge. Auch dazu ist Ausschußüberweisung und Abstimmung in der Sache beantragt worden. Zunächst lasse ich also über die Ausschußüberweisung abstimmen.

Wer zustimmen will, daß die beiden Anträge dem zuständigen Fachausschuß überwiesen werden, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer dies ablehnt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Stimmenthaltungen? - Damit ist eine Ausschußüberweisung der Anträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung in der Sache. Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Sache zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung des SSW sowie des Herrn Abgeordneten Kubicki angenommen worden.

Wir kommen jetzt zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Erhaltung der Eutiner Sommerspiele

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/247

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/269

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/325

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/342

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Ahaltende Unruhe)

Der Bildungsausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 7. November 1996 erneut mit der Thematik.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Augenblick, bitte, Herr Abgeordneter! - Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Also, ich wiederhole: Der Bildungsausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 7. November erneut mit der Thematik der Eutiner Sommerspiele. Grundlage der Beratung war ein als Tischvorlage von den Koalitionsfraktionen unterbreiteter modifizierter Antrag, der nach eingehender Diskussion einstimmig angenommen wurde, so daß ich auf weitere Ausführungen verzichten kann.

In der Ihnen mit der Drucksache 14/342 vorliegenden Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses heißt es nunmehr im letzten Satz:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet dabei, daß alle Beteiligten daran mitwirken, die Eutiner Sommerspiele in entsprechender Form am jetzigen Standort zu sichern.“

Ich bitte um Zustimmung zu dieser Beschlußempfehlung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Spoorendonk hat vorhin auf die Ausführungen eines Kollegen von der F.D.P. gefragt: „And so what?“ Ich muß dann jetzt also alle fragen: „And so on?“ Muß es also sein, daß wir uns hier - nachdem wir im Bildungsausschuß eine einstimmige Beschlußfassung zu den **Eutiner Sommerspielen** erreicht haben - noch einmal in einer großen Debatte ergehen? Ich glaube, „and so on“ muß nicht sein. Deswegen können wir es ein bißchen kurz machen und von uns aus als Sozialdemokratische Fraktion sagen: Wir freuen uns, daß wir Einstimmigkeit haben; wir freuen uns, daß mit dieser Einstimmigkeit noch einmal bekräftigt wird, was wir auch schon bei anderen Gelegenheiten in diesem Parlament gesagt haben, nämlich: Die Eutiner Sommerspiele sind wichtig, sie sind ein Glanzlicht; diese Eutiner Sommerspiele sollen sich jetzt nach Recht und Gesetz in bezug auf ein laufendes B-Planverfahren entwickeln können.

Wir wünschen der Stadt eine gute Hand bei der Abwägung dessen, was in eine solche Abwägung einbezogen werden muß. Diejenigen, die diese Abwägung vorzunehmen haben, sollen wissen, daß man sich nach Auffassung dieses Parlaments bei dem, was man plant, an die Realitäten halten und diese auch weiterentwickeln sollte. Das heißt: möglichst weitgehende Nutzung der Gegebenheiten am jetzigen **Standort**. Wenn es dadurch Verbesserungen geben kann, daß manches aus dem Schloßgarten ausgelagert wird, dann soll es uns auch freuen.

Abschließend sei noch folgendes gesagt: Der „Freischütz“ ist eine schöne Oper. Wenn hier jetzt aber große Reden gehalten werden sollen, dann gibt es das Instrument des § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Also machen wir aus der Komischen Oper „Freischütz“ keine Soap-opera - da waren wir letztes Mal schon dicht davor - und auch keine Comedy-show, bei der pflichtgemäß an bestimmten Stellen schematisch geklatscht wird. Das hat der „Freischütz“, das haben die Eutiner Sommerspiele nicht verdient. Freuen wir uns über die Einstimmigkeit im Bildungsausschuß!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Todsén.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal dafür danken, daß sich insbesondere die SPD, aber auch die Grünen, was Aussagen zum **Standort** anlangt, ein Stück weit bewegt haben. Ich denke, es ist gut und wichtig, daß wir diesen Beschluß im Bildungsausschuß einvernehmlich gefaßt haben. Sie mögen es mir als örtlicher Abgeordneter nachsehen, wenn ich sage, daß ich mich natürlich darüber gefreut hätte, wenn mein Antrag - denn ich habe ihn ja nicht umsonst so formuliert, wie ich es getan habe - Zustimmung gefunden hätte, und zwar insbesondere im Hinblick auf eine Sicherung des Standortes über 1998 hinaus. Dennoch ist dieser Beschluß, den wir gemeinsam gefaßt haben - ich war dann, wie man feststellte, auch noch stellvertretend für eine CDU-Kollegin da; er wurde also mit meiner Stimme gefaßt -, nach dem Motto zu betrachten: Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach.

Wir werden die weitere Entwicklung natürlich aufmerksam verfolgen, insbesondere auch, wie das ganze Thema vom Landesamt für Denkmalpflege weiter behandelt wird. Ich denke, daß die Kollegen aus Ostholstein - Herr Zahn, ich freue mich, daß Sie heute wieder mit dabei sind und in dieser Sache wieder kräftig mitkämpfen können;

(Beifall)

Herr Poppendiecker und auch Herr Sager, wir sind uns da ja sehr einig - dies über Parteigrenzen hinweg weiterbetreiben werden.

Ich bitte die Landesregierung, Frau Ministerin Böhrk, daß ich als örtliche Abgeordnete zusammen mit den vier ostholsteinischen Abgeordneten in das weitere Verfahren bei Gesprächen eng eingebunden werde, daß wir rechtzeitig informiert werden und am Gestaltungsprozeß zugunsten der Eutiner Sommerspiele weiterhin teilnehmen dürfen. Ich gehe einmal davon aus, daß es eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, daß wir als gewählte Abgeordnete die Möglichkeit erhalten, eine so wichtige Institution zu fördern und zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, wir sind bei den Eutiner Sommerspielen. Dann haben Sie das Wort, Frau Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das ist irgendwie ein Irrläufer gewesen. Neulich hatte Frau Heinold das Vergnügen, hier vorzutragen, wie wir zu den **Eutiner Festspielen** stehen. Heute darf ich das tun; denn ich habe auch im Bildungsausschuß der denkwürdigen Stunde beigewohnt und mich tatkräftig daran beteiligt, daß es dann doch zu einem einstimmigen Beschluß gekommen ist, was ich wirklich begrüße. Ich kann das, was Sie aus Sicht der regionalen Abgeordneten gesagt haben, gut nachvollziehen, Frau Todsen. Ich wünsche mir, daß so etwas umgekehrt auch einmal möglich ist. Soviel als Vorbemerkung.

Ich glaube, ich kann jetzt Einigkeit über folgende Punkte unterstellen:

Erstens. Der Erhalt der Sommerspiele in ihrer jetzigen Form ist grundsätzlich wünschenswert.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Weder das kulturhistorische Interesse am Bestand des Schloßgartens noch das kulturelle Interesse an der Fortführung der Sommerspiele ist automatisch gegenüber dem anderen als vorrangig anzusehen. Sowohl der Schloßgarten als auch die Sommerspiele haben kulturelle und auch wirtschaftliche Bedeutung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder und Holger Astrup [SPD])

Drittens. Des weiteren gibt es keine festgelegten Prioritäten zwischen kulturellen Belangen und

denen des **Naturschutzes** oder der **Bauordnung** und Bauplanung.

Viertens. Die Klärung der Einzelfragen zur Abwägung gegebenenfalls konkurrierender Interessen sollte bei den Fachbehörden und vor allem bei der Kommune bleiben. Baustatische Detailfragen sollten nicht im Landtag beraten werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Der Landtag erkennt die Wichtigkeit der genannten Belange an und hofft auf eine allseits zufriedenstellende Lösung durch die beteiligten Stellen.

Sechstens. Ich habe Ihnen dieses schöne Bild hier mitgebracht. Ich hoffe, Sie können es alle sehen. Das ist zwar der „Fliegende Holländer“, aber mir fiel dazu ein: Laß, Vater, genug sein des grausamen Spiels.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich freue mich natürlich, daß die Initiative der F.D.P.-Fraktion, die **Eutiner Sommerspiele** hier im Landtag zu beraten, einen glücklichen Abschluß gefunden hat. Kollege Astrup, ich danke dir, daß du der Ausschußüberweisung zugestimmt hast. Ich habe nach dem Abstimmungsverhalten am heutigen Tage nur den Eindruck, daß einstimmige Beschlüsse von Ausschüssen nicht erwünscht sind. Sie werden vermieden, indem man die Ausschußüberweisung gleich ganz unterbindet. Hier bleibt ein etwas bitterer Nachgeschmack.

(Holger Astrup [SPD]: Eutiner Sommerspiele sind nun wirklich wichtig!)

Mich hat bei der letzten Debatte beeindruckt, wie Frau Heinold hier ganz deutlich erklärt hat: Ich liebe die Eutiner Sommerspiele. - Ich hoffe, daß

inzwischen noch mehr Abgeordnete dieses Hauses die Eutiner Sommerspiele lieben.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Alle lieben Eutin!)

- Wenn ihr sie alle liebt, dann gehe ich davon aus, daß wir Mitstreiter haben werden, wenn es darum geht, den Beschluß des Ausschusses mit Leben zu füllen. Es heißt in dem Antrag:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag erwartet dabei, daß alle Beteiligten daran mitwirken, die Eutiner Sommerspiele in entsprechender Form am jetzigen Standort zu sichern.“

Wir werden als Mitglieder des Landtages sehr genau beobachten, wie denn die Beteiligten daran mitwirken.

Ich bedaure ein bißchen, daß sich in das Protokoll ein Fehler eingeschlichen hat. Dort heißt es:

„Nach dem Rechtsverständnis von Staatssekretär Dr. Swatek hat die Denkmalschutzbehörde ihre Entscheidungen unabhängig von fachlichen Gesichtspunkten zu treffen.“

Das empfinde ich als etwas merkwürdig. Ich gehe davon aus, daß dies ein Druckfehler ist.

Ich kann Herrn Staatssekretär Dr. Swatek nicht zustimmen, wenn er meint, dieses habe lediglich Appellcharakter. Ich hoffe, daß die Landesregierung mit dem Landtag einig ist, daß es etwas mehr als Appellcharakter ist, wenn sich das Hohe Haus einstimmig für eine Sicherung der Eutiner Sommerspiele ausspricht. Dazu gehört auch, den Park als historisches **Gartendenkmal** abzusichern, die Belange des Naturschutzes und die Sicherheitsauflagen zu berücksichtigen.

Ich hoffe, daß wir, was die Sicherung der Eutiner Sommerspiele betrifft, in naher Zukunft einen guten Fortgang beobachten können.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich hatte vorsorglich fünf Minuten Redezeit angemeldet, weil ich befürchtete, daß wir heute wieder eine Grundsatzdebatte zum Thema **Eutiner Sommerspiele** bekommen würden. Diesmal wollte ich unbedingt die Position des SSW deutlich machen. Letztes Mal hatte ich, wie Sie wissen, auf meine Redezeit verzichtet.

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir sehr bedauert!)

Ich stimme den Worten von Ernst Dieter Rossmann zu und wünsche den Eutiner Sommerspielen für die Zukunft alles Gute.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Präsidium schließt sich den Freudenbekundungen an und erteilt jetzt Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Finanzminister fordert mich gerade auf, diesen unglaublichen Konflikt jetzt endlich zu beenden.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Ich will Ihnen auch ersparen zu erzählen, wen ich alles liebe.

(Heiterkeit - Angelika Volquartz [CDU]: Das wäre spannend! - Weitere Zurufe)

Ich halte es da mehr mit Gustav Heinemann.

Ich begrüße das Engagement des gesamten Hauses für einen Konsens zur Erhaltung der Eutiner Sommerspiele. Ich begrüße auch, daß wir alle eine Lösung vor Ort finden und sie nicht oktroyieren wollen. Ich habe die Debatte im Ausschuß und hier im Plenum so verstanden, daß der Landtag keine Abwägung bezüglich der Kriterien vornehmen will, die in dem normalen Bebauungsplanverfahren nach

dem Baurecht zu berücksichtigen sind. Im Hinblick auf Frau Happach-Kasan sage ich auch, daß es dem Landtag nicht darum geht, durch Verfahrensfehler einen rechtsgültigen Bebauungsplan zu verhindern oder zu erschweren. Da muß man ein bißchen aufpassen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Die Abwägungsprozesse muß die Stadt Eutin machen. Abwägung bedeutet auch nicht - das wissen wir alle -, daß die Stadt Eutin allen vorgebrachten Bedenken Rechnung tragen muß.

Ich hoffe, wir sind uns auch darüber einig - das sage ich in Anbetracht der aufgeregten Debatte um Denkmalschutz -: Im Vorwege können bestimmte öffentliche Belange nicht unter den Tisch fallen, weder **Sicherheitsbelange** noch **Naturschutzbelange** noch **Denkmalschutzbelange**.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Bei allem Engagement für die Eutiner Sommerspiele sollten wir bedenken: Die Denkmalpfleger erfüllen eine Aufgabe, die wir ihnen per Gesetz zugewiesen haben -

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ich will auch deutlich machen: Denkmalschutz war nie so stark und war vor allem auch nie so borniert und so weltfremd, daß er sich plausiblen, auch ökonomischen Argumenten verschlossen hätte.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Denkmalschutz ist eben kein Instrument für Schwarzweißmaler, und sein Spruch ist auch kein tötendes Veto.

(Meinhard Füllner [CDU]: Manchmal doch!)

Vielmehr wohnt ihm der Kompromiß inne. Auch die Denkmalpfleger wissen, daß ein Denkmalschutz

ohne breite Akzeptanz in der Bevölkerung eine hohle Phrase bleibt und letztlich nichts erreicht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Auch die Denkmalpflege ist eine Kunst des Möglichen.

Gleichzeitig gilt: Wir beschäftigen aus einer gesetzlichen Grundlage und aus kulturpolitischer Verpflichtung heraus Expertinnen und Experten, um auf unser kulturelles Erbe zu achten. Wir sollten deshalb nie den Eindruck erwecken, als sei der Denkmalschutz das lästige Steckenpferd einiger Traumtänzer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der F.D.P. in der Fassung der Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein schöner Schluß!)

Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Mir bleibt nur noch übrig, Ihnen bekanntzugeben, daß die nächste Tagung, die 8., am 11. Dezember beginnt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.33 Uhr